

145
PERIODICAL ROOM - 4. NOV. 1961

freie rundschau

ZEITSCHRIFT FÜR AKTIVE FREIHEITSPOLITIK

HERAUSGEBER: ZENTRALVERBAND POLITISCHER EMIGRANTEN AUS DER UDSSR (ZOPE) MÜNCHEN

ONLY COPY

PLEASE RETURN PROMPTLY
TO RADIO LIBERTY LIBRARY

NR. 5

SEPTEMBER / OKTOBER

1961

Inhaltsverzeichnis

	DIE ANTWORT	1
IM BRENNPUNKT		
F. O. Kurbatow:	ZUM NEUEN PROGRAMM DER KPdSU	3
PROBLEME DER GEGENWART		
Robert Wiesner:	RECHTLOSE KLASSE - KLASSEN- LOSES RECHT	6
SOWJETUNION		
Alexander Kashin:	DER HAHNENSCHREI	12
JUGEND		
K. Alexandrow:	AUSBRUCH IN DIE FREIHEIT	16
A. T. S. :	DAS JUGENDPROBLEM IN DER UdSSR	19
***:	SORGEN DER SOWJETS UM DEN NACHWUCHS	24
FERNOST		
F. A. :	DER WEG DES FREIEN CHINA	29
Henry Salzmann:	HORCHPOSTEN ULAN BATOR	32
ENTWICKLUNGSLÄNDER		
Stefan C. Stolte:	DIE ENTSCHEIDUNG FÄLLT IN ASIEN	34
DISKUSSION		
Chr. Michael:	DISKUTIEREN - ABER WIE?	40
FORSCHUNG		
Theodor Arnold:	INTELLEKT UND REVOLUTION	45
BÜCHER		
Neue China-Literatur		47
Erika von Hornstein: „Die deutsche Not“		48
Edvard Kardelj: „Vermeidbarkeit und Unvermeidbarkeit des Krieges“		48

Die „freie rundschau - Zeitschrift für aktive Freiheitspolitik“ erscheint zweimonatlich. Sie wird herausgegeben vom Zentralverband Politischer Emigranten aus der UdSSR (ZOPE) e. V., München, im Verlag des ZOPE, München. Zu beziehen durch alle Buch- und Zeitschriftenhandlungen oder direkt beim Verlag. Einzelpreis DM 1.-, Jahresbezugspreis DM 4.80, im Inland einschliesslich Porto. Abbestellungen nur jeweils bis 4 Wochen vor Jahresende. Bankkonto Nr. 525775 bei der Bayerischen Vereinsbank München, Zweigstelle Rotkreuzplatz, Postscheckkonto München 112816, „Zentralverband Politischer Emigranten aus der UdSSR“. Erfüllungsort und Gerichtsstand sind München. Redaktionskollegium: Gregorij Danilow (für den Inhalt verantwortlich), Igor Kronsas, Alexander Tsurikow, alle München. Anschrift der Redaktion und des Verlages: München 19, Renatastrasse 77, Tel. 69025; Berliner Redaktion: Berlin W 30, Martin-Luther-Strasse 88, Tel. 246614. Hergestellt im Hausdruck des ZOPE, München. Signierte Beiträge vertreten nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion. Rücksendung nichtangenommener unverlangter Manuskripte nur auf Anforderung. Nachdruck von Wort und Bild werden nach Möglichkeit gerne gestattet, jedoch ist vorherige schriftliche Anfrage bei der Redaktion unbedingt erforderlich.

Die Antwort

Wie hilflos der Westen trotz aller militärischen und auch der gewaltigen wirtschaftlichen Stärke sein kann, hat der 13. August, an dem Ulbricht seine Chinesische Mauer quer durch Berlin zog, recht deutlich demonstriert. Die westliche Antwort blieb aus und – man muss es offen aussprechen – musste ausbleiben, da es keine westlichen „Gegenmittel“ gab. Rein theoretisch könnte man sich selbstverständlich den Fall vorstellen, dass die drei westlichen Berlin-Kommandanten noch in den Morgenstunden desselben Tages ihren sowjetischen „Kollegen“ hätten wissen lassen, dass sie die „Eigenmächtigkeiten“ der Ost-Berliner Behörden als ein Zeichen der sowjetischen Hilflosigkeit, in Ost-Berlin Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, deuten müssten und dass sie daher – im Falle des Ausbleibens entsprechender sowjetischer Reaktionen – ihre Pioniertruppen an die Sektorengrenze schicken würden, um die Folgen der „deutschen Eigenmächtigkeiten“ zu beseitigen. Aber das ist, wie gesagt, eine rein theoretische Annahme. Hätte man in Moskau – und sei es nur in ganz geringem Masse – mit einer solchen Reaktion gerechnet, hätte die ganze Aktion „Chinesische Mauer“ nicht stattgefunden.

Die jüngste Phase des Kalten Krieges wurde von den Sowjets schon lange vor dem verhängnisvollen 13. August gewonnen, als es ihnen gelungen war, bei der breiten Öffentlichkeit – und auch bei den Politikern – des Westens die Überzeugung zu wecken, dass sie im Falle eines „harten“ Vorgehens des Westens ohne Zögern zu militärischen Aktionen, das heißt zum Krieg greifen würden. Die auch in jüngster Vergangenheit wiederholt bestätigte uralte Erfahrung wurde vergessen, dass zwar der Weg zum kriegsauslösenden „Druckknopf“ für die Diktaturen

um einiges kürzer ist als für die Demokratien, dass diese Kürze aber in umgekehrtem Verhältnis zu deren Feigheit und der Intensität ihrer Minderwertigkeitskomplexe steht: Nur wenn sie glauben, es mit einem schwachen, demoralisierten und kompromissbereiten Gegner zu tun zu haben, schreiten sie zu einer Aktion. Eine unmissverständliche Haltung gegenüber dem diktatorischen System ist die sicherste Garantie für die Verlängerung dieses scheinbar so kurzen Weges ins Unendliche.

Aber es wäre müßig, vom Westen eine Haltung schon heute zu erwarten, die man von ihm verlangen kann – und verlangen muss. Solange es sowjetischerseits für überflüssig gehalten wird, eine entscheidende Reaktion des Westens in Rechnung stellen zu müssen, könnte eine plötzliche Änderung des westlichen Verhaltens tatsächlich unerwünschte Folgen zeitigen. Auch soll man nicht vergessen, dass ein scharfes, entscheidendes Vorgehen des Westens nur in ganz spezifischen Fällen erzielbar sei. (Ob der 13. August ein solcher Fall war, darüber kann man in Berlin und in den westlichen Hauptstädten verständlicherweise recht unterschiedlicher Meinung sein.)

Gab es trotzdem eine Antwort auf den 13. August? Oder, besser gesagt, gibt es ein Mittel, um auf kommunistische Aktionen vom Schlage der „Chinesischen Mauer“ zu antworten? Gab es ein solches Mittel schon früher, um den 13. August und andere sowjetische Massnahmen überhaupt zu verhindern?

Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass es eine solche Antwort, dass es ein solches Mittel gab und gibt. Noch mehr, wir sind der Überzeugung, dass es das einzige wirksame Mittel ist, um den Kalten Krieg zu gewinnen und damit den heissen zu verhindern. Dabei

ist es recht alt und wird – seit mindestens vierzig Jahren – von allen totalitären Systemen mit Erfolg angewandt. Auch besitzt dieses Mittel den Vorteil, dass es keine grundsätzliche Änderung in den politischen und diplomatischen Gepflogenheiten des Westens voraussetzt.

Dieses Mittel ist die gut durchdachte, allgegenwärtige und massive westliche politische Offensive, eine von der westlichen Politik allgemein unterstützte und in mannigfachen Formen betriebene psychologische Kriegführung oder Propaganda (mag dieses Wort auch einen fragwürdigen Beigeschmack bekommen haben). Das Wort und die Schrift sind gleich anderen Formen der Übermittlung von Ideen eine noch stärkere Waffe als militärische Demonstrationen oder der unselige, allmählich einem Fussballmatch gleichende Sputnik- und Raketenwettstreit. Keine Lüge Chruschtschows ohne prompte, unterschiedene, mit allen Mitteln an die Bevölkerung der sowjetischen Hemisphäre herangetragene Erwidern; kein politischer Schritt der Sowjets ohne schonungslose Kritik und Anprangerung; keine Parole und keine Aktion der Kommunisten ohne Gegenparolen und Gegenaktionen. Radiosendungen, die nicht mehr gestört, Millionen von Druckschriften, die nicht mehr unbemerkt eingezogen werden könnten, da man sonst grosse Teile der Bevölkerung mobilisieren müsste, ständige Auseinandersetzung mit sowjetischen Veröffentlichungen auf allen Gebieten der Wissenschaft, der Kunst und der Literatur, die nicht stillschweigend übergangen werden können – in dieser Richtung, so meinen wir, müsste mehr, sehr viel mehr getan werden.

Wie wirksam solche – vom Westen vorerst noch höchst ungenügend und in verschwindend kleinem Umfang angewandte – Mittel sein können und wie erstaunlich schnell sie die sowjetische Seite zu defensiven Handlungen veranlassen, haben die Erfahrungen der letzten Jahre wiederholt bewiesen. So gelang es zum Beispiel durch rechtzeitige Publizierung, den Geldumtausch in der Sowjetzone um ganze zwei Jahre zu verzögern (wobei dieser schliesslich in dem Augenblick vorgenommen wurde, als man im Westen absichtlich die Massnahmen der Zonenmacht-haber propagandistisch nicht mehr bekämpfte,

um nämlich die Atmosphäre nicht zu verschärfen); so gelang es, den gesamten Parteiapparat der Zone über zwei Monate mit der Bekämpfung der Parole von dem Selbstbestimmungsrecht für alle Deutsche lahmzulegen; so gelingt es immer wieder, die sowjetischen Führer zu Erklärungen zu veranlassen beziehungsweise der sowjetischen Propaganda Geständnisse abzuwingen, die bei einer vollständigen Nachrichtensperre mit Sicherheit ausgeblieben wären.

Die gewaltigen Aufwendungen an Menschen und Kapital, die heute schon zur Abwehr der – wie bereits hervorgehoben wurde – minimalen westlichen Propaganda seitens der Sowjets aufgebracht werden, zeigen recht deutlich die schwächste, für erfolgreiche Angriffe besonders empfindliche Seite des kommunistischen Totalitarismus.

Der denkbare Einwand, dass eine solche massive Entfaltung der westlichen Propaganda die Atmosphäre „verschärfen“ und die Spannungen „erhöhen“ würde, sticht nicht. Derartige ist im Falle der Sowjetunion überhaupt irrelevant. Es gibt keine „Verschärfung“ oder „Milderung“ der politischen Atmosphäre zwischen dem kommunistischen Block und dem Westen und kann sie auch nicht geben. Für die Sowjets ist die westliche Welt ein „Faktum“, das möglichst schnell beseitigt werden muss. „Verbesserungen“ und „Entspannungen“ sind wie „Verschärfungen“ und „Spannungen“ nur verschiedene Formen einer sowjetischen Taktik. Wird sie aber vom Westen angestrebt, so deuten die Sowjets jegliche „Entspannung“ als ein Zeichen der Zersetzung des Westens und jede „Spannung“ als eine Weigerung des Westens, den sowjetischen Forderungen entgegenzukommen.

Die immer wieder – besonders aber nach der Ungarischen Revolution – erhobene Behauptung von der Gefährdung der Menschen in kommunistisch regierten Ländern wäre keineswegs auf die leichte Schulter zu nehmen, wenn Volkserhebungen und Revolutionen mit den Mitteln der Propaganda hervorgerufen werden könnten. Dass dies nicht der Fall ist, weiss jeder, der sich mit der Vorgeschichte solcher Ereignisse einigermaßen beschäftigt hat. Auch ist es nicht erstaunlich, wenn zum Beispiel die ungarischen

Zum neuen Programm der KPdSU

VON F. O. KURBATOW

Dreieinhalb Jahrzehnte lang besass die Kommunistische Partei der Sowjetunion kein verbindliches Programm. Seit mindestens fünfundzwanzig Jahren stand das alte, im Jahre 1919 abgefasste Parteiprogramm praktisch auf dem Index. Die Politik wurde durch Direktiven und Weisungen der Parteispitze bestimmt, von denen die meisten programmatischen Charakter trugen. Zweimal unternahm Stalin demonstrativ einen Anlauf zur Abfassung eines neuen Programms: im März 1939 auf dem XVIII. und im Oktober 1952 auf dem XIX. Parteikongress. Im ersten Falle soll der Krieg und die durch ihn veränderte Situation die Schuld an dem Ausbleiben des Programm-entwurfs gehabt haben. Im zweiten änderten der Tod Stalins und die danach entbrannten Machtkämpfe tatsächlich die Lage. Auch der vom XX. Parteikongress gefasste Beschluss, dass dem nächsten Parteikongress der Entwurf eines neuen Programms vorgelegt werden solle, musste über fünf Jahre auf seine Verwirklichung warten. Neue Machtkämpfe sowohl in der sowjetischen Parteispitze als auch innerhalb des „Sozialistischen Lagers“ veranlassten die Sowjetführung, den XXI. Parteikongress zu einem „ausserordentlichen“ zu erklären und damit alle wesentlichen Entscheidungen – einschliesslich der Programm-annahme – bis zum XXII. Parteikongress zu verschieben.

Getreu dem „neuen Stil“ der Chruschtschow-Führung wurde der Programm-entwurf am 30. Juli dieses Jahres in der Sowjetpresse veröffentlicht und in den Parteiorganisationen „zur Diskussion“ gestellt. Gleichzeitig entfaltete man die übliche

Propagandakampagne zur allgemeinen Unterrichtung über das neue Programm.

Nimmt man das umfangreiche Dokument zur Hand, so springt sofort seine Form ins Auge: eine wortreiche, jeglicher Präzision bare, jeden Gedanken in einem Strom von abgedroschenen Phrasen ertränkende und ihn damit völlig verwässernde Deklaration und kein übersichtliches, knappes und unzweideutiges Programm.

Recht deutlich wird auch, dass die Vorarbeiten der Stalin-Ära bei der Abfassung dieses Programms verwertet wurden und vor allem bei der Situationsanalyse des „modernen Kapitalismus“ Pate standen haben. Nach der Auseinandersetzung mit Peking über die These von der „Unvermeidbarkeit von Kriegen im Zeitalter des Imperialismus“ erscheint das auf den ersten Blick etwas sonderbar, wird jedoch sofort wieder verständlich, sobald man die Tatsache in Betracht zieht, dass jede andere Analyse der „kapitalistischen Welt“ die Hauptthese des Programms von der „historischen Unvermeidbarkeit“ des Überganges vom „Kapitalismus zum Sozialismus“ in Frage stellen würde.

Eingeleitet wird das neue Programm durch eine Präambel, die eine der schamlosesten Lügen des ganzen Dokuments enthält – die Behauptung nämlich, dass der Grund für die Abfassung eines neuen Programms in der bereits vollzogenen Erfüllung der ersten beiden Parteiprogramme zu suchen sei. Das erste, auf dem II. Parteikongress (1903) angenommene Programm sah zwar in der Errichtung der Diktatur des Proletariats und dem Aufbau des Sozialismus das Fernziel der „Prole-

Aufständischen allgemeine westliche Informationen als Hilfsversprechungen des Westens glaubten deuten zu können: je schwieriger die Lage ist, desto eher ist der Mensch bereit, an Wunder zu glauben. Eine gute Propaganda kann nur eines erzielen – die geistige Stagnation zu verbindern und damit dem kritischen Geist eine Stütze zu geben. Schon das allein zersetzt das totalitäre System.

Wäre der Westen politisch und propagandistisch mobil gewesen, wäre seiner Aufklärungsarbeit schon seit Jahren die gleiche Aufmerksamkeit wie seinen Rüstungen geschenkt worden, so wäre die Suche nach einer wirksamen westlichen Antwort auf die Ereignisse am 13. August nicht so schwierig (und erfolglos) gewesen – wenn es dann überhaupt einen 13. August gegeben hätte.

tatischen Revolution", forderte jedoch nicht diese – wie in dem neuen Programm behauptet wird –, sondern die Errichtung einer Republik mit weitgehenden Machtbefugnissen der örtlichen Selbstverwaltung und den grösstmöglichen Freiheiten für Einzelpersonen und politische Organisationen.

Das zweite, auf dem VIII. Parteikongress (1919) verabschiedete und formal bis zum XXII. Parteikongress gültige Programm wurde genausowenig erfüllt wie das erste. Noch mehr, es dekretierte für die Zukunft das gerade Gegenteil von dem, was Stalin dann bei seiner „Verwirklichung“ durchführte. Es verlangte den allmählichen Abbau des Staates, die Übergabe der Wirtschaftsführung in die Hände der Gewerkschaften und die Aufhebung der als „vorbeugende Massnahme zur Bekämpfung der Klassenfeinde“ eingeführten Freiheitsbeschränkungen. Weder von der Kollektivierung nach Stalins Muster, noch von den Fünfjahresplänen, geschweige denn von den „Säuberungen“ und der Allmacht des Staates war dort ein Wort zu finden gewesen.

Solch freies Umgehen mit der eigenen Geschichte – von der der Aussenwelt ganz zu schweigen – ist für das neue Programm genauso typisch wie für Stalins *Kurzen Lehrgang* der Parteigeschichte. So wird zum Beispiel, getreu dem Axiom, dass nur der „Fortschrittlichste“ und der „am besten Organisierte“ den Sieg erringen könne, der „Arbeiterklasse Russlands“ von 1917 post festum zugeschrieben, „die revolutionärste und die bestorganisierte der Welt“ gewesen zu sein. An anderer Stelle wird behauptet, dass die Zwangskollektivierung, die Stalin nach 1950 als eine „Revolution von oben“ bezeichnete und deren klassenkämpferischen Charakter er stets unterstrich, einen „freiwilligen Zusammenschluss der Bauern zu Kollektivwirtschaften“ dargestellt habe.

Formal gesehen teilt sich das Programm in zwei grosse Abschnitte, von denen der erste der „Analyse“ der Vergangenheit und Gegenwart unter der Gesamtüberschrift *Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus – der Weg der Entwicklung der Menschheit* gewidmet ist, wogegen sich der zweite mit den *Aufgaben der Partei bei dem Aufbau der kommunistischen Gesellschaft* befasst.

Bereits die Überschrift des ersten Abschnittes deutet den zentralen Gedanken des ganzen Programms an, dass sich nämlich „die Welt des Sozialismus ausdehne, die Welt des Kapitalismus aber schrumpfe und der Sozialismus unausbleiblich überall den Kapitalismus ablösen“ werde. Dieses angeblich eherner Gesetz der menschlichen Geschichte wird an vielen Stellen und in verschiedenen Formen wiederholt, wobei man zu seinem „Beweis“ immer neue „Tatsachen“ auf-

zuführen bemüht ist. Man erdenkt sich sogar eine zukünftige „dritte Krise“ des „Weltkapitalismus“ (die erste habe nach dem ersten, die zweite nach dem zweiten Weltkrieg stattgefunden und zur Bildung der Sowjetunion beziehungsweise des „Sozialistischen Lagers“ geführt), deren hervorstechendstes Merkmal darin bestehen werde, dass sie, im Gegensatz zu den beiden ersten, im Frieden stattfinden werde.

Was aber dem Parteimitglied und darüber hinaus der gesamten Bevölkerung der Sowjetunion als Bild des „modernen Kapitalismus“ präsentiert und damit zur offiziellen und einzig richtigen Beurteilung des heutigen Westens erhoben wird, ist mindestens fünfzig, wenn nicht ganze hundert Jahre alt. Gerade beim Lesen der ersten Abschnitte des neuen Programms wird es recht deutlich, wie unbegründet die Hoffnungen mancher westlicher Optimisten waren, die häufigen Auslandsreisen sowjetischer Parteiprominenter würden ihnen ein realistischeres Bild vom Westen vermitteln haben. Man begriff nicht, dass ein solcher „Realismus“ zwangsläufig dem Anspruch der Kommunisten auf ihre „historische Rolle“ der „Vollender der Geschichte der Menschheit“ die Basis entziehen würde.

Im Ergebnis wird von dem „modernen Kapitalismus im Stadium des Imperialismus“ berichtet, dass er sich im Zustande des allgemeinen Verfalls, der Zersetzung, der Verschärfung von Klassenkämpfen und der allgemeinen Verelendung der Massen befinde. Die „Voraussage“ Marxens von der Proletarisierung der kapitalistischen Gesellschaft und der Konzentration des Kapitals wird durch die Gegenwart als bestätigt angesehen. In dieser Gesellschaft „führen die Monopolisten ein Schmarotzerdasein“ und „vertilgen zusammen mit ihren Domestiken den grösseren Teil des Nationaleinkommens“, während die „relative und absolute Verarmung der Werktätigen“ unaufhaltsam fortschreite; die Vollbeschäftigung sei ein „bourgeois Mythos“, die Verelendung der Bauern habe zusammen mit periodischen Agrarkrisen das Dorf ruiniert, und selbst der widerwillig zugestandene „relativ hohe Lebensstandard in einer kleinen Gruppe entwickelter kapitalistischer Länder“ beruhe angeblich auf der Unterbezahlung der Frauenarbeit, der Ausbeutung von Negeren und Fremdarbeitern und vor allem auf der Ausbeutung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Überhaupt wird das neue Programm bei der Beurteilung der Weltlage von einem recht primitiven merkantilistischen Denken beherrscht, das mehr das kleinbürgerliche und chauvinistische Weltbild seiner Verfasser entlarvt als dass es eine Charakteristik der wirklichen Beziehungen vermittelt. Die Erweiterung der Binnenmärkte und die Intensiv-

vierung des Handels mit den ehemaligen Kolonien scheint den Parteiideologen genauso unbekannt zu sein wie die wachsende Zusammenarbeit und die wirtschaftliche Verschmelzung der Länder Europas und Nordamerikas. Getreu den Thesen Stalins von 1952 glaubt man demgegenüber, immer grösser werdende „Widersprüche“ in den Beziehungen zwischen den „führenden imperialistischen Mächten“ entdecken zu können, wobei sich besonders die englisch-amerikanischen, die amerikanisch-französischen, die französisch-deutschen, die amerikanisch-deutschen, die englisch-deutschen und die amerikanisch-japanischen Beziehungen verschärften.

Sobald jedoch das Programm die Frage der konkreten Formen des „Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“ anschneidet, wird es erst recht unpräzise und vieldeutig. Zwar hält man – nach alter Tradition – die These von dem revolutionären Charakter des Proletariats in den hochentwickelten Industriestaaten aufrecht, man vermeidet aber bewusst, dafür irgendwelche Beweise anzuführen. Im Gegenteil – die ganze Frage des „Übergangs zum Sozialismus“ wird von der nationalen auf die internationale Ebene verschoben und das Hauptaugenmerk auf die Rolle des „Sozialistischen Lagers“ und die Emanzipation der Entwicklungsländer gerichtet.

Freilich finden sich im Programm die wohlbekannten Phrasen von der Unmöglichkeit des Exportes der Revolution, und auch die Notwendigkeit von Kriegen als einer Voraussetzung für soziale Revolutionen des „Proletariats“ wird für die Gegenwart und die Zukunft bestritten. Aber es wird deutlich gemacht, dass die inneren „Erhebungen der Arbeiterklasse“ im Zuge der allgemeinen „Einengung des Weltkapitalismus“ dank der ständig wachsenden Macht des „Sozialistischen Lagers“ und der Ausbreitung der „nationalen Befreiungsbewegungen“ in den Entwicklungsländern und nicht infolge einer sich zuspitzenden revolutionären Situation innerhalb dieser führenden „imperialistischen Mächte“ entstehen würden. Hier glaubt man durch breite politische Aktionen

im „Kampfe gegen die Macht der Monopole“, im „Kampfe für den Frieden und für die Erweiterung der demokratischen Freiheiten“ den Boden für provozierte Erhebungen der kommunistischen Minderheiten bereiten zu können, und das in dem Augenblick, in dem es gelungen wäre, den Westen zu zersplittern, zu demoralisieren und international vollends in die Defensive zu drängen.

Kein Wunder, dass ein ganzer Abschnitt des neuen Programms der Frage der „nationalen Befreiungsbewegung“ gewidmet ist, in der man die Hauptstütze im Kampf gegen den „Weltkapitalismus“ erblickt. Pauschal werden alle solche Bewegungen als eine „fortschrittliche Kraft“ bezeichnet, wenn auch betont wird, dass die Völker der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ihre volle Freiheit und den wahren Fortschritt nur auf dem Weg erringen können, der zum „Sozialismus“ führt. Laut dem neuen Programm sei mit der Eroberung der politischen Unabhängigkeit die nationale Befreiungsrevolution noch nicht zu Ende; sie bleibe unbeständig, ja werde zu einer Fiktion, wenn die Revolution nicht zu tiefgreifenden Wandlungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben führe. Damit diese Feststellung nicht missverstanden werde, verurteilt das Programm alle anderen Formen des Sozialismus als die „Volksmassen irreführende“ und im Grunde „volksfeindliche“ Systeme. Hier wie auch in den „kapitalistischen“ Ländern führe der Weg zum „Sozialismus“ nur über die „Diktatur des Proletariats“.

Dass hierbei die Koexistenz in voller Übereinstimmung mit der Deklaration der 81 kommunistischen Parteien vom Dezember 1960 als eine Form des Klassenkampfes und der „Friedenskampf“ als ein Beitrag zur Stärkung des Sozialistischen Lagers angesehen werden, braucht nicht erst betont zu werden. Die Generallinie ist klar. Vermeidung eines Weltkrieges, statt dessen Paralyse des Westens auf der internationalen Ebene, um mit Hilfe von Kleinkriegen und Subversionen auf der nationalen Ebene die Weltherrschaft des Kommunismus durchzusetzen. Die Methoden haben sich gewandelt, die Ziele sind die alten geblieben.

Rechtlose Klasse - klassenloses Recht

VON ROBERT WIESNER

Die Geschichte aller vom Niedergang bedrohten Diktaturen ist gleichzeitig eine Geschichte des Unrechts und der Grausamkeit. Die Waffen, die dabei diese Diktaturen zur Vernichtung ihrer inneren Feinde schmieden, müssen eines Tages dem politischen Regime selbst den Tod, den unterdrückten Völkern aber die Freiheit bringen.

Deshalb kann auch kein Zweifel darüber bestehen, dass die sowjetische Regierung mit dem makabren Erlass *Über die Verschärfung des Kampfes gegen gefährliche Verbrechen* vom 5. Mai dieses Jahres die vielleicht kritischste Phase ihres Existenzkampfes erreicht hat, den sie nach innen gegenüber dem Freiheitsstreben ihres eigenen Volkes und nach aussen gegen das Gewissen der ganzen Welt führen muss.

Die rechtspolitische Bedeutung dieses Erlasses liegt vor allem darin, dass der Anwendungsbereich der Todesstrafe, die nach dem Strafgesetz vom 25. Dezember 1958 nur bei Hoch- und Landesverrat, Mord und Bandenwesen verhängt werden konnte, erheblich erweitert worden ist. Danach kann unter anderem auch der Diebstahl von staatlichem oder gesellschaftlichem Eigentum mit dem Tode bestraft werden: „Entwender von Staatseigentum sind künftig genauso wie Mörder, Banditen und Falschmünzer ohne Gnade zu bestrafen, einschliesslich Erschiessen.“¹⁾

Die auf Grund dieser Rechtsvorschrift Verurteilten haben dabei weder die Möglichkeit der Berufung oder der Neuaufnahme des Verfahrens noch der vorzeitigen Entlassung oder Amnestie. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass die Arbeitslager der Stalin-Ära, diesmal unter dem Namen „Lager für Arbeitsscheue und Wirtschaftsverbrecher“, wieder errichtet werden sollen. Die Regierung will mit Hilfe dieser neuen Bestimmungen, die bewusst recht dehnbar formuliert sind, vor allem die Unternehmerinitiative der „heimlichen Kapitalisten“ beseitigen. Es sollen also jene Erscheinungen getroffen werden, die das sowjetische Wirtschaftssystem in seinem Kern gefährden.

Diese neuen Massnahmen dürften nun eine Ernüchterung für all jene sein, die in den Ausführungen Chruschtschows auf dem XX. und dem XXI. Parteitag und den damit verbundenen Reformen Ansatzpunkte für eine rechtsstaatliche Entwicklung in der Sowjetunion zu sehen glaubten. Allerdings stellten diese Reformen tatsächlich eine vorübergehende Abkehr von der stalinistischen Blutjustiz dar. Der gefürchtete Staatssicherheitsdienst war in seinen Kompetenzen beschränkt und in den Parteiapparat eingebaut worden. Das Strafmass für kleinere Diebstähle von Staatseigentum wurde gemildert.

Eine wesentliche Erleichterung hatte auch die Reorganisierung des Lagersystems gebracht. Von 1955 bis 1957 wurden 75% der Gefängnisinsassen amnestiert und zwei Drittel der Arbeitslager jenseits des Ural aufgelöst.²⁾ Die materiellen und kulturellen Leistungen für die Bewohner der Arbeitskolonien wurden wesentlich verbessert. Ein wichtiges Indiz für einen Übergang zum Rechtsstaat glaubten viele Beobachter auch darin zu sehen, dass der Begriff der „Sozialistischen Gesetzlichkeit“ neu formuliert wurde. Danach sollte in Zukunft der Staat gegenüber dem Bürger nur noch dann eine belastende Verfügung erlassen können, wenn eine entsprechende Rechtsgrundlage gegeben war.

Diese Reformbestrebungen Chruschtschows hatten indes ausschliesslich pragmatische Motive und widersprachen der Sowjetideologie diametral. Einmal sollten die Sowjetbürger, die bis zu Stalins Tod dem Kommunismus gleichgültig oder gar ablehnend gegenüberstanden waren, ein besseres Verhältnis zum Sowjetstaat bekommen; zum anderen sollte der Kommunismus im Ausland nicht länger mit dem Odium der Rechtswillkür behaftet bleiben.

Die Auswirkungen dieser Reformen bestätigten jedoch erneut die These, dass in einem totalitären Regime Liberalisierungstendenzen in einem einzelnen politischen Bereich gleich einer Kettenreaktion auf das ganze System übergreifen müssen.

So musste zwangsläufig eine Liberalisierung des Rechts alsbald Liberalisierungserscheinungen in der Wirtschaft und Gesellschaft zur Folge haben. Die „Entfaltung der kapitalistischen Unternehmerinitiative“, die ja gerade mit Hilfe des erwähnten Gesetzes vom 5. Mai dieses Jahres bekämpft werden sollte, ist hierfür ein eindeutiger Beweis.

Dieser Tatbestand beweist, dass eine Entwicklung zum freiheitlichen Rechtsstaat unter einem kommunistischen Regime nicht möglich ist, ohne dass dabei die sozialökonomischen Grundlagen des kommunistischen Systems selbst zerstört würden. Für den kommunistischen Bereich scheint sich demnach die Überbauthese von Karl Marx – wenn auch im umgekehrten Sinne – als richtig zu erweisen, wonach „die ökonomische Struktur der Gesellschaft die reale Basis bildet, auf die sich ein entsprechender juristischer und politischer Überbau erhebt.“³⁾

Da nun die Sowjetwirtschaft in Anbetracht der im sozialökonomischen System beschlossenen Mängel eine geringere Produktivität aufweist als

eine Volkswirtschaft, die dem System der Marktwirtschaft zugeordnet ist⁴⁾, kann ein kommunistischer Staat seine Existenzfrist nur verlängern, indem er die Schwächen seiner ökonomischen Basis vom juristischen Überbau her zu korrigieren sucht. Deshalb muss eine barbarische Justiz unabdingbar das Korrelat einer kommunistischen Wirtschaftsverfassung sein. Die Anpassung des sowjetischen Strafrechts an den noch vor wenigen Jahren von Chruschtschow verurteilten stalinistischen Kurs musste also notgedrungen erfolgen, wenn weitere Dissoziierungsprozesse innerhalb der Sowjetunion vermieden werden sollten.

Diese tatsächliche Entwicklung der sowjetischen Rechtspolitik widerspricht nun den utopischen Erwartungen der kommunistischen Theorie, die vom „Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“⁵⁾ spricht, eklatant. Aus der erhofften staatsfreien und klassenlosen Gesellschaft ist in Wahrheit eine rechtlose Klassengesellschaft geworden, die der Willkürjustiz eines immer mächtiger werdenden Staates schutzlos preisgegeben ist.

DIE AUSFORMUNG DER SOWJETISCHEN RECHTSIDEOLOGIE

Es wäre jedoch eine Pervertierung der ethischen und sozialen Ansätze des Marxismus gewesen, wenn bei einer Kritik des sowjetischen Rechtssystems diese automatisch auch auf die Ausgangspositionen der Lehre von Marx übertragen würde. Marx' Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft seiner Zeit wurde vorerst ausdrücklich im Namen der Humanität vorgetragen, wobei die Berechtigung einer anderen als auf die Humanitas orientierten Kritik vom jungen Marx überhaupt geleugnet wurde. Allerdings sprach Marx, der im „Bündnis der Leidenden und Denkenden“ die politische Kraft für die politische Realisierung seiner Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft sah, von dem Humanismus in Bezug auf die ganze Menschheit und nicht auf die einzel menschliche Persönlichkeit. Der unbestritten humanistische Ansatz seiner Theorie von der „Selbstentfremdung des Menschen“ und der Forderung nach ihrer Aufhebung wurde von ihm im Sinne Hegels geprägt, das heisst unter der Hervorhebung des Primats des Allgemeinen über das Einzelne.

Die Tragik Marx' lag darin, dass er seine dynamische Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft durch seine Geschichtstheorie (den sogenannten „historischen Materialismus“) und die Verkündung des der Menschheit deterministisch vorgegebenen Weges zum Kommunismus dogmatisierte. Die Feststellung des jungen Marx, dass die Ökonomie die „Anatomie“ der bürgerlichen Gesellschaft

sei, wurde von ihm später auf die gesamte Entwicklung der Menschheit übertragen und gipfelte dann in dem berühmten Satz, es sei nicht das Bewusstsein des Menschen, welches das Sein, sondern umgekehrt das gesellschaftliche Sein, welches sein Bewusstsein bestimme. Da – in Anlehnung an Hegel – der gesamte Prozess dialektisch verlaufe, das heisst dank der Existenz von Widersprüchen, die den dynamischen Faktor der Entwicklung darstellen und diese überhaupt erst ermöglichen, müsse die bürgerliche Gesellschaft an den ihrer Produktionsweise innewohnenden Widersprüchen zugrunde gehen. Die einwirken des freien menschlichen Willens auf die historischen Vorgänge leugnende Geschichtstheorie von Marx glaubte daher den Untergang der „kapitalistischen“ Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unvermeidbar, sobald der „Kampf aller gegen alle“ durch die gewaltige Konzentration der Produktionsmittel und als Folge dessen die Verelendung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ihren Höhepunkt erreicht haben würden.

„Die Konzentration der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird zersprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriert.“⁶⁾

Karl Marx ging bei seiner Geschichtsanalyse von der Erwartung aus, dass mit dem Zusammenbruch der alten sozialen und politischen Ordnung der Staat zwangsläufig absterben müsse und das Recht der neuen klassenlosen Gesellschaft nicht mehr notwendig wäre, da nach seiner Lehre Verstöße gegen das Recht nur Ausdruck einer fehlerhaften – auf Ausbeutung beruhenden – Gesellschaftsordnung seien. Aus diesem Grunde erschien es ihm auch unsinnig, sich über die ethischen Grundlagen des Rechts im kommunistischen Zukunftsstaat Gedanken zu machen.

Marx hatte auch geglaubt, dass die zukünftige kommunistische Gesellschaft aus einer bereits im Kapitalismus hochentwickelten, durchorganisierten und im Produktionsüberschuss beinahe ersticken Wirtschaft entstehen werde, die sowohl dem Prinzip ihrer von der Wissenschaft bestimmten Lenkung als auch dem Prinzip „jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seinen Bedürfnissen“ entsprechen würde.

Die reale Entwicklung des „Kapitalismus“ widerlegte die Zukunftsvisionen Marxens, so dass zwar eine politische Machtergreifung der auf seine Ideen eingeschworenen Politiker, nicht aber ein infolge der „Überreife des Kapitalismus“ erfolgender Zusammenbruch desselben möglich wurde. Die Machtergreifung Lenins und seiner Anhänger in Russland, das keineswegs den in der Konzeption Marxens für eine „proletarische Revolution“ vorgesehenen Reifegrad erreicht hatte, war damals noch als „Initialzündung“ zur Auslösung der „Weltrevolution“ gedacht, verwandelte sich aber dann sehr bald in einen Selbstzweck.

Die politischen Notwendigkeiten führten – entgegen allen Voraussagen von Marx und selbst von Lenin (in *Staat und Revolution*) – nicht zu einem allmählichen „Absterben des Staates“, sondern zu seiner Verwandlung in einen Superstaat. Die besondere Situation Russlands und das Ausbleiben der „Weltrevolution“ infolge der falschen Voraussagen Marxens zwangen die Kommunisten, einen anderen Grundsatz von Marx auf den Kopf zu stellen: die Lehre von dem Verhältnis zwischen der „Basis“ und dem „Überbau“. Um nicht unbegrenzt auf die der „proletarischen Revolution“ entsprechende Reife der Wirtschaft warten zu müssen, erklärte Stalin bereits in seinen *Fragen des Leninismus*, dass der „Übergang zum Sozialismus“ sich dadurch von einem solchen zum „Kapitalismus“ unterscheidet, dass hierbei die politische Machtergreifung des Proletariats der erste Schritt sei, dem der Aufbau der „sozialistischen Gesellschaft“ folge, wogegen die politische Revolution der Bourgeoisie den letzten Schritt zur Ausbildung der durch den Feudalismus

bereits vorgeformten bürgerlichen Gesellschaft darstelle. In seinen Linguistik-Briefen (1950) hatte dann Stalin nachträglich seine gesamte politische Praxis und den damit vollzogenen Abfall von den Vorstellungen Marx' über das Verhältnis von der „materiellen Basis“ und dem „politisch-juristischen Überbau“ wie folgt gerechtfertigt:

„Der Überbau wird von der Basis hervorgebracht, aber das bedeutet keineswegs, dass er die Basis lediglich widerspiegelt, dass er passiv, neutral ist, dass ihm das Schicksal seiner Basis, das Schicksal der Klasse, der Charakter der Gesellschaftsordnung gleichgültig sind. Im Gegenteil, einmal entstanden, wird er zu einer ganz gewaltigen Macht, hilft er aktiv seiner Basis, beste Formen anzunehmen und sich zu konsolidieren, trifft er alle Massnahmen, um der neuen Gesellschaftsordnung zu helfen, der alten Basis und den alten Klassen den Rest zu geben und sie zu beseitigen.“⁷⁾

Mit dieser Wendung hat Stalin die für das Sowjetrecht noch heute verbindlichen Wesenszüge herausgearbeitet. Einmal wird das Recht in Anlehnung an Marx, für den es im Gegensatz zu Stalin nur im Kapitalismus ein Recht gab, als ethisch wertneutral erklärt. Jegliche Wertmassstäbe für den Begriff der Gerechtigkeit sind also dem Sowjetrecht fremd. Zum anderen wird dem Staat im dialektischen Gegenschlag zu Marx mit einem Höchstmass an Machtfülle ausgestattet. Diese beiden tragenden Gesichtspunkte hat dann auch der sowjetische Kronjurist Wyschinskij bei seiner Definition des Sowjetrechts verarbeitet, indem er formulierte:

„Das Recht ist die Gesamtheit der von der Staatsgewalt als der Gewalt der in der Gesellschaft herrschenden Klasse aufzustellenden Regeln des menschlichen Verhaltens und der von der Staatsgewalt sanktionierten Gebräuche und Regeln des Zusammenlebens, deren Anwendung zwangsweise mit Hilfe des Staatsapparates durchgesetzt wird, um diejenigen Verhältnisse und Zustände zu schützen, zu festigen und zu entwickeln, die der herrschenden Klasse genehm und vorteilhaft sind.“⁸⁾

Das Recht ist damit zu einem reinen Machtinstrument in der Hand des Staates geworden, der sich selbst keinerlei rechtliche oder ethische Schranken setzt. Recht und Moral werden dabei auf dem Altar der kommunistischen Weltrevolution geopfert. „Die kommunistische Moral ist den Interessen des Klassenkampfes des Proletariats untergeordnet: die kommunistische Moral beruht auf dem Kampf zur Festigung und Vollendung des Kommunismus.“⁹⁾

Die Divergenz zwischen dem westlichen und östlichen Recht liegt deshalb auch nicht in der Frage, welche ethischen oder soziologischen Grundwerte das jeweilige Recht prägen, wie also die Rechtsidee fundiert ist, sondern in der Machtstellung des Staates. Nach der marxistisch-stalinistischen Lehre steht der Staat über dem Recht und ist das Recht nur ein Objekt des staatlichen Machtwillens. In den westlichen Demokratien ist dagegen der Staat als Rechtsstaat dem

Recht untergeordnet, er ist nur Hüter und Diener des auch seine Macht einschränkenden Rechts.

Deshalb kann auch das sowjetische Rechtsinstitut der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ nicht mit der Institution des freiheitlichen Rechtsstaats verglichen werden. Denn „die sozialistische Gesetzlichkeit ist ein Mittel, das Gewähr für die Verwirklichung der Politik der Arbeiterklasse bietet, sie ist ein Mittel zur Verwirklichung der Diktatur des Proletariats.“¹⁰⁾

DAS RECHT ALS ANGEWANDTE PARTEI- UND REGIERUNGSPOLITIK

Die Tatsache, dass nach den Grundsätzen der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ der Staat keinen belastenden Verwaltungsakt ohne Rechtsgrundlage erlassen kann, ist noch nicht ein Indiz für das Vorhandensein eines Rechtsstaates, da ja die Staatsgewalt beim Erlass und bei der Auslegung der Rechtsvorschriften keinerlei rechtlichen Bindungen unterworfen ist. Denn solche vage Formulierungen wie „Recht ist das, was der Arbeiterklasse nützt“ können wohl kaum als eine Beschränkung der Staatsgewalt gewertet werden.

In den Anforderungen des kommunistischen Staates an die Rechtspflege heisst es dann auch: „Das Gesetz des sowjetischen Regimes ist eine politische Richtlinie und die Rolle des Richters besteht nicht in der Anwendung des Gesetzes entsprechend den Erfordernissen der rechtlichen bürgerlichen Logik, sondern in dessen strenger Anwendung als Ausdruck der Partei- und Regierungspolitik. Wir verlangen von unseren Richtern offen die Durchsetzung der Politik der Diktatur des Proletariats.“¹¹⁾

Es wäre auch eine völlige Verkenning der sowjetischen Rechtsideologie, wenn man aus dem Inhalt der geschriebenen Staatsverfassung, die sich inhaltlich ja kaum von der eines freiheitlichen Rechtsstaates unterscheidet, auf rechtsstaatliche Tendenzen in der Sowjetunion schliessen würde. Denn durch die formale Existenz einer freiheitlich erscheinenden Verfassung soll die Bourgeoisie, die ja mit der Machtergreifung des Proletariats noch nicht abgestorben ist, über den wahren Charakter des bolschewistischen Regimes getäuscht und in seinem Widerstandswillen geschwächt werden.

Stalin hat ja auch keinen Zweifel daran gelassen, dass die Verfassung von 1936 die Diktatur des Proletariats nicht antasten dürfe. „Der Entwurf der neuen Verfassung hält das Regime der Diktatur des Proletariats aufrecht, ebenso wie er die jetzige führende Stellung der kommunistischen Partei der UdSSR beibehält.“¹²⁾

Nur unter diesen Aspekten kann die Rechtswirklichkeit in der Sowjetunion verstanden werden. Das Volk wird in der Regel auf Grund von Regierungserlassen regiert, denen der Oberste Sowjet als das eigentliche Gesetzgebungsorgan in den meisten Fällen gar nicht zuzustimmen braucht. Die Verbindlichkeit der Norm für den Gesetzgeber wird dabei in keiner Weise anerkannt. Die sowjetische Rechtspraxis kennt weder den verfassungsmässigen Schutz der Grundrechte, das Prinzip der Gewaltenteilung, der freien, gleichen, direkten und geheimen Wahl, noch die Möglichkeit der Anfechtung von Verwaltungsakten.

Die eigentliche politische Verfügungsgewalt, die „Diktatur des Proletariats“, liegt dabei nach der sowjetischen Staatslehre in den Händen der KPdSU, die die „Avantgarde der Arbeiterklasse“ repräsentiert. „Sie ist der Kern der Macht.“¹³⁾ Im Laufe des politischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesses ist die Staatsgewalt indessen auf eine kleine Führungsgruppe übergegangen, die sich in ihrem Lebensstandard sowie in ihrem Streben nach Reichtum und politischem Einfluss mittlerweile zu einer neuen Klasse im Sinne der westlichen Bourgeoisie entwickelt hat.

So ist denn aus der sozialistischen Bewegung, die ursprünglich ein sittlicher und sozialer Protest der Lohnarbeiter gegen das Ausbeutungssystem des Kapitalismus sein sollte, die „Diktatur des Proletariats“ und im dialektischen Gegensatz zu dieser „Diktatur“ der zum Gesetz erhobene Wille der herrschenden Klasse geworden, deren Rechtssetzungsakte weiter nichts als eine Funktion ihrer materiellen Lebensbedürfnisse und ihres Sicherheitsstrebens sind. Ein politisches Regime, das den Fortbestand seiner Führungsgruppe zur obersten Maxime seiner Gesetzgebung macht, kann aber nur existieren, indem es die Freiheit des Volkes radikal unterdrückt, sein Recht vergewaltigt und seine Wohlfahrt missachtet. Dieses System wird dann zum Zerrbild eines sozialen Rechtsstaates.

Die Sowjets glauben nun, die Notwendigkeit einer „Diktatur des Proletariats“, die sie selbst als eine Staatsform neuen Typus bezeichnen, auf Grund der dialektischen Entwicklungsgesetze des Marxismus bestätigt zu sehen. Der Feudalstaat sei nämlich vom bürgerlichen Rechtsstaat abgelöst worden und dieser müsste, indem sein Wirtschaftssystem die modernen Industriearbeiter erzeugte, unweigerlich von der Diktatur des Proletariats abgelöst werden.

Der bürgerliche Rechtsstaat wird dabei als eine Diktatur der Bourgeoisie, als ein „Vollzugsorgan der Kapitalistenklasse“ bezeichnet. Er halte als Diener des Kapitalismus die sozialen Misstände, vor allem die ausbeuterische Eigentumsordnung, aufrecht. Die bürgerliche Freiheit wäre nur die Freiheit des Kapitals, fremde Arbeit auszubeuten. Die formale Gleichheit im Rechtsstaat wäre ein Hohn, da sie nicht in der Lage wäre, die soziale Ungleichheit zwischen den Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und dem Proletariat zu beseitigen.

Der bürgerliche Rechtsstaat unterdrücke ferner die Arbeiterbewegung mit seinem reaktionären Polizeipararat, aber auch durch propagandistische Massnahmen mit Hilfe der vom Kapitalismus ausgehaltenen Presse, Rundfunk, Fernsehen und so weiter. Auf Grund dieser inneren Widersprüche könne dann auch der bürgerliche Rechtsstaat auch nur eine Übergangserscheinung auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats sein.

Diese Argumente werden jedoch dem Wesen des freiheitlichen Rechtsstaates nicht gerecht. Der freiheitliche Rechtsstaat hat niemals die sozialen Misstände oder die wirtschaftlichen Fehlentwicklungen, wie sie der Kapitalismus in seinen Anfängen zeitigte, judifiziert und demzufolge auch gar nicht zu verantworten. Denn in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist ein bestimmtes Wirtschafts- und Gesellschafts-

system von vornherein gar nicht festgelegt. 14) Sie überlässt vielmehr dem Gesetzgeber, der vom Staatsvolk in freien, gleichen, direkten und geheimen Wahlen berufen wird, die Entscheidung, inwieweit die sozialökonomische Ordnung reformbedürftig ist.

Der freiheitliche Rechtsstaat lehnt dabei allerdings gewaltsame Aktionen, die nicht dem Willen des Parlaments entsprechen, ab. Er erstrebt vielmehr eine fortschreitende und vorsichtige Evolution, die von den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit geleitet wird. Diese Ordnung will also nicht zerstören, sondern aufbauen und festigen. Eine solche Entwicklung muss dabei in ständiger Übereinstimmung mit der Mehrheit der Bevölkerung vollzogen werden. Da das Parlament nach relativ kurzen Zeitabständen immer wieder neu zu wählen ist, kann die Regierungspartei die zu treffenden Massnahmen nur in ständiger Übereinstimmung mit der Mehrheit der Bevölkerung beschliessen. Die Mitwirkung an den Gemeinschaftsentscheidungen ist aber nur möglich, wenn den Staatsbürgern ein möglichst hohes Mass an Freiheit gewährt werden kann.

Schon gemäss dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gleichheit sind Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung gehalten, gleiche Startbedingungen für alle Bürger zu schaffen. Dabei widerspricht es allerdings noch nicht dem Gleichheitsprinzip, wenn die Interessen einer bestimmten sozialen Gruppe stärker berücksichtigt werden. Aber es ist dem freiheitlichen Rechtsstaat im Gegensatz zur kommunistischen Staatsdoktrin keinesfalls immanent, dass die gesamte Staatspolitik an den Belangen einer bestimmten Klasse orientiert wird. Deshalb enthalten auch die Verfassungen der westlichen Demokratien entsprechende Bestimmungen, wonach Misstände der politischen oder gesellschaftlichen Macht beseitigt werden müssen. So entwickelt sich immer mehr das Ideal der sozialen Demokratie im klassenlosen Rechtsstaat.

DAS GEGENBILD DES FREIHEITLICHEN RECHTSSTAATES

Während im Sowjetstaat das Kollektiv im Mittelpunkt aller staatlichen Bemühungen steht, ist in der freiheitlichen Demokratie die Würde des einzelnen Menschen der oberste Wert. Sie ist unantastbar, der Staat hat sie zu achten und zu schützen. Diese Würde ist demzufolge auch nicht wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse modifizierbar. Der Staat hat dabei seinen Bürgern um deren Würde willen eine möglichst freie Entfaltung der Persönlichkeit zu sichern.

Der freiheitliche Rechtsstaat hat aber auch gemäss dem Verfassungsgrundsatz der Menschenwürde darauf zu achten, dass die Beziehungen der Bürger untereinander von den Prinzipien der Menschlichkeit und Gerechtigkeit bestimmt werden. Er hat deshalb eine Ausbeutung des einen durch den anderen zu verhindern. Es entspricht dabei allerdings nicht dem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Leitbild des freiheitlichen Rechtsstaates, allein im privatrechtlichen Dienst-

vertrag den sozialen Tatbestand der Ausbeutung zu sehen. Der freiheitliche Rechtsstaat schliesst jedoch Arbeitsverhältnisse aus, nach denen die Arbeiter unter unwürdigen Bedingungen und zu unangemessenem Lohn tätig sein müssen. Deshalb ist auch das Sozialstaatsprinzip zum Verfassungsgrundsatz erhoben worden. Danach sollen soziale Gleichheit fortwährend weiter entwickelt und der Bürger vor den nachteiligen Auswirkungen einer schrankenlosen Freiheit geschützt werden. Nur so kann die Divergenz zwischen Freiheit und Gleichheit weitgehend ausgeglichen werden

Dieses Leitbild erscheint dem freiheitlichen Rechtsstaat erstrebenswerter als die Vergötzung eines utopischen Staatsideals, das die Synthese beider Ideale für eine noch ferne Zukunft verheisst. Der Kommunismus hat bisher zur vermeintlichen Erreichung dieses Ideals von seinen Untertanen Opfer über Opfer verlangt, ohne dabei weder Freiheit noch Gleichheit gewähren zu können. Der Hinweis Chruschtschows, dass bis zum Jahre 1980 das kommunistische Staatsideal verwirklicht werden würde, muss angesichts der eingangs erwähnten neuen Strafgesetzgebung wie ein Hohn empfunden werden. Der eigentliche Sinn der Verkündung des nahenden kommunistischen Zukunftsstaates kann deshalb auch wohl nur der sein, dass der Bevölkerung mit dieser Fata Morgana noch grössere Opfer abverlangt werden sollen. Deshalb kann auch von dem frei-

heitlichen Rechtsstaat, in dem Freiheit und soziale Gleichheit weitgehend verwirklicht sind, kein Weg zu einem politischen System führen, das fordert, es müsse um eines eschatologischen Zieles willen, das lediglich den materiellen Bedürfnissen einer kleinen Klasse dient, die menschliche Würde, Freiheit und Gleichheit für eine unbestimmte Zeit mit radikalsten Mitteln beseitigt werden.

Zwischen dem kommunistischen Rechtssystem und dem freiheitlichen Rechtsstaat besteht daher Todfeindschaft. Das muss gesagt und das muss gewollt werden.

-
- 1) *Iswestija*, 20. Mai 1961
 - 2) *Neue Zürcher Zeitung*, 21. Mai 1957
 - 3) Karl Marx: *Ausgewählte Schriften*, Band 1, Moskau-Leningrad 1934, S. 359
 - 4) *freie rundschau*, Heft 3/1961, S. 36 ff.
 - 5) Marx/Engels: Sonderausgabe, Moskau 1935, S. 294
 - 6) Marx/Engels: *Kommunistisches Manifest*, London 1848
 - 7) J. W. Stalin: *Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft*, Moskau 1951, S. 7
 - 8) Wyschinski: *Fragen der Rechts- u. Staatstheorie*, Moskau 1949, S. 84
 - 9) *Kurzes philosophisches Wörterbuch*, Moskau 1952, S. 305
 - 10) *Neue Justiz*, Bln., 5. 10. 1956, S. 581
 - 11) Wyschinski: *Lehrbuch des Strafprozessrechts*, Moskau 1936, S. 54
 - 12) Stalin: *Fragen des Leninismus*, Moskau 1947, S. 633
 - 13) Stalin: *Fragen des Leninismus*, Moskau 1947, S. 154
 - 14) Maunz: *Deutsches Staatsrecht*, München 1959, S. 125

Es ist uns wenig von den Gesetzen des Drako übrig geblieben, aber dieses Wenige schildert uns den Mann und den Geist seiner Gesetzgebung. Alle Verbrechen strafe er ohne Unterschied mit dem Tode, den Müssiggang wie den Mord, den Diebstahl eines Kohls oder eines Schafs wie den Hochverrath und die Mordbrennerei...

Drakos Gesetze sind der Versuch eines Anfängers in der Kunst, Menschen zu regieren. Schrecken ist das einzige Instrument, wodurch er wirkt... Einen Menschen aus den Lebendigen vertilgen, weil er etwas Böses begangen hat, heisst eben so viel als einen Baum umbauen, weil Eine seiner Früchte faul ist.

FRIEDRICH SCHILLER: *Die Gesetzgebung des Lykurgus und Solon*

Der Hahnenschrei

Imponderabilien der russischen Geschichte

VON ALEXANDER KASHIN

Die Erscheinung, von der hier die Rede sein soll, entzieht sich weitgehend einer sachlichen Analyse. Wir glauben es hier mit einer Elementarkraft zu tun zu haben, die von keinerlei Messgeräten registriert werden kann. Dazukommt, dass für eine Auswertung dieser Erscheinung die Heranziehung von historischen Vergleichen unerlässlich ist – und so etwas ist ja immer ein recht gefährliches Unterfangen. Indessen halten wir das gedachte Phänomen für so interessant, dass wir es trotz aller Schwierigkeiten, deren wir uns wohl bewusst sind, versuchen wollen, das Gewichtlose zu wiegen und das der Definition Entgleitende zu definieren.

Seit mindestens zwei Jahren klagt die sowjetische Presse über das aussergewöhnliche Anwachsen der Kriminalität in der Sowjetunion. Die Aktivität krimineller Elemente hat solche Ausmasse angenommen, dass die Führung sich bekanntlich gezwungen gesehen hat, die Todesstrafe nicht nur für Mord, sondern auch für bewaffneten Raubüberfall und selbst für den Diebstahl von Staatseigentum einzuführen. Es vergeht kaum ein Tag, ohne dass die Sowjetpresse über die Hinrichtung von Kriminellen in der einen oder anderen Stadt der UdSSR berichtete. Auch diese scharfen Massnahmen jedoch haben weder das Verschwinden der Kriminalität noch auch nur ihre Eindämmung erreichen können. Im Gegenteil – alle Massnahmen des Staates beantwortet die Gesellschaft mit neuen Explosionen, mit einer neuen Welle von Verbrechen.

Die Gesellschaft? – könnte man erstaunt fragen. Ja, die Gesellschaft, und gerade darin liegt ja die Paradoxie der hier zu schildernden Erscheinung. In den letzten Jahren nämlich treiben die kriminellen Elemente in der Sowjetunion ihr Unwesen weitgehend nicht im „Alleingang“, sondern sehr oft unter der stillschweigenden Duldung, ja der Sympathie der Gesellschaft. Wie ist es nur möglich – beklagt sich die Sowjetpresse –, dass Menschen, die eben noch von Rowdys überfallen wurden,

diese sofort in Schutz nehmen, sobald die Miliz auf der Bildfläche erscheint? Nun, die Frage ist tatsächlich nicht so ohne weiteres zu beantworten.

In allen zivilisierten Ländern der Welt kann normalerweise die Polizei mit der Hilfe der Bevölkerung rechnen, wenn es um die Festnahme etwa einer Räuberbande geht. In der Sowjetunion aber stellt sich die Öffentlichkeit vor eine solche Bande und gegen die Vertreter der Staatsmacht. Was ist hierfür die Ursache? Und vor allem – lässt sich aus dieser Tatsache etwas ableiten, das aus einer historischen Perspektive gesehen werden kann, das verallgemeinert werden kann, etwas, worin sich irgendwelche unsichtbare Strömungen nachweisen lassen, die es schliesslich erlauben, die Geschehnisse in der UdSSR in einem neuen Lichte zu sehen? Wir glauben, diese Frage bejahen zu können.

Die Sowjetunion hat bereits einmal eine gewaltige Entfesselung der Kriminalität erlebt, nämlich in den zwanziger Jahren, als Folge des Bürgerkrieges, des Kriegskommunismus, des Hungers und überhaupt des allgemeinen Chaos. Damals rekrutierten sich die kriminellen Elemente vorwiegend aus den Reihen der „Bezprizorniki“, verwahrloster Jugendlicher; sie wurden von der Führung als „sozial nahe Elemente“ betrachtet (das heisst solchen sozialen Schichten entstammend, die als systemfreundlich angesehen wurden). Diese Verwahrlosten haben gemordet, geraubt, vergewaltigt – aber darin sah man keine sozialen, geschweige den politischen Tendenzen.

Heute liegen die Dinge anders. Gewiss mag die Kriminalität eine Reihe von allgemeinen soziologisch bedingten Ursachen haben. Zu einem guten Teil aber lässt sich das sonderbare Abgleiten in die Kriminalität nicht anders denn als ein (vielleicht unbewusster) Protest erklären: die Menschen werden zu Kriminellen genau so, wie seinerzeit die Jugend des zaristischen Russland „in die Revolution ging“. Die Bedeutsamkeit der gegenwärtigen Kriminalitätswelle wird auch dadurch

besonders unterstrichen, dass die kriminellen Elemente sich aus allen Schichten der Bevölkerung, vor allem aber aus der Jeunesse dorée, das heisst aus den Söhnen und Töchtern der hochstehenden Parteibürokraten und Technokraten, rekrutieren. Damit kann teilweise auch die Tatsache erklärt werden, dass junge Verbrecher nicht nur die Unterstützung und den Schutz der gewöhnlichen Bürger, sondern oft auch den der Unteroffiziere der Sowjetgesellschaft, nämlich der mittleren Parteibürokratie und der gesamten Technokratie, geniessen.

Die Gewerkschaftszeitung *Trud* hat unlängst einen Leserbrief veröffentlicht, in dem es unter anderem heisst:

„Eines Abends haben mich auf der Strasse drei kräftige Kerle angehalten. Sie hatten an meiner Uhr „Gefallen gefunden“ und verlangten von mir, dass ich sie ihnen gäbe. Ich versuchte mich zu wehren, aber man drohte mir mit einem Messer. Mir blieb nichts anderes übrig, als die Uhr herzugeben. Einer der Räuber grinste und sagte: 'So ist's besser, Brüderchen! Uns macht es nichts aus, jemanden mit dem Messer aufzuschlitzen. Deswegen gibt es nicht einmal eine Gerichtsverhandlung, man wird für uns schon Bürgschaft leisten, du aber hättest das Leben verlieren können.'“

Einen anderen Vorgang, der eine ähnliche Haltung verrät, schildert die *Komsomolskaja Prawda*:

„Als der Vorsitzende des Kollegiums des Obersten Gerichts der Tadshikischen SSR, Genosse Usharow, das Urteil über die Anwendung des höchsten Strafmasses (d. h. also der Todesstrafe) im Falle Lapygin verlas, legte dieser hoffnungslose Bandit – einen Steptanz hin! Nein, er war keineswegs verrückt, er hatte nicht den Verstand verloren, er war durchaus bei Sinnen; sein Step war lediglich Ausdruck höchsten Rowdymutes. Im Gerichtssaal fanden sich auch Kenner dieser heldenhaften Geste: – Du bist ein ganzer Kerl, Walerka! Hab keine Angst, wir holen dich schon raus! – Solche und ähnliche Ausrufe konnte man im Saal hören.“

Als drittes Blatt sei hier schliesslich noch die Regierungszeitung *Iswestija* zitiert:

„Vor drei Jahren begann Frau Bikowa in dem Tbc-Sanatorium für Kinder in Ewpatoria zu arbeiten... Einige Male bereits war das Kameradschaftsgericht gezwungen gewesen, sich mit ihr zu beschäftigen. Das Wegbleiben von der Arbeit, das Versäumen des Wachdienstes, kleinere und grössere Vergehen wurden verziehen... Aber nichts half... Das letzte Mal fand die Gerichtssitzung in ihrer Sache unter ungewöhnlichen Umständen statt. Zu der laufenden Sitzung des Kameradschaftsgerichts weigerte sich die Bikowa zu erscheinen. Daraufhin kamen die Mitglieder des Kameradschaftsgerichts

in ihre Abteilung und stellten in dem Durchgang des Pfortnerhäuschens ihren Sitzungstisch auf. Auf der Strasse wurden Stühle aufgestellt, dann begann die Verhandlung. Aber auch hier zeigte die Bikowa ihren Charakter: sie setzte sich mit dem Rücken zu den Mitgliedern des Kameradschaftsgerichts und liess wiederholt Zwischenrufe hören, etwa: 'Da hört ihr einen Idioten', oder 'Plärre nicht, du Affe!'"

Die Kriminalität in der Sowjetunion ist in ihrer heutigen Gestalt nicht nur ein soziales, sondern auch ein politisches Phänomen. Der ständige Zusammenstoss der Kriminellen mit der Obrigkeit spielt sich unter einem System ab, das alle Erscheinungen des menschlichen Lebens politisch wertet. Daher bleibt die Frage zu klären, ob die Kriminalität zu den Zusammenstössen mit dem Regime führt oder umgekehrt eine Folge solcher Zusammenstösse ist. Die aufmerksame Prüfung der verschiedensten Meldungen macht uns geneigt, das zweite anzunehmen. Die Kriminalität und der Hang zu ihr entstehen als Folge einer verbreiteten Missachtung des Staates, sie sind Ausdruck der Negation der Obrigkeit, des Protestes gegen das Grau und die Langweile, gegen die Primitivität und die Unmenschlichkeit des Lebens.

Indessen – ist das alles? Sind damit tatsächlich schon alle Gründe erschöpft, die die Jugend auf die Strasse treiben, ihr das „finnische“ stehende Messer in die Hand drücken und sie zu den Raubüberfällen verleiten? Zunächst mag es vermutlich auch so gewesen sein: Das bewegende Moment waren die Primitivität des Lebens, das eintönige Einerlei und der Wunsch nach Abwechslung, Abenteuerlust, der Versuch, sich auf leichte Art zu bereichern, wobei der „soziale Protest“ nur inso weit vorhanden war, als er diesen Beweggründen innewohnte.

„IM HEILIGEN RUSSLAND...“

Die gegenwärtige Kriminalität aber gewinnt, in Verbindung mit anderen ausserordentlich interessanten Erscheinungen des sowjetischen Lebens, ein ganz anderes Profil. Ihre Wurzeln sind in der Atmosphäre allgemeiner Unsicherheit, in der Erwartung grosser Veränderungen, in der unklaren, undefinierbaren Vorahnung einer nahenden Katastrophe zu suchen.

Über die „russische Seele“ ist viel geredet und geschrieben worden, vorwiegend von Leuten, die dazu am wenigsten legitimiert waren. Aber in diesem Zusammenhang lässt es sich nicht vermeiden, auf einige Besonderheiten eben dieser „russischen Seele“ hinzuweisen. Geistesgeschichtlich gesehen ist sie davon mitgeprägt worden, dass Russland bekanntlich weder eine Renaissance

noch eine Aufklärungsepoche erlebt und dadurch mancherlei mittelalterliche Züge bis zum heutigen Tage bewahrt hat. Die „russische Seele“ ist noch nicht in dem Masse von der Ratio beherrscht, sie unterliegt den Regungen des Herzens und psychischen Einflüssen viel stärker als logischen Argumenten..

Im heiligen Russland krähen die Hähne,
Bald wird es Tag werden im heiligen Russland..

Dieses dichterische Bild ging in die russische Folklore und die russische Literatur der Jahre des Kampfes gegen die Tataren ein. Aber es tauchte auch später immer wieder auf, jedesmal dann, wenn die Volksseele die verborgenen Erschütterungen bevorstehender Veränderungen vorausahnend wahrnahm.

Zu Beginn unseres Jahrhunderts schrieb der spätere Nobelpreisträger und einer der bedeutendsten russischen Schriftsteller, Iwan Bunin, eine Erzählung, die den Titel trägt *Die Hähne krähen* und in der er das unterirdische Beben des nahenden Chaos schilderte. Dabei stützte er sich keineswegs auf irgendwelche Analysen der sozialen Prozesse, auf den Klassenkampf oder auf die sichtbaren und greifbaren politischen Ereignisse. Nein, mit dem feinhörigen Ohr des Künstlers erlauschte er das kaum hörbare Raunen des Volkes und wusste, dass Erschütterungen und Chaos unvermeidlich seien.

Oft ist in der russischen Geschichte der Ruf nach der Axt ertönt; dann strömte die Volksmasse herbei, um den „Barin“, den „Herrn“, zu schlagen, um zu hauen und zu brennen. Sie besass kein politisches Programm, hatte keine klare Vorstellung von der Zukunft und verfügte überhaupt über keinerlei Überzeugungen. Sie hatte lediglich die Gewissheit, dass es so nicht weitergehen könne, dass eine Veränderung unvermeidlich und dass es in solchen Zeiten sowohl dumm als auch gewissenlos sei, „auf dem Ofen“ sitzen zu bleiben und an dem allgemeinen Exzess nicht teilzunehmen..

Wir haben gleich eingangs von der Schwierigkeit und Gefährlichkeit unseres Themas gesprochen. Imponderabilien lassen sich nur schwer historisch deuten, und sie ins politische Kalkül einzubeziehen, ist vollends schwierig. Aber die Hähne krähen, und der eine hört ihren Ruf, während er für den anderen unvernünftig bleibt. Die Tatsache jedoch besteht, dass der Hahnenschrei nicht nur einmal in der russischen Geschichte ertönte und dann jedesmal einen elementaren Ausbruch, ungeheures Blutvergiessen und die radikale Veränderung aller Grundlagen des russischen Lebens ankündigte. Die „russische Seele“ – in dem Sinne, wie wir sie zu deuten versuchten und wie sie der Seele des Europäers gegen „Abend des Mittel-

alters“ nahe genug verwandt ist – hat eine Neigung zum Chaos und zum Exzess, wovon die russische Geschichte und die russische Literatur oft genug Zeugnis abgeben. So beschreibt zum Beispiel Maxim Gorkij in einer seiner Erzählungen, wie eine auf dem Wasser schaukelnde Getreidebarke in Brand gerät. Am Ufer des Flusses aber steht ihr Besitzer, ganz entzückt über den Brand. Man sagt ihm: es brennt doch deine Barke, dein Getreide! Aber das interessiert ihn nicht. Das unwirklich-schöne Bild des Brandes lässt ihn seinen grossen Verlust vergessen..

Mit aller Deutlichkeit sei noch einmal wiederholt: Wir sprechen hier weder von einer Revolution, noch von einem organisierten Sturz der Regierung. Wir sprechen lediglich von der ungeänderten Kraft im Volke, die sich keine eigentlichen Ziele setzt, ausser dem, sich an den Trägern der Macht zu rächen. Im Volke gewinnt das Bewusstsein Raum, dass die Staatsmacht kompromittiert ist und mit ihr die gesamte Ordnung der Dinge, nicht nur die politische, sondern auch die geistige: So wie es ist, kann es nicht mehr bleiben.

ANZEICHEN RADIKALER VERÄNDERUNGEN

Lenin, der alles in positivistische Formeln zu zwingen versuchte, sagte einmal in diesem Zusammenhang: „Die Revolutionen entstehen,.. wenn das Volk nicht mehr bereit ist, nach alter Art zu leben, die Regierung aber ausserstande ist, dem Neuen zu folgen.“ Aber Lenin setzte, wie bekannt, seine Hoffnung nicht in eine spontane Erhebung (die er verabscheute und für schädlich hielt), sondern in den organisierten Staatsstreich. Die Volksrevolution, die Eruption der Elementarkräfte des Volkes waren für ihn bestenfalls eine Voraussetzung zur Machtergreifung, und das nicht zuletzt auch deshalb, weil die Elementarkraft der Volkserhebung nur zu zerstören und nicht aufzubauen vermag. Auch flutet sie früher oder später wieder in ihr Flussbett zurück und sehnt sich nach der starken Hand, die dem Chaos ein Ende zu setzen vermag.

Die Vorgeschichte aller radikalen Veränderungen des politischen Weges Russlands fand in die russische Geschichtsschreibung Eingang unter dem Terminus „Raskatschka“ (das „Aus-den-Fugen-Schaukeln“). Die Gesellschaft, das Volk – mit der Wirklichkeit von heute unzufrieden – beginnen die Staatsmacht „lockerschütteln“. Diese Tätigkeit ist für das Regime (welches auch immer) um so gefährlicher, als es dabei mit keiner Opposition zu tun hat. Selbst definierbare Ideale und Theorien werden ihm nicht entgegengehalten. Der Staatsmacht fehlt jeglicher Anhaltspunkt, wie sie die Bewegung in den Griff bekommen könnte.

Der Feind bleibt unsichtbar. Er besteht vorwiegend aus Gerüchten und Stimmungen. Irgendwo wurde ein Kalb mit zwei Köpfen geboren, in irgendeiner Provinz, in irgendeinem Dorf sah man Feuer vom Himmel auf die Erde herunterregnen, irgendjemand hat irgendwo Stimmen gehört, die vom Himmel kamen – es wird Not geben, es wird Brände geben, es wird Schrecken geben!

Mit der Zeit tauchen unterschobene Enthüllungsschreiben auf („podmetnye pis'ma“), eine Art Kettenbrief mit Flugblattcharakter. Auch sie haben fast keinen politischen Inhalt. In ihnen wird nur davon gesprochen, dass es notwendig geworden sei, zu morden und zu richten. Die Geduld der Vorsehung sei am Ende. Die Schuldigen müssten bestraft werden. Sie zu strafen sei Sache des Volkes. Mit solchen Kettenbriefen begann zum Beispiel die berühmte Zeit der Wirren zu Beginn des 16. Jahrhunderts, sie begleiteten alle Reformen Peters des Grossen, und sie tauchten jedesmal wieder auf, wenn der Umbruch alles Hergebrachten zu erwarten stand. Bei der Vorbereitung der russischen Revolution griff auch der „Intelligenzler“ Tschernischewskij bewusst zu ihnen, ein Mann, der dem Kleinbürgertum entstammte und die Psyche des Volkes kannte. Seine Aufrufe „zur Axt“ wirkten zwar erst einige Jahrzehnte später, als die Unruhe sich des Volkes tatsächlich bemächtigt hatte – nicht künstlich „von oben“, sondern spontan „von unten“. Aber sie wirkten doch.

In dieser Atmosphäre der Erregung, der Unruhe, der allgemeinen gespannten Erwartungen kann man stets zwei Gruppen von Menschen unterscheiden, die beide – jede auf ihre Art – die Wirklichkeit zu fliehen und sie zu ändern versuchen. Die eine Gruppe sucht ihr Heil in der Religion, sie prophezeit den Untergang der Welt und mahnt zur Demut. Die andere Gruppe aber weicht in die Kriminalität aus. Beiden ist jedoch gemeinsam, dass sie die herrschenden Zustände und die Staatsgewalt ablehnen; sie ist für beide eine Herrschaft des Antichrist, eine illegitim gewordene, gesetzlose Herrschaft. Eine solche Transformation wurde seinerzeit, und nicht nur einmal, sowohl in Europa als auch in China durchgemacht. In China sprach man dann davon, dass die herrschende Dynastie „das Mandat des Himmels eingebüsst habe“. Dann ist es jedem Bürger erlaubt, sich gegen sie zu erheben und sie zu bekämpfen. Vom moralischen Standpunkt muss er sogar alles tun, was in seinen Kräften steht, um diese Herrschaft zu stürzen.

Im Europa der Jahrtausendwende, die den Zusammenbruch der fränkischen Reiche und den Kampf der Kaiser gegen das Papsttum einleitete, oder am Ausgang des Mittelalters, am Vorabend der Reformation und auch vor dem Dreissigjährigen

Krieg war es nicht anders. Visionen, Gerüchte, Ahnungen, „Kettenbriefe“, apokalyptische Reiter, Erscheinungen und allerlei sonstige Phänomene der Massenhysterie waren nicht selten.

In der Sowjetunion von heute springen nun die beiden angedeuteten Erscheinungen buchstäblich ins Auge: die Hinwendung zur Religion und die Flucht in die Kriminalität. Mit den Klagen über eine Renaissance der Religiosität, noch dazu nicht selten in ihren exaltiertesten Formen, ist die gesamte Sowjetpresse voll. Und immer wieder hört man auch von Prophezeiungen eines bevorstehenden Weltuntergangs: Die Sowjetherrschaft sei die Herrschaft des Antichrist, tuet Busse, denn das Jüngste Gericht naht!

Die zum Tode Verurteilten steppen vor Gericht, und selbst die Sowjetpresse ist gezwungen einzugestehen, dass das kein Schizophrenieanfall, sondern etwas ganz anderes war. Und wer ist denn das, was sind das für Leute, die es wagen, im sowjetischen Gerichtssaal einem Verurteilten zuzurufen: „Bist ein ganzer Ker! Hab keine Angst, wir holen dich schon raus!“? Noch vor wenigen Jahren wäre so etwas unmöglich gewesen. Heute scheinen Vorgänge solcher Art etwas Alltägliches geworden zu sein.

Selbstverständlich ist das alles dem Regime bekannt, und es versucht auch, dagegen anzukämpfen. Aber wie soll man gegen Elementarkräfte kämpfen, wie kann man ihnen Fesseln anlegen? Man führte die Todesstrafe ein. Das steigerte nur das Gefühl der Hilflosigkeit des Regimes, und vor allem das seiner Illegitimität.

UNTERSCHWELLIGE PROZESSE

Das Regime erklärte dem Volk den Krieg, und das Volk hat diese Herausforderung angenommen. Das Volk? Nun, zum mindesten der Teil des Volkes, der in die Kriminalität flüchtete. Aber die Kriminalität genießt, wie wir bereits hervorgehoben haben, die Unterstützung und die Sympathie der Gesellschaft, die sich diese Form des Protestes zu Nutzen macht. Bei der Beschützung eines Kriminellen begeht man keine offensichtliche politische Handlung – daher schlugen die Wogen der Urgewalten nach dieser Richtung. Ja, das Volk hat die Herausforderung angenommen. Die Zeitung *Sowetskaja Rossia* veröffentlichte unlängst eine Meldung aus Murom, einer Provinzstadt östlich von Moskau, in der unter anderem folgendes zu lesen war:

„Sowohl von der Vor- als auch von der gerichtlichen Untersuchung wurde festgestellt, dass randalierende Elemente die Ruhe und Ordnung gestört und der Miliz bei deren Wiederherstellung

Ausbruch in die Freiheit

VON K. ALEXANDROW

Maxim Gorkij hat mit dem ihm eigenen Temperament und seinem Hang zu Verallgemeinerungen einmal behauptet, dass „der Mensch durch seinen Widerstand gegenüber dem ihn umgebenden Milieu gebildet“ würde. Vielleicht wäre es richtiger zu sagen, dass der Mensch entweder durch seinen Widerstand gegen oder durch seine Anpassung an das ihn umgebende Milieu gebildet würde. Mit einer solchen Ergänzung ist Gorkijs Formel auch auf die sowjetische Wirklichkeit anwendbar. Dort hat ja zum Beispiel ein weibliches Mitglied des Komsomol vor einigen Jahren in einem Brief an die *Komsomolskaja Prawda* Klage darüber geführt, dass in unserer Zeit die Kleidung der Menschen viel zu bunt sei, so dass es schwer falle, gute von schlechten Menschen zu unterscheiden. Sie erhoffte sich eine Zeit, in der alle Menschen Uniformen tragen würden, mit je einem besonderen Schnitt für die Guten und für die Bösen.

Diese Jungkommunistin hat sich an das sie umgebende Milieu – genauer an die von der Partei und der Regierung künstlich gezüchtete Atmosphäre – derart angepasst, dass sie selbst ihre Erzieher übertrumpfte. Man soll jedoch nicht glauben, dass die Bedingungen des sowjetischen Lebens die zweite Hälfte der eingangs angeführten Formel völlig negieren würden. Immer noch wird der Mensch in der Sowjetunion entweder durch Anpassung oder durch Widerstand gebildet. Bei weitem nicht alle passen sich an, ja, je länger der Sowjetstaat existiert, desto mehr verliert er seine Autorität in den Augen der Bürger, so dass die Anpassung in immer stärkerem Ausmass als unanständig angesehen wird. Der Konformismus kommt in der Sowjetunion allmählich aus der Mode, und selbst die Anpassungswilligen sind weniger bemüht, sich den offiziellen Dogmen als vielmehr den neuen Stimmungen anzupassen, die zwar nur latent vorhanden sind,

Widerstand geleistet haben, um dann einen Banditenüberfall auf das Gebäude der städtischen Miliz-Verwaltung zu unternehmen.“

Rowdys: überfallen das Gebäude der städtischen Miliz! Vor fünf Jahren wäre das niemanden im Traume eingefallen. Heute beginnen die Urgewalten über die Ufer zu treten.

Im Kampf mit diesen Elementarkräften versuchte Chruschtschow, sich der sogenannten „Volks-Drushinen“ (Mannschaften zur Unterstützung der Miliz) zu bedienen. Aber gerade die Praxis der „Volks-Drushinen“ zeigt, welche Ausmasse die hier geschilderten Erscheinungen bereits erreicht haben. Der Aufruf an die Hilfe der „Volks-Drushinen“ blieb gänzlich ohne Erfolg. Erstens deshalb, weil die überwiegende Mehrheit der „Drushina“-Angehörigen sich als Feiglinge erwiesen, die wohl bereit sind, einen schutzlosen „Stiljaga“ anzugreifen, aber einen weiten Bogen um jede Gruppe von Banditen ziehen. Zweitens aber, weil die „Drushinen“ selbst sofort mit kriminellen Elementen durchsetzt wurden, die ihre Stellung

als „Helfer der Ruhe und Ordnung“ für die Ausübung ihrer asozialen Tätigkeit benutzen.

Damit sind wir am Ende unserer Betrachtungen, oder, besser gesagt, unseres Lauschens der unterschwelligten Prozesse des sowjetischen Lebens. Wie bereits gesagt wurde: man kann diese Deutung als zu eigenwillig gerade deshalb bezeichnen, weil die Erscheinungen, die sie zu deuten versuchte, sich in positive und vernünftige Definitionen nicht einfangen lässt. Aber jede Explosion ist „unvernünftig“, jede Explosion ist eine Unterbrechung des gewohnten Lebensablaufes, und auch sie wird von Prozessen eingeleitet, deren „Vernünftigkeit“ sich schwer begründen lässt.

Die historische Erfahrung Russlands lässt vermuten, dass wir es auch heute mit einer neuen Welle des „Aus-den-Fugen-Schaukelns“ zu tun haben, die von einer grossen Minderheit mit Zustimmung fast der ganzen Gesellschaft betrieben wird. Das Volk ist nicht bereit, weiter wie bisher zu leben, und das Herrschaftssystem ist ausserstande, sich zu verändern.

dafür aber eine um so grössere Zähigkeit entfalten.

Immer wieder hört man im Westen die Ansicht, dass die Sowjetjugend, die das Leben ausserhalb der Sowjetunion ja nicht kenne und sich daher keine andere Wirklichkeit als die der kommunistischen Gesellschaft vorzustellen vermöge, die westlichen Ideale nicht schätze und auch nicht schätzen könne. Um den Weg zu ihren Herzen und zu ihren Gedanken zu finden, solle man sich ihr anzupassen versuchen und neue, für den Westen zwar wenig überzeugende, aber dafür die Sowjetjugend ansprechende Argumente finden.

Aus solchen und ähnlichen Behauptungen spricht, so will uns scheinen, eine Verkennung der unwandelbaren Natur des Menschen, sie leugnen, dass das Streben nach Wahrheit, nach Schönheit und ähnlichen Werten im Menschen a priori angelegt und nicht erst Ergebnis der Zivilisation ist. Indessen, Leute mit solchen Ansichten irren sich: Die Sowjetjugend, die den Westen nicht kennt und die keine Vorstellungen von unserer Demokratie besitzen kann, hat sich eine sehr deutliche Vorstellung von dem bewahrt, was Wahrheit, was Gerechtigkeit ist.

Der beste Beweis dafür war schon immer die Gleisnerei der Kommunisten gewesen, der Tribut, den die Sünde an die Tugend zu zahlen hat. Aus irgendwelchen Gründen glaubten nämlich die Kommunisten offenbar, auf die Tugend doch nicht verzichten zu können – vielleicht, weil eine direkte Predigt des Bösen selbst unter den Bedingungen einer totalitären Diktatur unmöglich ist. Im Westen freilich hat man diesen Einwand sonderbarerweise als nicht stichhaltig angesehen. Man verlangte eindeutige, unmissverständliche Beweise, man verlangte nach Anzeichen eines (in den eigenen Reihen auch recht seltenen) Heroismus, man erwartete von den Sowjetbürgern etwas, wozu man sich selbst vermutlich erst recht nicht entschlossen hätte, um zu glauben, dass der Kommunismus den Menschen nicht völlig zu korrumpieren vermochte.

Versuchen wir uns für einen Augenblick vorzustellen, was der Westen eigentlich von den Menschen in der Sowjetunion erwartete. Worin kann der Widerstand gegenüber dem Kommunismus in der kommunistischen Gesellschaft zum Ausdruck kommen? In Aufständen? Es gab sie auch, aber sie wurden mittlerweile vergessen. Der Erfolg blieb ihnen versagt, da die Zeit für sie nicht reif war. In Anlehnung an die Formel Lenins waren die Regierten bereit, regiert zu werden, und die Regierenden, zu regieren.

Worin sonst kann der Widerstand sich äussern? Im passiven Widerstand? Nun, dieser liess sich im sowjetischen Alltag ständig beobachten. Es

gab ihn immer und wird ihn auch weiter geben. Schliesslich aber und nicht zuletzt kann der aktive Widerstand seinen Ausdruck in den Werken der Künstler, der Publizisten und Wissenschaftler finden. Einen solchen Widerstand gab es die ganzen zwanziger Jahre hindurch und selbst zu Beginn der dreissiger Jahre. Danach verstummte er. Er verschwand zwar nicht, aber er verstummte. Man vernahm ihn nicht mehr, weil man in der Sowjetunion oppositionelle Werke zwar schreiben, nicht aber veröffentlichen kann. Pasternak hatte an seinem *Doktor Shiwago* bereits seit vielen Jahren geschrieben, aber wir im Westen hatten keine Ahnung davon.

Erörtern wir nun kurz die Frage, welche Voraussetzungen dafür nötig sind, um einen derartigen Widerstand der Allgemeinheit sichtbar werden zu lassen. Dazu ist eine Persönlichkeit erforderlich, die talentiert ist, etwas zu sagen hat und es auch zu formulieren weiss, sich vor keinen Folgen scheut und auch Möglichkeiten ausfindig zu machen versteht, das Gesagte auch der nichtkommunistischen Welt zur Kenntnis zu bringen. Man kann sich leicht vorstellen, dass ein Zusammentreffen aller dieser Vorbedingungen recht selten ist, besonders wenn es der westlichen Welt das Vorhandensein oppositioneller Strömungen in der Sowjetunion vor Augen führen soll. Wir glauben, dass die Möglichkeiten für ein solches Sichtbarwerden erst als Ergebnis der veränderten geistigen Atmosphäre in der Sowjetunion entstehen konnten, die ein Zusammentreffen aller genannten Voraussetzungen ermöglichte. Damit soll gesagt sein, dass die oppositionelle, talentierte und mutige Persönlichkeit plötzlich die Überzeugung gewinnen konnte, ihre oppositionellen Ansichten hingen nicht im luftleeren Raum, sie würden vielmehr von sehr vielen Menschen in ihrer Umgebung geteilt und seien daher nicht sinnlos, so dass das Ansprechen eines möglichst breiten Leserkreises gewisse praktische Effekte zu erzielen vermöge.

Alle diese Voraussetzungen entstanden nach Stalins Tod, als die Friedhofruhe plötzlich von Stimmen abgelöst wurde, die eine Revision aller alten Dogmen verlangten und vor allem die Beseitigung des geistigen Stillstandes sowie die Entfaltung in einer neuen Richtung forderten. Es begann das „Taufwetter“. Die anfängliche Zaghaftheit und die Beschränkung auf die Sowjetunion liess den Eindruck entstehen, als ob diese Bewegung recht schnell dem kommunistischen Terror zum Opfer gefallen sei. Aber der Schein trug. Indem sie die Möglichkeit einbüsste, sich an die eigenen Landsleute zu wenden, wandte sich die literarische Opposition hilfesuchend dem Westen zu, so Pasternaks *Doktor Shiwago*, die viel weniger bekannte Erzählung von Abram Terz (Pseudonym eines Unbekannten) *Das Gericht kommt und*

nun eine Anthologie von Gedichten und philosophischen Essays von Jesenin-Wolpin, dem Sohn eines der bedeutendsten Dichter Russlands, Sergej Jesenins.

Jesenin-Wolpin war bereits einmal seiner freiheitlichen Anschauungen wegen verhaftet worden; das hinderte ihn aber nicht, im vergangenen Jahr einen entscheidenden weiteren Schritt in seinem Protest gegen die kommunistische Unfreiheit zu tun. Er liess eine Reihe von Aufsätzen nach dem Westen bringen und gab ihnen einen Begleitbrief bei, in dem unter anderem zu lesen steht:

„Ich habe meine Ansichten zu vielen Fragen niedergelegt. Ich werde mich freuen, wenn dieses Manuskript im Westen veröffentlicht wird. In Russland ist das unmöglich... Die Folgen gehen mich nichts an... In Russland gibt es keine Freiheit der Presse, wer aber wagt zu behaupten, dass es hier auch keine Freiheit des Denkens gebe?“

Seit seiner ersten Inhaftierung wusste Jesenin-Wolpin sehr gut, was ihn erwartet. Daher schreibt er in einem seiner Gedichte, das die Überschrift trägt: *Nie habe ich den Holzpflog geführt*:

... Und wenn man mir den „Traum aller Zeiten“, der doch angeblich keiner Verteidigung bedarf, gleich einem heiligen Gesetz hinhält und dazu noch verlangt: ich soll ihn lieben, so schreibe ich doch – obwohl ich weiss, dass das Gefängnis für mich den Tod und nicht einfach nur Strafe bedeutet: „Ich will den Plunder nicht!“

Die Werke Jesenin-Wolpins, der im Jahre 1925 geboren wurde und daher nichts ausser der sowjetischen Wirklichkeit gekannt hat, zeigen, dass er längst den Marxismus-Leninismus, den dialektischen Materialismus und überhaupt alle marxistischen Dogmen überwunden hat, und so total, dass er gegen diese Dogmen nicht einmal polemisiert. Seine Argumentation richtet sich eher gegen jeglichen Materialismus und Positivismus im allgemeinen. „Materialismus – das ist die Überzeugung, dass alle Erscheinungen auf das Materielle reduziert werden können. Darüber, dass eine solche Reduzierung ohne Hilfe des Intellekts nicht zu vollziehen ist, wird allerdings schamhaft geschwiegen“, schrieb er einmal.

Das allen seinen Äusserungen zugrunde liegende Pathos der Werke Jesenin-Wolpins ist das Pathos des Strebens nach Freiheit, und zwar nicht nur der geistigen und intellektuellen Freiheit, sondern auch nach der politischen, nach der Freiheit, die jedem Individuum das Recht gibt, selbständig darüber zu entscheiden, was richtig und was falsch ist. Sein Stil ist schroff, grob, zuweilen sogar vulgär, ist aber immer Ausdruck der Gedanken eines Menschen, der nicht in der Stille des Studierzimmers philosophiert, sondern der das Leben

auch und gerade von seinen abscheulichsten Seiten kennt und der zudem genau weiss, welchen Preis er für seine Freiheitsliebe zu zahlen hat. Nur deshalb kann er über die Freiheit zum Beispiel so sprechen:

„Männer, die hinter der Weiberliebe her sind und sich in der Armee zusammenfinden, wo der Putz keine geringere Rolle spielt als im Leben der Weiber! Bunte Fetzen, Vorgesetzte, Stärke, Autorität, Macht. Verdammtes Leben, in dem man ständig an diesen Schmutz denken muss. Gebt Freiheit!... Ihr Demagogen, die ihr, um nur ein Ziel zu erreichen, jeden Preis an Gedanken-Wirwar zu zahlen bereit seid! Ihr versteht nur zu grunzen. Wir aber brauchen die Befreiung von dem Einfluss dieser Menschen mit ihrer verstümmelten Sprache und müssen den wissenschaftlichen Ausdruck für den Begriff der Freiheit finden. Und erst wenn wir das erreicht haben werden, können wir unseren Gedanken vertrauen, die bis dahin Gefangene der Sprache sind, in der zweibeinige Männchen und Weibchen – einander Präsente anbieten.“

Oder noch eine weitere Definition der Freiheit, über die so mancher auch im Westen nachdenken dürfte, hier, wo das Wort *Freiheit* in aller Munde ist, wo aber über seinen Begriffsinhalt weniger nachgedacht wird, als man erwarten sollte:

„Wenn wir schon von der Freiheit sprechen, so sei bemerkt, dass wir die Freiheit als die Möglichkeit der Wahl schätzen, und zwar keineswegs deshalb, weil es uns gefiele, eine Wahl zu treffen (die Notwendigkeit der Wahl ist zuweilen schrecklich und fast immer unangenehm), sondern weil wir ohne Zwang wählen möchten.“

Für die marxistische Definition der Freiheit als der bewusstgewordenen Notwendigkeit findet Jesenin-Wolpin nur Spott:

„Aus dieser lächerlichen Definition ergäbe sich doch, dass ich, sitze ich in einem Gefängnis, nur so lange unfrei bin, bis es mir 'bewusst geworden ist', dass ich es nicht verlassen kann; habe ich das aber begriffen, so habe ich dadurch sofort meine Freiheit errungen.“

Wir stellen uns hier nicht die Aufgabe, die positiven Aspekte der Gedanken Jesenin-Wolpins zu analysieren; es würde sogar zu weit führen, sie hier auch nur einfach wiederzugeben. Selbstverständlich ist er auch als Denker interessant, aber im Zusammenhang mit unserem Thema wollen wir von ihm als von einer Erscheinung unserer Zeit sprechen, indem wir ihn neben die anderen mutigen Denker und Schriftsteller in der Sowjetunion stellen, die sich nicht fürchteten, im Namen der Freiheit ihr eigenes Leben aufs Spiel zu setzen. Pasternak war ein Mann der älteren Generation, daher war sein Ton auch ruhiger. Pasternak hatte den Glau-

ben, die innere Ruhe und damit Tiefe gefunden. Für ihn waren Marxismus und Kommunismus Erscheinungen, die sich an der Peripherie des Lebens bewegen.

Abram Terz und Jesenin-Wolpin aber gehören der jungen Generation an, der „skeptischen Generation“, wie man gesagt hat. Der Glaube der Väter ist für sie unannehmbar, einen neuen Glauben haben sie noch nicht gefunden, aber um so mehr bekämpfen sie die Illusionen, mit denen sich die Konformisten nähren, indem sie von dem „Aufbau des Sozialismus“ in einem Lande und in der ganzen Welt auch grosse und schöpferische Gedanken erwarten. Abram Terz hat zum Thema „Fortschritt“ und zu allem, was dieser verspricht, folgende sehr scharfe Anmerkung gemacht, aus der die ganze Erbitterung der Jugend gegen die Phrasen spricht, die man ihr seit Jahren zumutet:

„Es ist bekannt, dass das menschliche Embryo in irgendeinem Stadium seiner Entwicklung einem Fisch ähnlich ist. Warum soll dann eigentlich der Fischreichtum des Landes verloren gehen? In der herrlichen Zukunft werden diese lieben Fischchen ihre Verwendung finden. Man wird sie vorsichtig dem Unterleib der Mutter entnehmen und sie dann in besonders dafür bestimmten Teichen weiterzuchten und an die

Selbständigkeit gewöhnen. Sollen sie Schuppen und Flossen doch unter dem Schutz des Staates bekommen... Hier, neben dem Abortarium, gibt es auch eine Fischverwertungsfabrik, die grosse Mengen von Konserven herstellt. Die einen werden Sprotten, die anderen werden Sardellen – je nach der nationalen Zugehörigkeit. Und alles findet in völliger Übereinstimmung mit dem Marxismus statt. Wir werden erneut zum Speisezettel der Kannibalen zurückkehren, aber nicht einfach rückwärts zur puren Menschenfresserei, sondern sozusagen in einem höheren und delikateren Stadium. Die Entwicklung verläuft in einer Spirale...“

Die suchende, von Unruhe getriebene, protestierende Sowjetjugend hält ihre Hand dem Westen hin. Es ist eine andere Frage, ob der Westen verstehen wird, mit einem warmen Händedruck zu antworten. Schliesslich sind die unter Lebensgefahr in den Westen geschmuggelten Werke von Terz und Jesenin-Wolpin nur ein paar „Fachleuten“ bekannt geworden. Über Terz wissen wir nichts. Von Jesenin-Wolpin hingegen wissen wir, dass er seine mutige Tat mit der Verschickung in ein Konzentrationslager bezahlen musste, die aller Wahrscheinlichkeit nach für ihn den Tod bedeutet. Ist es wirklich so, dass, wie es leider den Anschein hat, derlei im Westen niemanden berührt?

Das Jugendproblem in der UdSSR

VON A. T. S.

Das Problem der Jugend in der sowjetischen Gesellschaft ist sowohl in soziologischer als auch in ideologischer Hinsicht eines der kompliziertesten Probleme, mit dem sich die kommunistische Führung befassen muss. Besonders in den letzten Jahren haben sich unter der Jugend die verschiedensten Strömungen in einer den Wünschen und Zielen der sowjetischen Staatsführung in bemerkenswerter Weise zuwiderlaufenden Richtung entwickelt und bedrohen nicht nur die sogenannte „Entfaltung der kommunistischen Gesellschaft“, sondern auch viele grundsätzliche Thesen der sowjetischen Gesellschaftsordnung.

Das Jugendproblem in der UdSSR trat besonders klar in einer Untersuchung des „Instituts zur Erforschung der öffentlichen Meinung“ zutage, das im Januar dieses Jahres unter dem Motto „Was denken Sie über Ihre Generation?“ eine Umfrage

über die charakterlichen Eigenschaften der jungen Sowjetgeneration und deren Bestrebungen veranstaltet hat. Dieses Institut ist im Mai des vorigen Jahres gegründet und der Redaktion der *Komsomolskaja Prawda* angegliedert worden. Die wenigen bisher veröffentlichten Ergebnisse dieser Umfrage lassen darauf schliessen, dass es für die Leitung des Instituts ausserordentlich schwierig ist, die Stimmung der jungen Sowjetgeneration zu charakterisieren und Aufschluss über ihre Bestrebungen und ihr Benehmen zu geben. Ein Beweis für die Schwierigkeit dieses Problems kann auch darin gesehen werden, dass das Institut die Veröffentlichung der Umfrageergebnisse eineinhalb Monate zurückstellte – die Umfrage war am 26. Januar beendet – und sich genötigt sah, Mitte März eine weitere Umfrage unter den bekanntesten Wissenschaftlern und Künstlern der Sowjetunion

sowie unter den höheren Beamten von Partei und Staat durchzuführen.

Die am 16. März 1961 in der *Komsomolskaja Prawda* veröffentlichten Antworten auf die Umfrage zeigen, wie gefährlich im Grunde das Spiel mit der in letzter Zeit tief in die verschiedensten Sphären des Gemeinschaftslebens eingedrungenen sogenannten „Sowjetdemokratie“ für das Sowjetregime ist.

Bisher hatte das Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung eine rein propagandistische Zielsetzung. Die beiden 1960 durchgeführten Umfragen wurden in schamloser Weise redigiert und frisirt. Auch diesmal bestand anscheinend die Absicht, durch die Stimme der Sowjetjugend deren Zielstrebigkeit und Gefolgstreue in Bezug auf die Ideen des kommunistischen Aufbaus proklamieren zu lassen. Aus einzelnen veröffentlichten Antworten von Jugendlichen und besonders aus den Antworten der Sowjetelite kann man jedoch schliessen, dass es diesmal dem Institut nicht gelungen ist, mit der öffentlichen Meinung fertigzuwerden.

Auf Grund der in der *Komsomolskaja Prawda* am 11. und 26. Januar, am 24. Februar und am 16. März 1961 veröffentlichten Antworten und Stellungnahmen ist es möglich, bestimmte Grundtendenzen und Stimmungen der Sowjetjugend festzustellen, die nachstehend im einzelnen wiedergegeben werden sollen.

Ogleich das Unterrichtswesen der UdSSR 1958 in der Absicht reformiert worden war, die Jugend für die körperliche Arbeit zu begeistern, heben die Vertreter der Sowjetelite in ihren Antworten auf die Umfrage die massenhaft festzustellende negative Einstellung der Jugend zur körperlichen Arbeit hervor. In der *Komsomolskaja Prawda* vom 16. März finden sich folgende Antworten:

„Wozu haben wir denn etwas gelernt?“ schreibt N. J. Dumbadse, ein „erprobter Meister des Sportes“. „Ein gewisser Teil der Jugend hat eine geringschätzigere Einstellung zur einfachen Arbeit“, sagt A. W. Borodulin, ein „Held der sozialistischen Arbeit“. „Ein Teil der Jugend hat eine schlechte Einstellung zur Arbeit“ – ist die Ansicht von Fabrikdirektor M. J. Winogradow.

Die Volksschauspielerin W. N. Paschennaja gibt in derselben Zeitungsnummer eine ziemlich umfassende Charakteristik der jungen Generation. Sie schreibt über den „erschreckenden Zerfall“ der Sowjetjugend in drei Kategorien: die Enthusiasten, die Halbstarke und die, die das Interesse am Leben verloren haben. Nachdem sie die Enthusiasten gebührend gewürdigt hat, schreibt die Paschennaja:

„Ich verachte die Halbstarke, sie sind der Abscham unserer Gesellschaft und verdienen es

nicht, ebenfalls als Generation gewertet zu werden. Zwischen diesen sehr differenzierten Gruppen existiert noch eine Zwischengruppe, die nicht übersehen werden darf. Zu dieser Zwischengruppe zähle ich einige junge Leute, die das Interesse am Leben verloren haben.“

Auch Verteidigungsminister Malinowski klagt die Jugend wegen ihres Strebens nach einem leichteren Leben an. Er schreibt in derselben Ausgabe:

„Öfter als andere Laster trifft man eine leichtfertige Einstellung zum Leben an, das Bestreben, durch das Leben zu gehen wie auf einem Pfad, der nur mit Blumen bestreut ist. Dies äussert sich in Geringschätzung der Arbeit, in einem parasitenhaften Dasein, das einige junge Leute führen, sowie in Trunksucht.“

GELD, LUXUS, WOHLLEBEN

Es ist bemerkenswert, dass viele junge Leute, auch Mädchen, in der Sowjetunion sich offen über diejenigen Jugendlichen lustig machen, die einen gewissen Enthusiasmus bei der Erfüllung ihres Arbeitssolls in den Fabriken oder bei der Erledigung von ihnen übertragenen Aufgaben im öffentlichen Leben an den Tag legen. „Sie spielen die ‘Enttäuschten’, sie haben eine geringschätzigere Einstellung zu allem, was unsere Jugend angeht und machen sich über deren Begeisterung lustig.“ Auch dieser Ausspruch ist in der *Komsomolskaja Prawda* von demselben Datum zu finden.

In vielen der veröffentlichten Antworten auf die Umfrage und in Charakterisierungen der jungen Generation wird der Hang der Jugend zum Gelde und überhaupt ihr Bestreben, sich auf leichte Weise zu bereichern, hervorgehoben. Eine neunzehnjährige Moskauer Studentin, die studiert und gleichzeitig in einer Fabrik arbeitet, umreisst dieses Problem folgendermassen:

„Früher, als ich das Leben noch nicht richtig kannte, hatte ich ein Ziel: ich bemühte mich zu lernen. Ich beendete die höhere Schule und bin nun auf der Universität. Aber jetzt konzentrieren sich alle meine Gedanken nur auf eines: auf Geld! Geld ist alles, Luxus und Wohlleben, Liebe und Glück. Wenn man Geld hat, hat man auch Freunde und Bekannte.“ (*Komsomolskaja Prawda* vom 26. 1. 1961)

Aus Pensa schreibt ein anderes Mädchen:

„Ich habe des öfteren junge Leute und besonders junge Mädchen getroffen, die überhaupt keine Beziehungen zu all den Dingen haben, von denen unser ganzes Land lebt. Sie umgeben ihr ganzes Dasein mit einem Vorhang und träumen von einem stillen Familienglück. Die jungen Mädchen er-

sehen sich einen gutaussehenden, reichen Mann. Er kann zur Not auch hässlich sein, aber viel Geld muss er unbedingt haben." (ebenda)

Nach der Ansicht eines 22-jährigen Kraftfahrers haben „die jungen Leute das Bestreben, sich zu bereichern, ... ihr persönliches Leben vorteilhaft zu gestalten". (ebenda)

In vielen der veröffentlichten Antworten werden die Kommunistischen Arbeitsbrigaden und die Urbarmachung des jungfräulichen Bodens als besonders beispielhaft für die körperliche Arbeit der Jugend hervorgehoben. Tatsächlich sieht es jedoch selbst auf diesen beiden Gebieten lange nicht so glänzend aus. Ein Beispiel hierfür steht in der *Iswestija* vom 15. März 1961. Wie die Zeitung berichtet, forderten Mitglieder der kommunistischen Kraftfahrerbrigade von einem Arzt, als dieser zu einem schwerkranken Patienten fahren musste, einen ungewöhnlich hohen Fahrpreis. Auf den Versuch des Arztes, dem Fahrer ins Gewissen zu reden, antwortete dieser:

„Sie lieben das Blut, wir lieben das Geld... Dann wird Ihr Patient eben leiden müssen!' Dieser ganz ungeheuerliche Vorfall wirkte auf mich wie eine kalte Dusche", schreibt der Arzt. „Es war, als ob mich ein eisiger Wind aus einer fremden und feindlichen Welt anwehte. Diese Leute interessiert nichts als Geld. Eine ganze Stunde haben wir ihnen zugeredet, sie angefleht – vergeblich! Wie ist es nur möglich, dass ein Mann, der danach strebt, sich 'Stossarbeiter der kommunistischen Arbeit' nennen zu dürfen, gleichzeitig so habgierig und nur auf Geld aus ist?"

„SPIESSBÜRGERLICHE" LEBENSAUFFASSUNG

Eine weitere Sünde, die der Sowjetjugend zur Last gelegt wird, ist die weit verbreitete Trunksucht. Viele Einsender heben in ihren Antworten hervor, dass die Jugend versuche, sich mit Alkohol zu betäuben, um die tatsächlichen Zustände in der Sowjetunion zu vergessen. So schreibt das Akademiemitglied S. G. Strumilin in der *Komsomolskaja Prawda* vom 16. 3. 1961:

„Zu den negativen Eigenschaften rechne ich die übertriebene Leidenschaft, mit der sich die Jugend den verderblichen Bräuchen ergibt, die noch aus den Zeiten von Gostomysl stammen und durch den veralteten Sinnspruch 'Das Saufen Russlands Freude ist, und ohne dem ist alles Mist' gekennzeichnet werden."

Sogar die Jugend in der Armee bildet hiervon keine Ausnahme. In letzter Zeit war eine ganze Reihe von Leitartikeln der Armeezeitung *Krasnaja Swesda* dem Problem des zunehmenden Alkoholmissbrauchs unter jungen Offizieren und Soldaten

gewidmet. Sogar die sowjetische Literatur beschäftigt sich mit diesem Problem. Der Dichter W. Fedoroff gibt in einem Gedicht folgende überaus doppelsinnige Erklärung zu diesem Thema:

„Warum denn, Russland, trinken deine Söhne mehr Wodka, als die ganze Welt?

Warum? Dies ist fürwahr kein Wunder, denn unsere Väter tranken einst aus Not so viel, dass ihre Enkel heute den Katzenjammer sich vertreiben müssen."

Ein weiteres Charakteristikum der heutigen Sowjetjugend ist der Mangel an Zielstrebigkeit. Sie leben wie die Eintagsfliegen unter dem Motto: Man lebt ja doch nur einmal!

In der *Komsomolskaja Prawda* vom 26. 1. 1961 finden sich folgende Bemerkungen:

„Die Sowjetjugend hat negative Seiten, sehr viele sogar. Die jungen Leute sind nicht zielstrebig. Sie leben in den Tag hinein und sind froh über jeden Tag, den sie hinter sich gebracht haben."

„Ein Teil unserer Jugend hat eine spiessbürgerliche Lebensauffassung. Ein anderer Teil huldigt der Ansicht: Man lebt nur einmal, und darum muss man alles ausschöpfen, was das Leben zu bieten hat."

Viele Einsender charakterisieren die heutige junge Generation als abseitsstehend, als uninteressiert an jeglicher Gemeinschaftsarbeit, als gleichgültig und apathisch. Sie sprechen ihr jedes Kollektivbewusstsein ganz ab und erklären, dass die heutige Jugend skeptisch und nihilistisch eingestellt sei. So schreibt zum Beispiel ein junges Mädchen aus Moskau, Mitglied der kommunistischen Jugendorganisation des Komsomol:

„Ich bin erst neunzehn, aber schon so apathisch und gleichgültig gegenüber allem, was um mich her vorgeht, dass die Erwachsenen ganz erstaunt sind und immer wieder sagen: 'Du bist noch so jung und alles ist dir schon zum Überdruß geworden. Wie wird es denn sein, wenn du dreissig bist?' Es mag zwar erstaunlich klingen, ist aber tatsächlich so: Das Leben ist nicht sonderlich interessant! Das ist nicht nur meine Ansicht, sondern auch die Ansicht meiner Freunde und Bekannten." (ebenda)

Ein 24-jähriger Wirtschaftler aus Lugansk bezeichnet die allgemeine Gleichgültigkeit als Hauptfehler der jungen Generation (ebenda). Der Akademiker W. A. Amburzumjan beschuldigt in der *Komsomolskaja Prawda* vom 16. 3. 1961 die junge Generation, dass sie zu wenig für den Kollektivismus und die damit verbundene Erziehung zur Disziplin übrig habe.

Der Volksschauspieler N. P. Akimoff wirft der

Jugend Nihilismus vor, der im Grunde aus einer Art Infantilismus entstanden sei. Die bereits erwähnte Volksschauspielerin W. N. Paschennaja weist in der *Komsomolskaja Prawda* vom 16. 3. 1961 auf die weite Verbreitung einer „aggressiven“ Skepsis unter den Jugendlichen hin:

„...unangenehm fallen einem die leeren, kalten Augen auf, die mit Verachtung auf die Umwelt blicken. Mit noch nicht zwanzig Jahren sind sie bereits lebensüberdrüssig, sie dünken sich 'weiser' als Hundertjährige, sie wundern sich über nichts, sie freuen sich über nichts. Ängstlich verbergen sie ihre wahren Gefühle, sie prahlen mit ihrer Skepsis und verschanzen sich hinter Aussprüchen wie 'Der verrückte Rhythmus dieses Jahrhunderts'.“

EINFLÜSSE WESTLICHER MODE

Viele Einsendungen enthalten Vorwürfe gegen die kommunistische Jugendorganisation. Ein weibliches Komsomol-Mitglied aus Moskau schreibt zum Beispiel in der *Komsomolskaja Prawda* vom 26. 1. 1961, dass sie in den letzten Jahren nicht eine einzige Leistung gesehen hätte, die dieser Organisation würdig gewesen wäre, und nicht einen einzigen Menschen, der sich mit Begeisterung für die Arbeit der kommunistischen Jugendorganisation eingesetzt hätte: „Immer nur Versammlungen, Beiträge, Papier!“ In derselben Ausgabe behauptet ein Jungkommunist, dass er nur wenige kenne, die gute Jungkommunisten seien. „Im allgemeinen arbeitet die Jugend ohne jede eigene Initiative.“

Als eine der gefährlichsten Sünden der jungen Generation wird von vielen deren Liebe zum Westen und ihre blinde Verehrung für alles, was aus dem Westen kommt, angesehen. Ein junger Angehöriger der Sowjetstreitkräfte schreibt aus diesem Anlass:

„...in ihrem Bestreben, es den westlichen Modenarren gleich zu tun, gehen meine Altersgenossen mitunter so weit, dass sie wie Missgeburten und Krüppel aussehen. Modische Texashosen, Krawatten in schreienden Farben und alberne Redensarten verschleiern ihnen den Blick für alles tatsächlich Ästhetische; wirklich gute Charaktereigenschaften sehen und erkennen sie nicht. Zu unserer grossen Schande muss gesagt werden, dass unsere Kunst und speziell der Film nicht ganz unschuldig an diesen Zuständen sind und ihr Teil zu der Entwicklung in dieser Richtung beigetragen haben.“ (ebenda)

Der Dichter M. W. Isakowsky ist ebenfalls der Ansicht, dass das Nachäffen der Jeunesse dorée des Westens ein besonders negativer Charakterzug

einiger Vertreter der jungen Generation sei. Die Bewunderung für das Ausland und die Sucht, es dem Ausland gleichzutun, ist sogar unter jungen Sowjetoffizieren verbreitet. Folgende Feststellung findet sich in der Armeezeitung *Krasnaja Swesda* vom 4. 3. 1961:

„Wie intensiv die ideologisch-erzieherische Arbeit in der Armee auch sein mag, eine wie grosse Mühe wir uns auch geben, um die jungen Leute vor der Beeinflussung durch uns fremdartige Überlieferungen zu schützen – man trifft doch ab und zu einen jungen Leutnant, der blindlings die übelsten Vorbilder der westlichen 'Kultur' nachahmt: lange Nackenhaare, Tarzanfrisuren, wiegenden Gang und schnoddrige Redensarten wie 'Geld machen' usw.“

Wenn die Sowjetpropaganda die Sucht der Jugend erwähnt, alles Westliche nachzuahmen, ist sie bestrebt, so zu tun, als beschränke sich diese Sucht ausschliesslich auf rein äusserliche Dinge wie die „lächerliche“ Nachahmung westlicher Sitten und Moden. Ein äusserst interessantes Beispiel für diese Art von Propaganda findet sich in Nummer 1/1961 der Zeitschrift *Junost* ('Jugend'), in der ein Betriebssekretär des Komsomol schreibt:

„...er reiste mit einer Touristengruppe ins Ausland, und seit er wieder zurück ist, sieht man ihn dauernd mit einem albernen Lächeln herumlaufen. Früher tat er das nicht. Jetzt lächelt er von morgens bis abends. Sogar auf der Versammlung der Kommunistischen Jugendorganisation lächelte er.“

Die Sowjetpresse ist einerseits bemüht, diesen Hang der Jugend für alles Westliche ins Lächerliche zu ziehen, andererseits kann sie die tatsächlichen Zustände nicht völlig verschweigen. Sie muss – wenn auch nur vereinzelt – über wirkliche Fälle berichten, denn ihre Märchen nimmt ihr niemand ab, und nur wenn sie über tatsächliche Vorkommnisse berichtet, kann sie hoffen, ihre Leser zu beeinflussen. Die Begeisterung für den Westen hat unter der Sowjetjugend solche Ausmasse angenommen, dass viele junge Leute sich mit dem Gedanken tragen, ins Ausland zu fliehen. Und das sind dann häufig Söhne von hochbezahlten höheren Beamten beziehungsweise von Angehörigen der Sowjetintelligenz.

Unter der Überschrift „Dämchen Sally bekommt einen Freund“ berichtet die *Iswestija* vom 27. 12. 1960 über den Sohn eines sehr bekannten Sowjetwissenschaftlers, der beschlossen hatte, mit einigen Freunden ins Ausland zu fliehen. Wörtlich schreibt die Zeitung:

„Konstantin Stramentoff, Mitglied des Komsomol, besprach mit den beiden Nichtsnutzen den heimlichen Plan, ins Ausland zu fahren. Zu ihrem

Leidwesen ist das begehrte ausländische Paradies jedoch noch in weiter Ferne und man muss sich vorläufig in der Heimat eine Existenz schaffen. Alle Hoffnungen auf Hilfe in dieser Hinsicht richteten sich auf den Vater Konstantins, den dieser seinem Freunde Repnikoff gegenüber als 'einflussreichen Boss' schilderte."

BOURGEOISES GEDANKENGUT

Die Neigung ins Ausland zu fliehen scheint bei der Sowjetjugend durchaus keine Einzelerrscheinung zu sein. In letzter Zeit finden sich nämlich immer häufiger Artikel in der Sowjetpresse, durch welche die Jugend vor derartigen Fehlritten abgeschreckt werden soll. So liest man in der *Iswestija* vom 19. 1. 1961 einen Artikel, der unter der theatralischen Überschrift *In die Hölle und zurück* über die „schrecklichen Erlebnisse“ berichtet, die allen jungen Leuten bevorstehen, die ins Ausland zu fliehen gedenken. In allen Ländern würden diese Verräter nach monatelangen Verhören in Gefängnissen auf die Strasse geworfen, und zum Schluss bliebe ihnen doch kein anderer Ausweg, als in die Heimat zurückzukehren. Alle diese Behauptungen werden mit entsprechend präparierten „Tatsachen“ untermauert.

Es ist interessant, dass viele Einsender von Antworten in ihren Versuchen, die junge Generation zu charakterisieren, nicht an der Tatsache vorbeigehen können, dass in den Kreisen der Beamenschaft, der Wirtschaftsführer und der Intelligenz eine Elitejugend entstanden ist, und dass gerade diese Elitejugend einer Ideologie zugetan ist, die man in der UdSSR als bourgeois bezeichnet.

„...ein Teil der Jugend steht unter dem Einfluss von bourgeoisem Gedankengut. Besonders anfällig dafür sind Jugendliche aus den Kreisen der hochbezahlten Intelligenz. Gerade unter den Jugendlichen aus diesen Kreisen findet man viele Nichtstuer, Trunkenbolde, Rüpel und Halbstarke. Und gerade sie üben einen schädlichen Einfluss auf die übrige Jugend aus.“ Das schreibt W. A. Karpinskij in der *Komsomolskaja Prawda* vom 16. 3. 1961.

In Nummer 2/1961 des *Ogonjok* schreibt W. Nemzoff:

„Wir alle wissen, dass es ganz und gar nicht an der Gleichgültigkeit der Eltern liegt, oder an mangelnder Aufsicht, wenn sich ein Teil der Jugend zu Schmarotzern und Egoisten entwickelt. In ihrer Kindheit hat es diesen jungen Leuten weder an mütterlicher Liebe noch an väterlicher Fürsorge gefehlt. Sie sind aller Segnungen des Familienlebens im vollen Umfang teilhaftig geworden.“

Das, worüber hier in der üblichen Sowjetterminologie gejammert wird, ist im Grunde genommen eine sehr bemerkenswerte soziologische Erscheinung. Bourgeoise Anschauungen und Neigungen folgen dem materiellen Wohlstand unausbleiblich auf dem Fuss und sie üben, wie die Sowjetpresse versichert, einen verheerenden Einfluss auf den übrigen Teil der Jugend aus.

Die Analyse der Stimmungen und des Benehmens der jungen Sowjetgeneration fördert noch einen wichtigen Aspekt zutage, und dies ist die für die Sowjetgemeinschaft wohl allergefährlichste Seite des ganzen Problems. Die Jugend aller Gesellschaftsschichten fordert für sich das Recht auf eine eigene Weltanschauung, eine Weltanschauung, die nichts mehr mit dem Marxismus-Leninismus zu tun hat.

Sogar in der Sowjetarmee sprechen die jungen Offiziere ganz offen über die „veralteten“ Anschauungen der älteren Vorgesetzten und verlangen für sich das Recht, ihre eigenen Ansichten und ihre eigene Weltanschauung zu haben. Die Armeezeitung *Krasnaja Swesda* vom 4. 3. 1961 bringt unter der Überschrift „Gefährliche Verirrung“ einen Artikel, in dem es heisst:

„Es ist durchaus keine Übertreibung, wenn ich sage, dass ich junge Leute in Leutnantsuniform kenne, die die Kampferfahrung rundweg verwerfen und dabei die Vertreter dieser Erfahrung für Verfechter veralteter und längst überlebter Ideen halten. Einige von diesen jungen Leuten regen sich sogar auf, wenn Beispiele aus der Vergangenheit erwähnt werden. Das Salbadern über eine angebliche 'besondere Weltanschauung' der Jungen, über ihre 'zeitgerechte' Einstellung und so weiter, ist einfach absurd... Es kann unserer gemeinsamen Sache nur schaden. Wir haben nur eine einzige Weltanschauung – die marxistisch-leninistische. So war es, so ist es und so wird es bleiben.“

DIE JUGEND VERWEIGERT DEN GEHORSAM

Man darf nicht vergessen, dass es sich hier um junge Leute aus der Armee handelt, die sich trotz strengster Disziplin von der offiziellen Staatsideologie abwenden und ihre eigenen Wege gehen. Dies lässt darauf schliessen, dass derartige Abweichungen von der offiziellen Staatsideologie ausserhalb der Armee unter der Jugend im Lande in noch viel stärkerem Masse vorhanden sind. In der *Komsomolskaja Prawda* vom 24. 12. 1960 wird ebenfalls darüber berichtet, dass die Jugend keine marxistisch-leninistische Weltanschauung habe. Ähnlich äusserte sich der ukrainische Kulturminister I. K. Beloded in der *Komsomolskaja Prawda* vom 16. 3. 1961.

Zum Schluss sei noch darauf hingewiesen, dass viele Einsender Punkt 5 des Fragebogens unbeantwortet gelassen haben. Dort wird gefragt, wodurch die Laster der jungen Generation entstanden seien. Die Nichtbeantwortung dieser Frage lässt zweifellos darauf schliessen, dass die tatsächlichen Zustände in der UdSSR von den Einsendern als Hauptursache für die „Sünden“ der Jugend angesehen werden. Diese Auffassung wird – wenn auch indirekt – von der Sowjetpresse bestätigt. In der *Komsomolskaja Prawda* vom 16. 2. 1961 findet sich zum Beispiel folgender Satz: „Selbst das zäheste Unkraut verdorrt, wenn man ihm den Boden entzieht.“

Sehr bezeichnend ist auch, dass beinahe niemand von den berühmten Männern der Sowjetunion auf die Frage des Instituts, was denn nun an der Erziehung der Jugend geändert werden müsste, um die genannten „Sünden“ auszumerzen, vorschlägt, etwa das Studium der Theorien von Marx und Lenin zu intensivieren. Dies ist ein weiterer

indirekter Hinweis darauf, dass im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zur Zeit neue Richtlinien und Projekte in Bezug auf die Jugenderziehung ausgearbeitet werden. Es ist nicht das erste Mal, dass so etwas getan wird; bisher aber endeten alle Versuche, solche neuen Richtlinien durchzusetzen, mit einem absoluten Fiasko. Man kann mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, dass auch die neuen Richtlinien völlig wirkungslos sein werden, zumal die Lage heute so ist, dass die Jugend bereits ganz offen ihr Recht auf geistige Freiheit proklamiert.

Die Sowjetjugend verweigert den Gehorsam sowohl in ideologischer als auch in sozialer Hinsicht. Dadurch, dass die Jugend es ablehnt, ihr Denken und Handeln nach den kommunistischen Schablonen auszurichten, entsteht für die gesamte sowjetische Gesellschaftsordnung eine ungeheuer grosse Gefahr. Das Jugendproblem in der UdSSR ist schicksalbestimmend für die Zukunft dieses Landes und damit der ganzen Welt.

Sorgen der Sowjets um den Nachwuchs

VON * * *

Wenn man die sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften für die Jugend liest und sie mit den anderen wesentlichen Parteiblättern vergleicht, fällt einem auf, dass zwischen diesen beiden Gruppen von Presseerzeugnissen ein sehr bemerkenswerter Unterschied besteht. Die Zeitungen und Zeitschriften für die Jugend – *Komsomolskaja Prawda*, *Junost* ('Jugend') und *Smena* ('Nachwuchs') – geben nämlich häufig eine von der sonst in der Sowjetunion allgemein üblichen politischen Schablone abweichende Darstellung von verschiedenen Vorgängen im Lande und behandeln innerpolitische Probleme oft anders als die Parteipresse.

Ein klassisches Beispiel hierfür ist die unterschiedliche Art, in der die Zeitungen *Iswestija* und *Komsomolskaja Prawda* über die Vorgänge während der 1960 abgehaltenen Feiern anlässlich des 43jährigen Jubiläums der Oktober-Revolution schrieben. In den Berichten über die festliche Jubiläumsversammlung in Moskau, über den Empfang der chinesischen Partei- und Regierungsabordnung und über den Briefwechsel zwischen der „angesehenen“ Weberin Julia Wetscherowa und Chruschtschow finden sich in den beiden genann-

ten Zeitungen voneinander abweichende Darstellungen, aus denen eine nuancierte Einstellung gegenüber Chruschtschow als Regierungschef und Parteiführer zu ersehen ist. So schreibt die *Iswestija* am 7. 11. 1960 über die festliche Versammlung anlässlich des 43jährigen Jubiläums der Oktober-Revolution:

„Wir feiern das Oktoberjubiläum mit dem Gefühl der tiefen Befriedigung über die weise und harte Aussenpolitik unserer Regierung... Das hervorragende Auftreten unserer unter der Führung von Genossen N. S. Chruschtschow stehenden Delegation bei der 15. Vollversammlung der Vereinten Nationen wird von jedermann in allen Ländern der Welt voll und ganz gebilligt.“

Dagegen wird in der *Komsomolskaja Prawda* von demselben Tag nichts über „Verdienste Chruschtschows“ gesagt; sein Name wird in dem Bericht über die UNO-Vollversammlung überhaupt nur einmal, bei der Aufzählung der anwesenden Mitglieder des Präsidiums des Zentralkomitees, erwähnt.

Am 7. 11. 1960 berichtet die *Iswestija*, dass

Chruschtschow anlässlich der Jubiläumsfeiern der Oktober-Revolution die Partei- und Regierungsabordnung Chinas empfangen habe. Unter demselben Datum findet sich in der *Komsomolskaja Prawda* eine Mitteilung über dasselbe Ereignis, in der berichtet wird, dass die chinesische Delegation durch Chruschtschow und den Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Breschnew, empfangen wurde. Weiterhin bringt die *Iswestija* an demselben Tage noch einen propagandistisch gross aufgemachten Bericht über den Briefwechsel zwischen der „angesehenen“ Weberin Wetscherowa und Chruschtschow, in dem dieser familiär unter seinem Vor- und Vatersnamen – Nikita Sergejewitsch – erwähnt wird. Die *Komsomolskaja Prawda* schreibt am Vortage über dasselbe Thema einen ziemlich trockenen Bericht und spricht nur von N. S. Chruschtschow.

Ausser den angeführten könnte man unschwer noch ungezählte weitere Beispiele für den Unterschied in der Einstellung der Presse für „Erwachsene“ und den Zeitungen und Zeitschriften für die Jugend zusammenstellen. Das Wesentliche dieses Unterschiedes kann man folgendermassen charakterisieren:

In ihren Berichten über die allgemeine Lage, über die Verhältnisse und Ereignisse in der Sowjetunion hält sich die Presse für die Jugend nicht an die allgemein verwendete Schablone. So brachte die Zeitschrift *Junost* (Nummer 9/1960) unter dem Titel *Meine Freunde* eine Kurzgeschichte aus der Feder einer 22jährigen Journalistin, die inhaltlich deshalb so interessant ist, weil der darin vorkommende „positive“ Held Waljka ganz wesentlich von der in der UdSSR sonst üblichen Schablone für diese Rolle abweicht. Er ist ein 19jähriger Arbeiter, der sich dauernd in philosophische Betrachtungen über das Leben verliert. Die Parteiorganisation seiner Fabrik schlägt ihm vor, „Stossarbeiter der kommunistischen Arbeit“ zu werden, worauf er antwortet, dass jeder Mensch einen ihm erteilten Auftrag ohne weiteres ausführen „müsse“, falls er dazu „imstande“ sei; wenn er diesen Auftrag unter Einsatz aller seiner Kräfte und Fähigkeiten ausführe, so sei das noch lange keine Heldentat, und es kotze ihn an, wenn im Radio oder in der Presse davon die Rede sei, dass „der Festtag mit neuen Heldentaten der Arbeit begangen würde...“

In derselben Zeitschrift werden Gedichte des jungen Dichters A. Wosnesensky veröffentlicht, die sich nach Form und Inhalt deutlich von der Schablone des „sozialistischen Realismus“ entfernen. In einem dieser Gedichte zieht er auf lyrische Weise die absolut unkommunistische Schlussfolgerung, dass „vielleicht doch das Herz – die Grundlage allen Seins“ sei...

In Nummer 7/1960 der *Junost* findet sich unter der Überschrift *Das geöffnete Fenster und die Fensteratlatte* ein sehr gewagter, glänzend geschriebener Artikel, in dem die allgemein gebräuchliche Art der politischen Berichterstattung im sowjetischen Fernsehen scharf kritisiert wird. In diesem Artikel ist von der jungen Ansagerin die Rede, die „uns vom Bildschirm aus überzeugen will, dass ein Komponist, durch die Liebe zur Heimat inspiriert, in fünf Jahren eine Sonate komponiert hat und in acht Jahren – eine Kantate...“ Oder versucht die Stimme des Fernsehsprechers uns weiszumachen, dass eine Abiturientin aus Riga sagt: „Nach dem Abitur ging ich als Arbeiterin in die Fabrik, könnt ihr euch vorstellen, wie glücklich ich bin!“ „Wir sind freilich gar nicht imstande, uns dieses Glück vorzustellen“, bemerkt der Verfasser des Artikels trocken. Weiter wird in demselben Artikel eine Fernsehsendung erwähnt, die von einem demobilisierten Soldaten handelte, der nach seiner Entlassung nach Hause zurückgekehrt ist und nun von einer ständigen Angst geplagt wird, dass er nirgends eine gute Arbeitsstelle finden werde. Der Autor stellt fest, dass dies wiederum eines der im Fernsehen so beliebten „Schlagdamespiele“ sei. „Man weiss nämlich schon im voraus, wie es weitergehen wird. Man braucht nur bis drei zu zählen, und schon greifen liebevolle Hände dem Soldaten unter die Arme und führen ihn einer strahlenden Zukunft entgegen.“ Die sogenannte „Jugendstilschablone“, die im Theater, im Film und im Fernsehen kreierte wurde, wird in diesem Artikel ebenfalls erwähnt. „Die Darsteller dieser Stücke bewegen sich nur im Laufschrift über die Bühne. Ihre Antworten dürfen sie nicht normal sprechen, sondern müssen sie hervorsprudeln.“ Der Autor kommt zu dem Schluss, dass die Propaganda auf dem Fernsehschirm versuche, das Leben viel zu wohlgeordnet darzustellen, „dass die Hersteller von Fernsehprogrammen es ausgezeichnet verstehen, das Vertrauen der Zuschauer in die Glaubwürdigkeit der gezeigten Stücke systematisch zu untergraben und dass es schade um die jungen Leute ist, die nach dem Willen der Regie zu Mitschuldigen (besser gesagt: zu Opfern) dieser schandbaren und verlogenen Komödie“ würden.

Verschiedene Ereignisse im täglichen Leben der Sowjetunion werden von der Jugendpresse in viel schärferer Form verspottet als anderswo. So macht sich der junge Dichter E. Kutschinsky in einem seiner Gedichte über die stereotypen Proklamationen über den Wettlauf mit Amerika in folgender Weise lustig:

„Mein Dorf ist nicht typisch. Es gibt dort weder Fernsehen, noch elektrische Melkmaschinen. Es besteht nur aus zwölf unansehnlichen Häuschen...“

aber der Buchhalter Melnikow hat mir gesagt: 'Warte nur ab, es wird die Zeit kommen, dann wird unser 'Dornröschen' Amerika zum Wettlauf herausfordern.'" (Junost 8/1960)

In Nummer 10/1960 derselben Zeitschrift zeigt der junge, aber schon bekannte Dichter Roschdestwensky in seinem Gedicht *Reptile* mit schonungsloser Rücksichtslosigkeit die „Erfolge“ dieses Wettlaufes mit Amerika auf und prangert die geistige Verflachung der „stolzen Enkel der Revolution“ mitleidlos an:

„...kaum sind ein Paar Hosen zu sehen, deren Preis eine Kopeke beträgt, kriecht das ruhmreiche Land auf dem Bauch zu ihnen hin. Wie die Motten zur Flamme, kriechen die Eroberer des Kosmos mit vor Glück ersticker Stimme zu den importierten Warenzeichen. Von ausländischer Valuta träumend, warten die Enkel der Revolutionssoldaten ergeben vor der Tür.“

In seiner Erzählung *Kollegen* verspottet W. Aksenow vieles, was in der Sowjetunion vor sich geht. Unter anderem macht er sich über die „erhabene“ Idee lustig, junge Leute nach Beendigung ihres Studiums in die abgelegensten ländlichen Gegenden zur Arbeit zu schicken, und persifliert die von Chruschtschow und Lysenko propagierte neue Anbaumethode für Hackfrüchte und Mais. –

EINE SKEPTISCHE GENERATION

Die Folgen des negativen Einflusses, den die bürokratische, schablonenmässige Reglementierung des ganzen Lebens und die gewaltsame Lenkung ihres Schicksals auf die Sowjetjugend ausüben, werden von der Jugendpresse viel offener und schärfer herausgestellt.

Alle Jugendzeitungen und Zeitschriften bringen eine Fülle von Beispielen dieser Art. Der 21jährige Schriftsteller Walerij Nikitin zum Beispiel schreibt in seiner Erzählung *Die aufgetaute Erde* über die seelischen Qualen eines 18jährigen jungen Mannes, der sich freiwillig für eine schwere Aufbauarbeit gemeldet hat. Dieser junge Mann „bekommt Beklemmungen“, weil er nicht mehr weiss, „wozu er auf der Welt ist“. Er ist kräftig und ausdauernd. Es war sein grösster Wunsch, in vorderster Front am Aufbau des Lebens mitzuarbeiten. Aber jetzt, auf der Baustelle, quält ihn die Frage: „Muss man denn wirklich Laufgräben ausheben, um den Kommunismus aufzubauen?“ (Junost, Nr. 6/1960)

In der Erzählung *Kollegen* (Junost, Nr. 7/1960) wird erwähnt, dass es in der Sowjetunion „nicht selten junge Leute gibt, die von Weltschmerz befallen sind“. In Nr. 9/1960 derselben Zeitschrift erschien eine Kurzgeschichte unter dem Titel

Der Mensch läuft dem Leben nach. In ihr lässt die junge Verfasserin einen jungen Kraftfahrer auf folgende Weise sein Leben beurteilen:

„In der Schule träumte ich davon, im späteren Leben etwas ganz Ungewöhnliches, etwas ganz Ausgefallenes zu erfinden – und sei es das Perpetuum mobile! Man hielt mich für fähig, humanistische Wissenschaften zu studieren. Aber – was ist aus all dem geworden? Nach der Schule arbeitete ich als – Maschinenwart auf einer Zuckerrübenfabrik, als Verlager bei der Bahn, als Traktorfahrer auf der Kolchose, und bevor ich auf den Traktor kam, musste ich einen Sommer lang das Vieh hüten – für diese Tätigkeit war eine Mittelschul-Abschlussprüfung natürlich besonders unumgänglich... Jetzt bin ich also Kraftfahrer. Dies alles ist so widersinnig, so abgeschmackt und zwecklos... Ich bin ein Mensch, der alle Illusionen verloren hat.“

Unter den vielen Publikationen, die die Stimmung der Jugend und ihre Not auf den abgelegenen Bauplätzen ganz offen schildern, sind zwei besonders bemerkenswert. Es handelt sich hier um die beiden Erzählungen des jungen Schriftstellers A. Kusnezow: *Mädchen* und *Die Fortsetzung einer Legende*, die in der Junost Nr. 8/1960 erschienen sind. Besonders *Fortsetzung einer Legende* hat viel Aufsehen erregt.

Die Jugendpresse hält es für nötig, die junge Generation in ihrer Suche nach der grossen Wahrheit und nach neuen Lebensformen zu unterstützen. Sie kann nicht umhin festzustellen, dass die junge Generation und sogar die Halbwüchsigen kritisch gegen die offizielle Propaganda eingestellt sind. So schreibt die Junost in Nr. 9/1960:

„Man darf nicht denken, dass sie leichtgläubig seien! Sie sind sehr kritisch eingestellt, sogar skeptisch. Auf ihren Gesichtern kann man ein jugendliches „Uns-betrügt-man-nicht“ lesen.“

Die Jugendpresse weiss genau, dass sie Interesse bei der Jugend erwecken muss, wenn sie ihr bei der Wahrheitssuche „helfen“ will, um diese Wahrheitssuche in eine der Regierung genehme Richtung zu lenken. Aus diesem Grunde geschieht es immer häufiger, dass in der Jugendpresse grosse menschliche Probleme zur Diskussion gestellt werden. Dies bringt jedoch mit sich, dass die Jugendpresse der jungen Generation nicht nur Rede und Antwort stehen muss, sondern dass sie auch gezwungen ist, ihr in ihren Spalten Raum zur Verfügung zu stellen. Diese Spalten werden dann zur Äusserung von Ansichten benutzt, die oft alles andere als „orthodox“ sind. So wurde zum Beispiel in der Spalte *Forum der Jugend* (*Komsomolskaja Prawda* vom 18. 11. 1960) das Problem: *Wie muss ich leben, damit meine Leistungen in der Erinnerung der Menschheit fort-*

leben zur Diskussion gestellt. In der *Smena* Nr. 14/1960 wurde das Thema *Worin besteht das Glück des Menschen* angeschnitten und in Nr. 17 derselben Zeitschrift wurde anlässlich des Austritts einiger junger Leute aus der Kommunistischen Jugendorganisation das Problem *Arbeit ehrt* erörtert. Die Zeitschrift *Junost* (Nr. 9/1960) veröffentlichte eine Reihe von Zuschriften junger Leser, die sich mit der Frage *Was ist Gewissen?* befassen.

DIE SOWJETISCHE JEUNESSE DOREE

Die Jugendpresse bemüht sich, in der jungen Generation das Suchen nach neuen Wegen zu stimulieren und stachelt sie zu Wagemut an. Dies ist an sich nichts Neues. Schon Stalin forderte die Jugend auf, „wagemutig“ zu sein. Aber die Art, wie sich dieser Wagemut äussert, hat sich geändert. Auch sind es heute andere Probleme, für die sich die Jugend wagemutig einsetzt. Und die Richtung dieses Einsatzes ist lange nicht immer im voraus festgelegt, wie es früher stets der Fall war. Der Schlusssatz in der Erzählung *Die Zurückgebliebenen* (*Junost* Nr. 9/1960): „Jede Jugend hat ihre eigenen Regungen und Triebe“, bringt dies klar zum Ausdruck, ebenso der Artikel *Der Mensch muss wagemutig sein* (*Smena*, Nr. 13/1960). Ein weiterer Beweis für die Richtigkeit der obigen Behauptung findet sich in der Erzählung *Drei kleine Schlüssel* (*Junost*, Nr. 9/1960), in der – eingedenk der revolutionären Vergangenheit der Jugend – in symbolischer Weise der Weg zum beständigen Suchen und Forschen aufgezeigt wird:

„Folget dem lebendigen, fliessenden Wasser mit noch grösserem Mute nach, ihr Jungen. Verweilet nicht in den grünen Auen!“

Während die Jugendpresse im Auftrag der Parteileitung ihre Leser zur Kritik an der obersten Gruppe der „Bükratie“ auffordert, plädiert sie gleichzeitig dafür, die bisher übliche Auffassung über die Notwendigkeit, Jugendliche für ihre Fehlritte zu bestrafen, zu ändern. Sie empfiehlt, die Väter und Erzieher für verantwortlich und schuldig zu erklären, das heisst die führende Klasse in ihrer Gesamtheit, und sie zeigt dadurch unmissverständlich, wessen Politik für ein derartiges Betragen und für die Stimmung unter der Sowjetjugend verantwortlich ist. So heisst es in der *Komsomolskaja Prawda* vom 13. 11. 1960:

„In letzter Zeit erheben sich immer mehr und mehr Stimmen, die die schärfsten Strafen für die Nichtsteuer, die händelsüchtigen Schmarotzer und für die auf Kosten der Allgemeinheit lebenden Parasiten fordern. Wir würden jedoch nur halbe Arbeit leisten, nur die Stengel vom Unkraut ab-

reissen und die Wurzeln intakt lassen, wenn wir nur die ewigen Nein-Sager, die Spekulanten und die Hochstapler zur Verantwortung zögen und das Milieu, aus dem sie kommen, ungeschoren liessen.“

Es ist bemerkenswert, dass in einer ganzen Reihe von Artikeln, die in den Zeitschriften *Smena* und *Junost* sowie in der Zeitung *Komsomolskaja Prawda* erschienen sind und sich mit diesem Problem befassen, besonders die „Väter“ aus den Kreisen der hohen Parteibeamten und Wirtschaftsführer beschuldigt werden, ihren Kindern Autos und Motorräder zu schenken und sie finanziell so reichlich zu versorgen, dass diese Kinder das Leben einer sowjetischen Jeunesse dorée führen könnten und dadurch jede Qualifikation verlören, so dass sie als Nachwuchs für eben diese Führungsschicht nicht mehr in Frage kämen. Auf den ersten Blick scheint dies eine durchaus „orthodoxe“ Art von Kritik; aus der Nähe besehen kommt sie jedoch einer Verurteilung des ganzen Systems gleich.

Die Jugendpresse bemüht sich auch in Fragen der Kunst, die junge Generation anzusprechen und weicht daher auch insofern von der allgemein gültigen Schablone ab. Sie lehnt zwar den sozialistischen Realismus nicht ab, versucht aber – weil sie ja gezwungen ist, der Geschmacksrichtung der Jugend entgegenzukommen, um nicht endgültig jeglichen Einfluss auf sie zu verlieren – einen Mittelweg zu gehen und der Jugend wenigstens den Impressionismus schmackhaft zu machen, um sie von der rein abstrakten Richtung abzulenken. Deshalb finden sich in den Zeitschriften *Smena* und *Junost* Reproduktionen von Bildern der Impressionisten, oft sogar von Expressionisten.

In Nummer 9/1960 bringt die Zeitschrift *Junost* ein Gedicht von A. Wosnesensky, in dem er gegen die allgemein gebrauchte Schablone protestiert:

„Ihr wollt mir mit Formalismus Angst machen!
Und wie weit seid ihr selbst vom wirklichen Leben entfernt! Ihr riecht ja nach Formalin und Thymian, ihr Besserwisser. Vielleicht tragt ihr „jungfräulichen Boden“ in euch, aber das goldene Samenkorn habt ihr nicht.“

HINWENDUNG ZU ECHTEN WERTEN

In Nummer 8/1960 derselben Zeitschrift findet sich unter dem Titel *Jetzt wollen wir einmal diskutieren* ein Artikel, der sich mit aller Schärfe gegen die schablonenhafte Meinungsäusserung und Kritik in Poesie und Literatur wendet. Dieselbe Nummer enthält auch ein Gedicht des noch sehr jungen Dichters E. Kutschinsky, das deshalb so interessant ist, weil in ihm eine volkstümliche Art der Wiedergabe von Menschenschicksalen mit einem beinahe schon konservativ anmutenden

Hinweis auf die Kunst der Vergangenheit gepaart ist:

„Die Mädchen baten mich: Erzähl uns doch von Petersburg, denn wir sahen es noch nie. Den Kinomann baten wir schon oft: Bring uns doch nicht immer alle möglichen Filme über schöne Frauen, die verlassen wurden, sondern zeig uns einen Film über die Isaakskathedrale, über den „Ehernen Reiter“ und die Festung, über das ganze prachtvolle Petersburg. Immer bringt er uns nur Filme über Unwahres, als ob wir das noch nicht gesehen hätten.“

Es erübrigt sich wohl, speziell darauf hinzuweisen, dass der junge Dichter sich hier im Namen der jungen Mädchen, die sich von den „Unwahrheiten“ im täglichen Leben überzeugt haben, den „stabilen“ Wertbegriffen zuwendet: Petersburg, nicht Leningrad, der Isaakskathedrale – nicht dem Smolny-Institut, dem „Ehernen Reiter“ (Peter dem Grossen) – nicht Lenin.

Die besondere Richtung der Jugendpresse wird vor allem durch die unter der jungen Generation herrschende Stimmung, ihre Bestrebungen und ihre Einstellung bestimmt. Letztere unterscheidet sich scharf von den Erwartungen der führenden Schichten und der Richtung, in die sie die Sowjetjugend zu lenken bestrebt sind. Die Jugend selbst nennt ihre Eltern spöttisch „unsere Vorfahren“ und distanziert sich damit eindeutig von deren ihrer Meinung nach veralteter Lebensauffassung (*Is-westija* vom 12. 11. 1960). Das Problem „Väter und Söhne“ ist in der Sowjetunion immer schwerer zu lösen. Und gerade dieses Problem ist es, das die Jugendpresse dazu zwingt, eine besondere Richtung einzuschlagen.

Natürlich wären solche Eskapaden der Jugendpresse nicht möglich, wenn es nicht Personen und Kräfte in den obersten Führungskreisen gäbe, die sie unterstützten oder sogar für notwendig hielten. Diese Führungskreise sind sich bewusst, dass die heutige Jugend mit all ihren von den Ansichten der jetzigen kommunistischen Führungsschicht abweichenden Erwartungen und Anschauungen einmal das Schicksal des Sowjetstaates bestimmen wird. Wahrscheinlich haben es diese Gruppen oder einzelne führende Politiker eingesehen, dass es nicht mehr möglich ist, die geistige Einstellung der jungen Generation nur durch das Eintrichtern der Theorien von Marx und Lenin zu ändern und sie unter Zuhilfenahme der üblichen Methoden in eine für das System gewünschte Richtung zu lenken. Sie sind zu der Überzeugung gekommen, dass es nur dann gelingen wird, die junge Generation für das totalitäre System zu erwärmen, wenn man ihr hinsichtlich ihrer Anschauungen und ihrer Einstellung gewisse Zugeständnisse macht und dass es darum nötig ist, sich mit den Bestrebungen und Erwartungen der jungen Generation vertraut zu machen, auch wenn dabei Wege beschritten und Methoden angewandt werden müssen, die stark von den „orthodoxen“ abweichen. Nach Ansicht dieser Kreise ist dies der einzige Weg, um die junge Generation davon abzubringen, alles das, was mit der offiziellen Politik zusammenhängt, in Bausch und Bogen zu verurteilen. In ihrem Bestreben, die Jugend auf halbem Wege „abzufangen“ und sie in eine vom herrschenden System gewünschte Richtung zu lenken, macht sich die Jugendpresse jedoch unwillkürlich zum Sprachrohr für ketzerische Anschauungen.

In der Verachtung der totalitären Gewalttäter für positives Recht spricht sich eine unmenschliche Gesetzestreue aus, für welche Menschen nur das Material sind, an dem die übermenschlichen Gesetze von Natur und Geschichte vollzogen und das heisst hier im furchtbarsten Sinne des Wortes exekutiert werden. Diese Exekution der objektiven Gesetze von Natur oder Geschichte soll schliesslich eine Menschheit produzieren... die in sich selbst nur der Exponent der Gesetze ist, die in ihr verwirklicht werden. Hinter dem Anspruch auf Weltberrschaft, den alle totalitären Bewegungen stellen, liegt immer der Anspruch, ein Menschengeschlecht herzustellen, das aktiv handelnd Gesetze verkörpert, die es nur passiv, voller Widerstände und niemals vollkommen erleiden würde.

HANNAH ARENDT: *Elemente totaler Herrschaft*

Der Weg des freien China

VON F. A.

Am 10. Oktober 1911 begann in der Hauptstadt der Zentralchinesischen Provinz Hupeh ein Aufstand, dessen politische Auswirkungen auch heute noch, 50 Jahre danach, spürbar sind. Nach den Soldaten der Gamison von Wuchang erhob sich auch das chinesische Volk und zerschlug die mittelalterlichen Formen des Kaisertums. Elf Wochen später proklamierte Sun Yat-Sen die Chinesische Republik. Eine hoffnungsvolle Entwicklung schien sich anzubahnen. Aber die demokratischen Kräfte in China waren nicht stark genug, um sich gegen die inneren und äusseren Feinde durchzusetzen. Interventionen der Grossmächte, Bürgerkriege, die Angriffe Japans, die kommunistische Infiltration und schliesslich der Zweite Weltkrieg mit seinen direkten und indirekten Folgen verhinderten die Erfüllung all dessen, was sich Sun Yat-Sen und seine Nachfolger von einem republikanischen China erträumt hatten. Dann schlug der Kommunismus zu. Das Festland entglitt mehr und mehr der Kontrolle der legalen Regierung.

Als sich die demokratisch gesinnten Chinesen auf die Insel Taiwan zurückzogen, schien das, was am 10. Oktober 1911 so hoffnungsvoll begonnen hatte, rettungslos verloren zu sein. Die Armee, auf dem Schlachtfeld besiegt, war in Unordnung und über eine Inselkette verteilt, die sich von Schuschan vor Schanghai bis Hainan vor den Küsten Indochinas erstreckt. Die politische Lage war kaum besser. Präsident Tschang Kaischek hatte sich aus der aktiven Politik zurückgezogen, um den Weg zu Verhandlungen mit den Kommunisten freizumachen. Das Volk hatte das Vertrauen in die Obrigkeit verloren. Die wirtschaftliche Lage war verzweifelt. Eine Inflation hatte eingesetzt, die die Hausfrauen zwang, selbst für den Gemüseinkauf Zwanzigtausend-Dollar-Noten mitzunehmen. Ein Gefühl der Unsicherheit beherrschte alle angesichts einer drohenden kommunistischen Invasion. Überall in der Welt prophezeite man den Untergang auch der letzten freiheitlichen Bastion auf Taiwan.

Vor solchem düsterem Hintergrund packten Volk und Regierung Frei-Chinas eine Aufgabe an, deren

Lösung schlechthin für unmöglich gehalten wurde. Sie versuchten, eine stabile Lage zu schaffen, die Landesverteidigung aufzubauen, die Wirtschaft anzukurbeln und die Grundlagen der Demokratie herzustellen.

Sie haben vielleicht nicht alles erreicht, was sie sich vorgenommen hatten. Ein Besucher aber, der Taiwan in seinen schwärzesten Tagen gesehen hat, würde dennoch sehr überrascht sein, wenn er heute wieder auf die Insel käme.

Er wird ein arbeitsames, gesundes Volk vorfinden, von dem alle Ungewissheit abgefallen ist. Er wird eine gut ausgebildete und gut ausgerüstete Streitmacht antreffen, die zu den besten der Freien Welt zu zählen ist. Er würde keine Zwanzigtausend-Dollar-Noten mehr sehen. Ein Zehn-Dollar-Schein (9 Taiwan-Dollar – 1 DM) reicht für eine vollständige Mahlzeit aus. Aus den Trümmern des Krieges wächst eine sich schnell entwickelnde Industrie, die Konsumgüter für eine mehr als 10 Millionen starke Bevölkerung erzeugt und noch einen Überschuss für die Ausfuhr liefert. Einheimische Erzeugnisse wie Nähmaschinen, Fahrräder, Ventilatoren, Textilien, Werkzeugmaschinen, Zement, Eisen- und Stahlprodukte haben in Südost-Asien einen einträglichen Markt gefunden.

Der Besucher wird finden, dass Präsident Tschiang das Staatsruder wieder fest in Händen hat. Mit überwältigender Mehrheit hat die vom Volke gewählte Nationalversammlung ihn zum drittenmal für das höchste Amt im Staate gewählt. Die Verteidigungslinie ist durch Aufgabe der nördlichsten Inseln verkürzt worden, die kampfgewohnten Truppen sind auf Taiwan und den Küsteninseln Kimmen, Quemoy und Matsu zusammengezogen worden. 1958 haben die freien Chinesen bei der Krise in der Strasse von Taiwan unter Kanonenfeuer bewiesen, dass sie diese Inseln gegen eine zahlenmässige Übermacht verteidigen können.

Es ist fast unglaublich, mit welchem Erfolg sich die freien Chinesen aus ihrer bedrohlichen Lage befreit haben. Unvorherzusehende Ereig-

nisse im Weltgeschehen, wie der Koreakrieg, trugen dazu bei, die Meinung der Welt gegen das Peking-Regime einzunehmen und damit indirekt das Vertrauen zum freien China zu stärken. Das wirkliche Geheimnis des Erfolges jedoch ist der Wille des Volkes, zu überleben. Das Volk begriff, dass es sich selbst helfen musste, bevor es von irgend jemandem Hilfe erwarten durfte.

Es liess sich nicht durch kommunistische Drohungen einschüchtern. Es glaubte fest daran, dass Freiheit und Demokratie durch Einführung von Sozialreformen, durch Weiterentwicklung der Wirtschaft und durch die Schaffung stabiler Verhältnisse gegen den Kommunismus verteidigt werden können.

Während die Welt dem Freien China keine Chancen mehr gab, machten sich die freien Chinesen unverzüglich an die Verwirklichung ihrer Pläne. Die meisten ausländischen Beobachter geben zu, dass die Regierung in Taipei in jenen Tagen der Hoffnungslosigkeit einige sehr kluge Massnahmen getroffen hat. Der erste Schritt war die Landreform. In einer friedlichen Revolution wurde die Pacht herabgesetzt. Die Regierung kaufte Land von den Grossgrundbesitzern und verkaufte es an Bauern, die bisher keinen Landbesitz hatten. Diese Reform, die inzwischen für ähnliche Landausgleichs-Projekte in anderen Teilen Asiens beispielhaft geworden ist, beseitigte einen schon lange bestehenden Miszstand und beugte sozialen Unruhen vor.

Ein anderer kühner Schritt war die Währungsreform. Die Regierung der Republik China strich unnötige Ausgaben, erzwang einen genauen Haushaltsplan und führte eine neue Währung ein, den „New Taiwan Dollar“. Dadurch wurde das Sparen und Investieren sinnvoll, und bald begann die Industrie aufzublühen. Ein dritter Schritt auf dem eingeschlagenen Wege war die Neuordnung des Militärwesens. Zahlenmässig wurde die Armee durch die Entlassung älterer Jahrgänge verkleinert, die Schlagkraft aber durch Modernisierung verdoppelt.

Die Lage festigte sich bald. 1950 wurde Taiwan die erste chinesische Provinz, in der das Volk sein Wahlrecht einwandfrei ausüben konnte. Das Volk wählte seine Bürgermeister, Präfekten, Provinzial-Abgeordneten wie auch seine örtlichen Ratsmitglieder. Die Wahlbeteiligung war mit etwa 75 bis 80 Prozent recht hoch.

Die Budgets für Erziehung und Gesundheit wurden erhöht. Über 95 Prozent der Kinder im schulpflichtigen Alter geniessen infolgedessen sechs Jahre lang unentgeltlichen Schulunterricht. Man plant, die Schulpflicht auf 9 Jahre zu verlängern.

Die Republik China hat jetzt ein neues Programm anlaufen lassen, das die Ausbildung auf höheren Schulen fördern soll. Gleichzeitig sind die drastischen Aufnahmeprüfungen für bestimmte Mittelschulen gemildert worden. Die Insel befindet sich in einem Übergangsstadium von einer landwirtschaftlichen in eine industrielle Gesellschaft, worauf auch die Schulausbildung Rücksicht nehmen muss. Es kommt hinzu, dass die Jahresrate der Bevölkerungszunahme zur Zeit 3,5 vom Hundert beträgt und damit höher ist als in anderen vergleichbaren landwirtschaftlich orientierten Ländern. Im Gegensatz zu diesen Ländern besuchen auf Taiwan jedoch rund 96% aller Kinder im schulpflichtigen Alter die Grundschulen. Das bedeutet den Prozentsatz fortgeschrittener Länder.

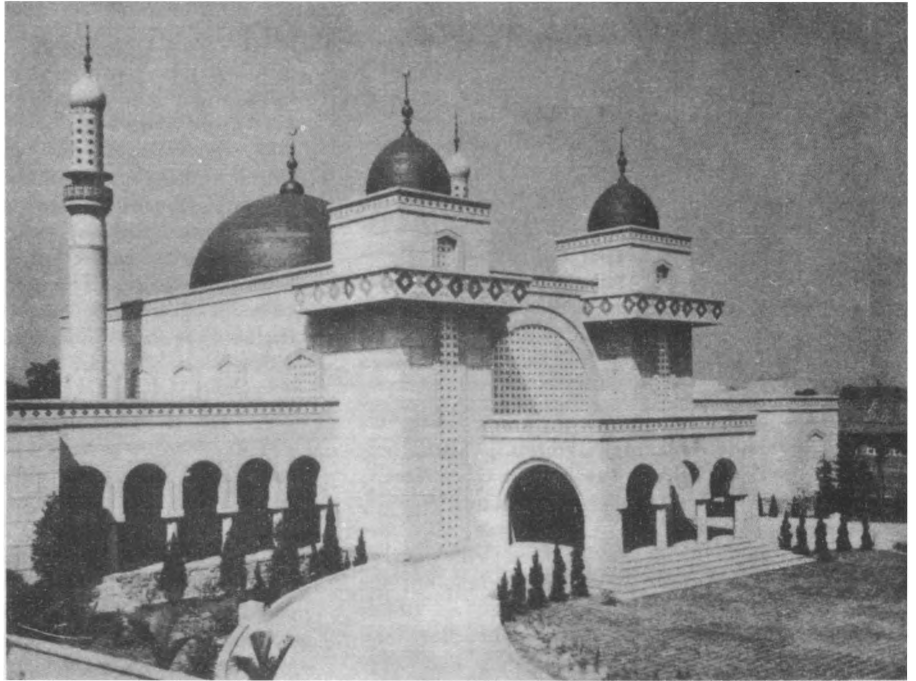
In einem vorwiegend auf Landwirtschaft basierenden Land ist der Bevölkerungszuwachs verhältnismässig hoch, während das nationale Einkommen und der Anteil der in Schulen ausgebildeten Kinder recht niedrig ist, und allein das ist der Grund, dass die Ausbildungskosten für den Staat keine wesentliche finanzielle Belastung darstellen. Die Situation in einem industriell entwickelten Land ist hingegen vollkommen anders, weil dort das Nationaleinkommen höher liegt.

Auf Taiwan stellt die rapide Bevölkerungszunahme und der weitaus höhere Anteil der in Schulen ausgebildeten Kinder die Schulbehörden vor zahlreiche Probleme, um die sich das Erziehungsministerium in Taipei und die Schulabteilung der Provinzialregierung seit Jahren sorgen. So will die Regierung jetzt als ersten Schritt die Förderung und Unterhaltung von Juniormittelschulen durch die Stadt- und Bezirksverwaltungen veranlassen, wobei die Seniorschulen weiterhin von der Provinzialregierung geleitet werden sollen.

Das neue Projekt für die Mittelschulen wird zunächst als Versuch in der Hauptstadt Taipei realisiert. Ziel dieser Massnahmen ist, den Weg für eine umfassende Ausweitung der freien Ausbildung der Jugend zu gewährleisten. Zur Zeit beträgt die obligatorische Schulzeit sechs Jahre. Gleichzeitig will man die bisher drastischen Aufnahmebedingungen für die Mittelschulen mildern und auch an Privatpersonen appellieren, ihrerseits den Bau neuer Mittelschulen zu fördern, um auf diese Weise die gegenwärtig angespannte Situation meistern zu helfen.

Das Erziehungsministerium in Taipei weist darauf hin, dass in den meisten fortgeschrittenen Ländern die obligatorische Schulzeit von sechs auf acht und neun Jahre verlängert worden ist. In Taipei ist man jetzt dabei, Pläne für eine Ausdehnung der Pflichtschulzeit von sechs auf neun

Auf dem Festland bildeten die Chinesen islamischen Glaubens die zweitgrösste Konfession. Hier auf Taiwan sind sie hinter Buddhisten und Christen auf die dritte Stelle gerückt, aber die 40 000 Moslems auf Taiwan erfreuen sich einer völligen Religionsfreiheit, im Gegensatz zu ihren Glaubensgenossen im kommunistischen China. Ein Beweis dafür ist diese neue Moschee in Taipei, die kürzlich errichtet wurde und das prächtigste mohammedanische Gotteshaus im Fernen Osten ist.



310 km lang ist die neue Strasse, welche die Ost- und Westküste Taiwans miteinander verbindet. Ihre kühne Konstruktion legt einen deutlichen Beweis dafür ab, zu welchen Leistungen das chinesische Volk, ohne den Zwang der Volkskommunen, fähig ist. Die auch strategisch wichtige Strasse steigt auf über 3 000 Meter Höhe an und hat 85 Tunnel und 112 Brücken.



Jahre auszuarbeiten. Der Beauftragte für das Schulwesen in der Provinzialregierung erklärte, die Realisierung dieses Programms werde den Volksschülern bessere Chancen geben, in eine Mittelschule überzuwechseln, weil es dann in allen Gegenden der Insel Mittelschulen geben werde, die von den Stadt- und Bezirksverwaltungen geleitet würden. Die Schüler würden daraus grosse Vorteile ziehen, da sie innerhalb der Schule wohnen könnten und auch besser an geeignete Lehrmittel herankämen. Der Schulbeauftragte wandte sich an die private Initiative, die die Stadt- und Bezirksverwaltungen beim Bau neuer Schulen und bei der Beschaffung von Lehrmaterial stützen sollte.

Die Insel baut ferner eine Handelsflotte, um den Aussenhandel zu intensivieren. Taiwan exportiert Zucker, Reis, Tee, Ananaskonserven, Bananen, Textilien, Zitronenöl, Zement, Papier, Chemikalien und ähnliche Erzeugnisse. Die bekannt sparsamen Chinesen konnten eine aktive Handelsbilanz erzielen, Devisen hereinholen, um damit ihre wirtschaftliche Entwicklung zu finanzieren. Ein Anzeichen für die wirtschaftliche Gesundung der Insel ist das steigende Pro-Kopf-Einkommen. Nimmt man das Pro-Kopf-Einkommen

von 1952 mit 100 an, so liegt dasjenige von 1959 bei 230,8.

Alles das wurde freilich nicht ohne Hilfe von aussen geschaffen. Aber die Hilfe des Auslands, vor allem der USA, wäre sinnlos gewesen ohne den Arbeitseifer und den Zukunftsglauben der freien Chinesen. Der sinnvolle und nützliche Einsatz dieser Auslandsinvestitionen hat sich aber auch in anderer Beziehung ausgewirkt. Nationalchina lässt sich nicht von einem engstirnigen Nationalismus leiten, sondern ist sich bewusst geworden, dass Wohlstand und demokratische Freiheit undenkbar sind ohne den Geist einer übernationalen Solidarität der freien Völker.

Auf Taiwan haben die chinesischen Politiker viel aus den schwerwiegenden Irrtümern ihrer Vergangenheit gelernt, und sie haben manches von dem wirklichen können, was Dr. Sun Yat-Sen in seinem Werk „Die drei nationalen Prinzipien“ gefordert hatte. Diese drei Grundregeln: Nationalismus, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, gelten nicht nur als Leitmotiv für die Republik China, sie sind auch als Prinzip einer echten friedlichen Koexistenz, diesmal ohne Anführungsstriche, in den zwischenstaatlichen Beziehungen Asiens annehmbar.

Horchposten Ulan Bator

VON HENRY SALZMANN

Seit längerer Zeit sind zwischen den USA und der Mongolei Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Gange. Über die Bedingungen der Aufnahme gegenseitiger Beziehungen hat ein inoffizieller Notenwechsel stattgefunden und es ist damit zu rechnen, dass der Austausch diplomatischer Vertreter in Kürze stattfindet.

Es ist sehr zu begrüßen, dass der amerikanische Präsident Kennedy eine solche Initiative ergriffen hat. Wird es doch so künftig der grössten westlichen Macht möglich sein, von Ulan Bator aus sehr genau das Verhältnis zwischen Moskau und Peking beurteilen zu können. Von keinem anderen Ort der Welt wäre dies besser möglich als von dort. Das weiss auch Chruschtschow, der den einst nach Ulan Bator verbannten Molotow längst von dort wieder abberief und durch einen ihm vertrauenswürdigeren Sowjetdiplomaten er-

setzte, nachdem bekannt geworden war, dass der langjährige Kampfgefährte Stalins gar zu freundschaftliche Beziehungen zu den rotchinesischen Genossen unterhielt.

Vom 3. bis 7. Juli tagte der XIV. Parteikongress der „Mongolischen Volksrevolutionären Partei“ (MVRP). Es fiel auf, dass aus diesem Anlass kein zweitrangiger sowjetischer Parteiführer, sondern der führende sowjetische Parteiideologe Suslow als Gastdelegierter erschien und vor dem Kongress in seiner Rede für die „Einigkeit und Solidarität“ des Kommunismus in aller Welt eintrat. Diese Rede war vor allem für Peking bestimmt, sollte aber auch für die mongolischen Parteifreunde ein deutlicher Hinweis sein, dass ein Abgleiten der Mongolei in den chinesischen Machtbereich nur sehr ungerne gesehen würde. In der zweiten Juliwoche haben in der Mongolei die offiziellen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der

Entstehung der MVRP begonnen, die 1921 von Suche-Bator und dem 1952 verstorbenen Marschall Korloin Tschobalsan begründet worden war.

Bereits im März 1961 hat der seit 1940 ununterbrochen als Parteichef tätige Jumshagin Zedenbal, der seit dem Tode Marschall Tschobalsans auch Ministerpräsident der Mongolei ist, im Prager Kominform-Nachfolgeorgan *Probleme des Friedens und des Sozialismus* darüber berichtet, „was die Erfahrungen der nichtkapitalistischen Entwicklung der Mongolei lehren“. Es ist bezeichnend und für die Sowjetunion sicher sehr beruhigend, dass Zedenbal in diesem Beitrag kein einziges Wort des Dankes oder Lobes für Rotchina gefunden hat, sondern dass es ihm offenbar eine ganz grosse Freude bereitet hat darauf hinzuweisen, dass „die chinesischen Militaristen immer wieder Anschläge auf die Unabhängigkeit der Mongolei verübten, wodurch die mongolische Bevölkerung an der über 4000 km langen Grenze in ständiger Spannung gehalten und somit ihre Kräfte und Aufmerksamkeit vom friedlichen Aufbau abgelenkt wurden“.

1921 lebten die Araten (Bauernschaft) noch in Leibeigenschaft. Eine Arbeiterschaft hat es in der Mongolei zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch nicht gegeben. Es war Lenin, der auf die Frage eines Mongolen, ob man die MVRP in eine kommunistische Partei umwandeln solle, erklärte:

„Die Revolutionäre werden noch viel an ihrem staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau lernen müssen, bis sich aus den Hirten eine proletarische Masse herausbildet, die später die 'Verwandlung' der Volksrevolutionären Partei in eine kommunistische Partei fordern wird. Der blosser Wechsel des Aushängeschildes ist schädlich und gefährlich.“

Tatsächlich haben es die mongolischen Parteiführer bis zum heutigen Tage unterlassen, ihr „Aushängeschild“ zu wechseln, obwohl man 1960 mit Stolz verkündete, dass die Partei jetzt zu 26,2 Prozent aus Arbeitern und zu 24,7 Prozent aus Araten bestünde. Über 49 Prozent der Partei aber müssen demnach der „neuen Intelligenz“ angehören.

Seit Stalins Tod gibt der mongolische Parteiführer Zedenbal auch ganz offen zu, dass seine Partei einst in die ernste Gefahr des Dogmatismus und des Sektiererertums geraten sei, die vor allem die nationalen Besonderheiten der Mongolei ignorierte und unter dem Druck „linksradikaler“ Elemente eine Massenkollektivierung der Aratenwirtschaften durchsetzte, wodurch die Entwicklung des Genossenschaftswesens sehr verzögert worden sei.

Es ist vielfach unbekannt, dass die Mongolei

trotz der Herrschaft der MVRP bis 1944 eine konstitutionelle Monarchie gewesen ist, wobei natürlich die Tätigkeit des Monarchen unter die Kontrolle der „Volksregierung“ gestellt war. Man darf dabei nicht vergessen, dass auch noch viele Jahre nach der Revolution 45 Prozent der erwachsenen männlichen Bevölkerung als buddhistische Mönche in Klöstern lebten. Nachdem die Partei vor allem bei den unteren und mittleren Lamas „Aufklärungsarbeit“ geleistet und ihnen die Gründung von Produktionsgenossenschaften schmackhaft gemacht hatte, nahm der Einfluss der lamaistischen Kirche ab.

Es ist nicht zu leugnen, dass die ersten Schulen sowie medizinischen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit sowjetischer Hilfe gegründet worden sind. Auch die ersten Industrierwerke und die Entwicklung des Kraftverkehrs und den Bau einer Eisenbahn haben die Mongolen Moskau zu verdanken. Doch mit Hilfe dieser keineswegs uneigennützig gewährten Hilfe hat es die Sowjetunion recht gut verstanden, die Abhängigkeit des Landes noch mehr zu verstärken. Das hat bei der mongolischen Bevölkerung Bitterkeit aufkommen lassen, weshalb man sich in den letzten zehn Jahren zeitweilig an Peking wandte.

Auch die europäischen Volksdemokratien haben in den letzten zehn Jahren Ulan Bator oft als Schuttabladeplatz für anderswo unabsetzbare Ware missbraucht. Als im vergangenen Jahr in der Sowjetzone ein mongolischer Werbefachmann ausgebildet wurde, der für den organisatorischen Ablauf der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der MVRP verantwortlich war, berichtete dieser voller Zorn, dass in den Geschäften von Ulan Bator sich kitschiger Gablonzer Schmuck häufe, den keine Mongolin trage, dafür aber wichtige Erzeugnisse fehlten. Aus der Sowjetzone wiederum seien riesige Mengen Fahrtenmesser angeliefert worden, mit dem Endergebnis, dass diese Messer nun zu Schleuderpreisen verkauft würden und unter den jungen Burschen die Messerstechereien besorgniserregend zugenommen hätten. Die „DDR“ habe der Mongolei eine schöne Staatsdruckerei gebaut, doch stünden weite Teile dieser Druckerei still, da Ost-Berlin nicht in der Lage sei, die nötigen Mengen Druckerschwärze zu liefern, Vorgriffe auf die kommenden Jahre aber nicht statthaft seien.

Die Sowjetunion hat es überdies in den letzten zwanzig Jahren sehr gut verstanden, Felle, Leder und Rohstoffe aus der Mongolei zu geradezu unseriös niedrigen Preisen einzuführen, während die sowjetischen Gegenwerte für die Mongolei überbewertet worden sind. Diese Geschäftspraktiken hat Moskau jedoch in den letzten Jahren einstellen müssen, nicht aus Menschenfreundlich-

Die Entscheidung fällt in Asien

VON STEFAN C. STOLTE

In Europa sind die Fronten so erstarrt, dass ein jeder Versuch, den Status quo zu ändern – wie zum Beispiel der sowjetische Vorstoss gegen West-Berlin –, gleich die Gefahren eines dritten Weltkrieges heraufbeschwören muss. Wenn der atomare Krieg uns erspart bleibt, so wird die Entscheidung im Kalten Krieg zwangsweise in Asien fallen müssen. Der schleichende Bürgerkrieg, diese meisterhaft gehandhabte Waffe Moskaus, kann selbstverständlich nicht nur in Asien als Mittel der roten Expansion eingesetzt werden, aber nur in Asien gibt es ein Indien, und nur in Asien glauben die Sowjets dem Wirtschaftsleben des Westens auch ohne Krieg tödliche Wunden beibringen zu können. Anderswo können die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen der Freien Welt ohne einen grossen Krieg heute noch nicht ernsthaft angegriffen werden.

keit oder „proletarischer Solidarität“, sondern wegen der rotchinesischen Konkurrenz. Noch im vergangenen Jahr hat es nämlich Peking fertiggebracht, Ulan Bator einen grossen Kredit aus Mitteln einzuräumen, die China erst von der Sowjetunion zur Verfügung gestellt worden waren.

In den letzten Jahren sind in der Mongolei verschiedene Bodenschätze entdeckt worden. Es wird jetzt bereits Erzbergbau betrieben; eine Erdölindustrie befindet sich im Aufbau. Kohlevorkommen wurden entdeckt, so dass auch die Energiewirtschaft gesichert ist. Die Leder- und Schuhwarenindustrie wurde entwickelt und in der Landwirtschaft, in der man bisher nur die Viehwirtschaft kannte, ist jetzt auch die Getreidewirtschaft aufgekommen. Das Land konnte sich dadurch erstmalig in seiner Geschichte im Jahre 1958 mit Brot eigener Produktion versorgen, nachdem auch einige Grossmühlen die Arbeit aufgenommen haben. Im 3. Fünfjahresplan (1961 bis 1965) ist eine Verdoppelung der Industrieproduktion und beinahe eine Verdreifachung der Saartfläche vorgesehen.

Der auf zwanzig Jahre befristete sowjetisch-mongolische Beistandspakt läuft in Kürze ab. Es

Unlängst veröffentlichte die indische Botschaft in Bonn eine 200 Seiten umfassende Broschüre unter dem Titel *Indien 1961*. Allein diese Broschüre sollte genügen, um die weltpolitische Bedeutung dieses Landes klarzustellen. Selbstverständlich darf man Indien dabei nicht von dem Gesichtspunkt aus betrachten, als gäbe es im Verhalten aller Staatsmänner und Völker ausserhalb der grossen Auseinandersetzung zwischen Ost und West keine weiteren lebenswichtigen Beweggründe. Ein westdeutscher Besucher Nehrus notierte einmal folgende Sätze des grossen indischen Staatsmannes:

„Alle Besucher aus Europa und Amerika und genauso die Besucher aus der Sowjetunion, die in dieses Zimmer kommen, sprechen immer nur von dem, was sie 'Ost' und 'West' nennen. Ich kann das verstehen. Es sind die grossen Machtfragen, die ungelöst auf dieser Erde sind, die sie bewe-

ist anzunehmen, dass der Vertrag in einer neuen Form zwischen beiden Staaten verlängert wird. Auch dürfte es in diesem Zusammenhang kein Zufall sein, dass der polnische KP-Chef Gomulka, der polnische Ministerpräsident Cyrankiewicz und Aussenhandelsminister Trapczynski im Juli nach Ulan Bator reisten, um den Staatsbesuch Zedenbals zu erwidern. Der Abschluss eines neuen Handelsvertrages ist gewiss.

Soweit man die Möglichkeit zu Kontakten mit Mongolen hat, wird man immer wieder feststellen können, dass diese sich den Chinesen gegenüber überlegen fühlen, was darauf zurückzuführen ist, dass die Mongolei einen höheren Lebensstandard als China hat. Ausserdem klingt bei den Gesprächen immer die Befürchtung durch, dass China eines Tages in das von nur einer Million Menschen besiedelte grosse mongolische Land eindringen könne, da es nicht einmal jetzt, in Friedenszeiten, zu verhindern sei, dass die Chinesen über die Grenze kämen. Aus diesen beiden Gründen scheint es beinahe ausgeschlossen, dass sich die Mongolei China nähert, wenn dem Land von sowjetischer und osteuropäischer Seite wirksamere Wirtschaftshilfe gewährt wird als bisher.

gen. Aber das eigentliche Problem unseres Jahrhunderts, das entscheidende, von dem alles abhängt, ist doch ein ganz anderes. Es ist die furchtbare Frage, ob die armen Völker immer noch ärmer werden müssen, während die reichen Völker immer wohlhabender werden." (Stahlrevue, Düsseldorf, November 1960)

Die Neutralität Indiens bedeutet nicht, dass dieses zweitgrösste Land Asiens mit seinen 3 Millionen Quadratkilometern und 436 Millionen Einwohnern vor dem Kommunismus kapitulieren will. Es geht nur darum, dass die inneren Probleme dieses Landes seine Aussenpolitik in einer Art bestimmen, die uns manchmal gerade deshalb unheimlich vorkommen kann, weil wir die eigenartigen indischen Probleme noch zu wenig kennen. Es kommt sogar vor, dass westliche Publizisten Indien einfach abschreiben. So erklärte zum Beispiel eine bekannte französische Publizistin unlängst in München:

„Die Gefälligkeiten Indiens für den kommunistischen Block, der der indischen Republik 950 Millionen Dollar Anleihen gewährt hat, lassen sich nicht absehen, während Indiens Schärfe dem Westen gegenüber, der dem Lande 2.800 Millionen gegeben hat, kein Erbarmen kennt.“

Wenn wir dagegen die Rede Nehrus lesen, die er am 3. Oktober 1960 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York gehalten hat, finden wir darin nirgends diese „Schärfe“, die dem Westen gegenüber „kein Erbarmen kennt“. Im gleichen Atemzuge behauptete dieselbe Publizistin, dass Indien in den letzten zehn Jahren „in 16 von 20 bedeutsamen Streitfällen der Weltpolitik eindeutig die Partei Moskaus ergriffen hat, zweimal verhielt es sich 'neutral', und in 2 Fällen stellte es sich mit tausend Vorbehalten auf die Seite des Westens.“ Die französische Autorin gibt ihre Quellen leider nicht an, dagegen liegt uns die bis jetzt repräsentativste Stellungnahme Nehrus im Wortlaut vor: die bereits erwähnte Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Bei noch so sorgfältiger Prüfung dieser Rede kann ich darin nur eine einzige derartige Stellungnahme finden, die dem offiziellen Standpunkt der führenden Westmächte zuwiderläuft: Nehru meinte mit aller Entschlossenheit, dass es nicht richtig sei, Chinas Platz in den Vereinten Nationen „jemandem zu geben, der China ganz bestimmt nicht vertritt und vertreten kann“. Nehru befürwortete also Rotchinas Aufnahme in die Vereinten Nationen und sagte:

„Wir sind der Meinung, dass alle Länder in den Vereinten Nationen vertreten sein müssen.“¹⁾

1) *Indien* 1961. Herausgegeben von der Indischen Botschaft in Bonn, S. 41. – Auch die weiteren Zitate aus der UN-Rede Nehrus sind dieser Quelle entnommen.

In allen anderen wichtigeren Punkten der UN-Diskussion war Nehrus Stellungnahme eher dem westlichen Standpunkt näher als dem östlichen. Selbst Nehrus Forderungen nach restloser Liquidierung des Kolonialismus in Afrika, nach einer Lösung des Algerien- und Kongoproblems entbehrten jeglichen antiwestlichen Untertons. Zur Lösung all dieser Probleme empfahl er immer wieder eine Aktivierung der Vereinten Nationen. Er entzog dem legal gewählten Generalsekretär der Vereinten Nationen sein Vertrauen nicht und stärkte damit praktisch die UN-Front der Westmächte. Überhaupt ist gerade Nehrus Verhalten den Vereinten Nationen gegenüber der klarste Beweis seiner unanfechtbar ehrlich gemeinten Neutralität. Während Chruschtschow mit aller Vehemenz auf sofortige Reformierung der Weltorganisation, besonders auf Ersetzung des Postens des Generalsekretärs durch eine „Troika“ drängte, bejahte Nehru zwar die Reformbedürftigkeit der Charta der Vereinten Nationen im Prinzip, sagte jedoch:

Mit besonderem Nachdruck beschäftigte sich Nehru mit dem schwierigen Problem der Abrüstung. Er stellte dabei die ungeheure Verantwortung der beiden führenden Weltmächte fest und sagte:

„Trotzdem möchten wir gern vorsichtig und mit allseitigem Einvernehmen zu Werke gehen und nicht auf eine sofortige Reform drängen, denn eine überstürzte Änderung der Charta würde doch nur zu heftigen Auseinandersetzungen führen.“

„Es wird darüber gestritten, ob erst die Abrüstung erfolgen und dann die Kontrolle einsetzen solle, oder erst die Kontrolle einzuleiten und danach erst die Abrüstung durchzuführen sei... Es muss daher klar und eindeutig gesagt werden, dass die Abrüstung selbst und der Kontrollmechanismus gleichzeitig in Gang kommen müssen und keines von beiden getrennt vom anderen durchgeführt werden kann.“

Es wäre einfach demagogisch, diese Stellungnahme mit einer „Unterstützung des sowjetischen Standpunktes“ zu identifizieren. Ausserdem: Der letzte Abschnitt der UN-Rede Nehrus ist vorwiegend an Eisenhower, zu jener Zeit noch Präsident der Vereinigten Staaten, gerichtet. Vergessen wir nicht, damals war Eisenhower durch Chruschtschow wiederholt brutal brüskiert worden. Indien versuchte im Rahmen der Vereinten Nationen und in Zusammenarbeit mit Ghana, der Vereinigten Arabischen Republik, Indonesien und Jugoslawien eine Entspannung anzuregen. Nehru behandelte in seiner Rede bloss die entsprechende Stellungnahme Eisenhows, und zwar mit so viel Würde, Achtung und Taktgefühl, wie dazu nur ein wirklich grosser Sohn eines alten Kulturvolkes fähig ist.

„Ich darf hier mit Respekt zum Ausdruck bringen, dass ich mit allem, was der Präsident gesagt hat, durchaus übereinstimme“, sagte Nehru unter anderem.

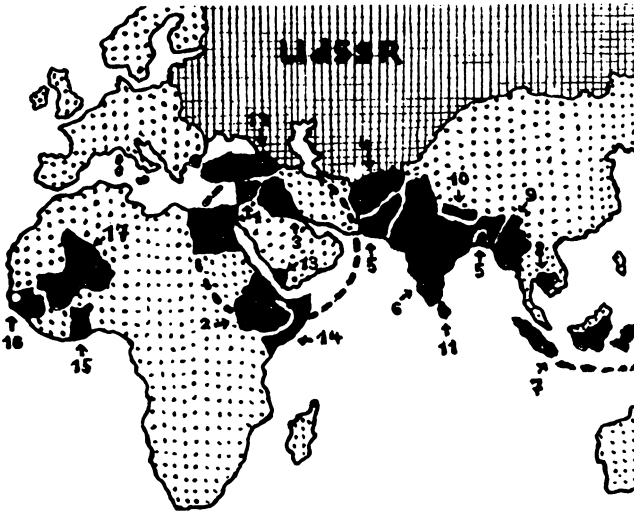
Das war die letzte Stellungnahme der UN-Rede Nehrus zu einem konkreten Problem und damit hatte diese Rede – trotz konsequentem Neutralismus – einen sehr stark prowestlichen Ausklang. Dies nicht zu bemerken, würde bedeuten, grosse Männer und grosse Völker direkt in die Arme der Sowjets zu zwingen.

Der Neutralismus Indiens bedeutet vorerst, dass Indien auch bei der gewaltigen Modernisierung

rühmen, schon im 3. Jahrhundert v. Chr. einen König gehabt zu haben, dessen Reich sich von Afghanistan bis Madras erstreckte und der dieses Reich zum Wohle des gesamten Volkes zu führen verstand. Dies war der eben erwähnte Buddhisten-König Asoka (264-227 v. Chr.), der nach einem einzigen Krieg, den er in seiner Jugend führte, die Gewalt für ewig verabscheute.

„Achtundzwanzig Jahre hindurch arbeitete Asoka mit gesundem Geist für das wirkliche Bedürfnis der Menschen. Unter den zehntausenden Monarchen, die die Rubriken der Geschichte füllen, unter den Majestäten, königlichen Hoheiten, Fürsten, gnädigen Herrschern und wie sie alle heissen

Die sowjetische Einkreisung der wichtigsten Erdölgebiete



In dem auf der Landkarte mit gestrichelter Linie angedeuteten Kreis befinden sich 62,1% der 1960 bekannten Erdölreserven unserer Erde. Die Sowjetunion ist bemüht, in den schwarz bezeichneten 17 Ländern durch ihre „Wirtschaftsbilfe“ Einflüsse zu gewinnen. In jenen Ländern, die von 1 bis 7 beziffert sind, wirkt Moskau auch an der Errichtung örtlicher Erdölindustrien mit. Die einzelnen Ziffern kennzeichnen folgende Länder: 1 – Vereinigte Arabische Republik, 2 – Aserbaidschan, 3 – Irak, 4 – Afghanistan, 5 – Pakistan, 6 – Indien, 7 – Indonesien, 8 – Kambodscha, 9 – Burma, 10 – Nepal, 11 – Ceylon, 12 – Türkei, 13 – Jemen, 14 – Somaliland, 15 – Ghana, 16 – Guinea, 17 – Mali. ³⁾

des Landes Indien bleiben will. Ebenfalls in seiner UN-Rede sagte Nehru:

„Wir haben nicht die Absicht, ein anderes Land zu imitieren oder mit irgend jemandem in Wettbewerb zu treten, aber wir sind fest entschlossen, die Lage unseres Volkes zu bessern und ihm günstigere Lebensbedingungen zu schaffen.“

Mit diesem Programm provoziert jedoch Nehru – ohne das zu wollen – den Weltkommunismus in einem solchen Masse, dass ein Entscheidungskampf grösster weltpolitischer Bedeutung daraus entstehen muss. Nehru arbeitet nämlich an der Verwirklichung dieses Programms im Sinne der besten Traditionen Indiens. Von König Asoka bis Gandhi und Nehru blieb das edelste Prinzip einer echt indischen Politik die konsequente Bevorzugung der Gewaltlosigkeit. Das ist in Indien keine erklügelte Theorie, sondern lebendige, glorreiche Wirklichkeit der eigenen Geschichte. Es bedeutet immer eine wichtige Quelle des Selbstvertrauens, wenn ein Volk auf eine lange und ehrwürdige Geschichte zurückblicken vermag. Indien kann sich

mögen, strahlt der Name Asoka gleich einem Stern, und strahlt fast allein.“ ²⁾

Asokas Name ist in Asien bis heute ein Begriff, wie bei uns der Name eines Cäsar oder Alexander, nur ist sein Name nicht durch blutige Eroberungen, sondern durch die Förderung der „wirklichen Bedürfnisse des Menschen“ unsterblich geworden. Und wenn Asoka Indien einst ohne Gewalt zu Friede und Wohlstand führen konnte, so gelang es mehr als zweitausend Jahre später einem Gandhi, das kolonisierte Indien im Zeichen der Gewaltlosigkeit von der britischen Bevormundung zu befreien und eine Atmosphäre zu schaffen, die sogar das Verbleiben Indiens im British Commonwealth ermöglichte. Diese Asoka-Gandhi-Linie

2) H. G. Wels: *Grundlinien der Weltgeschichte*

3) Quellen: Die Landkarte ist aus der Budapester Zeitung *Népszabadság* vom 27. 6. 1961 übernommen; sie wurde ergänzt auf Grund von Berichten über die Erdölreserven in der *Süddeutschen Zeitung* vom 20. 10. 1960 beziehungsweise über die sowjetische Wirtschaftshilfe für Pakistan und für Somaliland (TASS, 5. 3. 1961 und 2. 6. 1961).

setzt Nehru konsequent fort, indem er Indien jetzt auch ohne Gewaltanwendung aus seiner Rückständigkeit führen will.

Bei diesem Punkte aber prallt Indien ungewollt und doch unvermeidlich auf Theorie und Praxis der kommunistisch beherrschten Welt. Dieses Aufeinanderprallen sieht man freilich nicht, wenn man nur einseitig beachtet, dass Indien auch an der Verwirklichung von Fünfjahresplänen arbeitet. „Fünfjahrespläne“ – das klingt ja so kommunistisch; wir müssen jedoch den *Inhalt* der indischen Wirtschaftsplanung untersuchen. Ihr Kerngedanke steht in krassem Widerspruch zum Kommunismus. In allen kommunistisch regierten Ländern ist bekanntlich die Entwicklung der Schwerindustrie nicht nur Hauptaufgabe, sondern fast die einzige wirklich ernstgenommene wirtschaftliche Zielsetzung; dieser Zielsetzung wird auch das Lebensniveau geopfert. In Indien ist es ganz anders. Indien begann vor kurzem seinen dritten Fünfjahresplan.

„Es wird in dem Plan betont, dass in der Entwicklung selbstverständlich der Landwirtschaft der Vorrang gebühre. Es ist eines der Hauptziele des dritten Planes, Autarkie in der Lebensmittelversorgung zu erreichen und auch den Bedarf von Industrie und Export zu decken. Die Agrarproduktion muss so stark wie möglich gesteigert werden, damit Einkommen und Lebensstandard der Landbevölkerung mit dem anderer Bevölkerungsteile Schritt halten kann.“ (*Indien 1961*, S. 107)

Der dritte indische Fünfjahresplan betont den Vorrang der Landwirtschaft noch mehr als der zweite. Der zweite Fünfjahresplan gab unter verschiedenen Titeln insgesamt 2058 Millionen Dollar, das heisst 21,3% der gesamten staatlich finanzierten Investitionen für landwirtschaftliche Zwecke aus. Der jetzt, im Mai 1961, begonnene dritte Fünfjahresplan sieht für dieselben Zwecke 3517,5 Millionen Dollar, das heisst 23,1% aller staatlichen Investitionen vor. Die Industrie und der Bergbau erhielten im zweiten Fünfjahresplan 1848 Millionen Dollar und bekommen im dritten Fünfjahresplan 3150 Millionen Dollar, das heisst 20,7% gegenüber bisher 19,1% aller staatlichen Investitionen. Weitere wichtige Posten des jetzt laufenden indischen Investierungsplanes sind: Energieanlagen – 1932 Millionen Dollar (12,8%), Transport und Verkehr – 3045 Millionen Dollar (20,0%), Sozialarbeit – 2625 Millionen Dollar (17%). (*Indien 1961*, S. 114)

Es gibt kein kommunistisch regiertes Land mit einem ähnlichen Investitionsprogramm. Diese Planung spricht für sich selbst und beweist, dass Nehru seine Worte ernst nimmt: „... wir sind fest entschlossen, die Lage unseres Volkes zu bessern.“ Man stellt Indien und Rotchina gerne in

Vergleich, wobei die Kommunisten selbstverständlich die wirtschaftliche Überlegenheit ihres eigenen Regimes dokumentieren möchten. Leider sind die kommunistischen statistischen „Beweise“ meist nicht nur von zweifelhafter Vertrauenswürdigkeit, sondern auch äusserst lückenhaft. Aus kommunistischen Quellen stehen zum Beispiel Zahlen über die Pro-Kopf-Produktion gewisser Produkte in Indien und in Rotchina zur Verfügung, aber nicht aus denselben Jahren. Wir zitieren jedoch diese Zahlen, weil sie immerhin zeigen, dass auch die Industrialisierung Indiens – selbst nach kommunistischen Quellen – mit der Industrialisierung in Rotchina Schritt halten kann, obwohl – wie bereits gesagt – die Industrialisierung in Indien vor der Landwirtschaft keinen Vorrang hat.

Pro-Kopf-Produktion

	Elektrizität in kWh	Kohle in kg	Stahl in kg	Zement in kg	Baumwollstoffe in qm
Rotchina (1958)	42	413	12,2	14,2	8,7
Indien (1960)	50	140	13,9	27,8	11,5 4)

Der Pro-Kopf-Verbrauch von Erdöl betrug 1960 in Rotchina 14 Liter, in Indien 24 Liter.⁵⁾ Es wäre aber unsachlich, allein die Industrieentwicklung zu vergleichen. Indien will keine Riesenarmeen ausrüsten und braucht deshalb seine Planung mit der Schaffung einer grossen Rüstungsindustrie nicht zu belasten. Indien arbeitet, um die Armut des indischen Volkes zu tilgen. Darum eben steht die Landwirtschaft in seiner Planung an erster Stelle. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft jedoch kann Indien seine Entwicklung nicht nur mit Rotchina, sondern sogar mit der Sowjetunion vergleichen. Die ersten zwei Fünfjahrespläne Indiens steigerten die Getreideernte von 522 Millionen Doppelzentner auf 750 Millionen Doppelzentner, das heisst Indiens Getreideproduktion wuchs in zehn Jahren um 43,7% an. (*Indien 1961*, S. 99) Russland produzierte im Jahre 1913 schon 801,0 Millionen Doppelzentner Getreide und nach vier Jahrzehnten sowjetischer Herrschaft – im Durchschnitt der Jahre 1956 bis 1960 – auch nur 1260,0 Millionen Doppelzentner. Das ist eine Steigerung von bloss 34,5% in vier Jahrzehnten.⁶⁾

Es hängt also nicht nur mit dem indisch-rotchinesischen Streit und der brutalen Unterdrückung Tibets zusammen, dass die Kommunisten in Indien nach anfänglichen Erfolgen Rückschläge erleiden mussten. Den schwersten Rückschlag hatten sie

4) *Népszabadság*, Budapest, 25. 8. 1960 und 7. 1. 1961

5) *Petroleum Press Service*, London, August 1961, S. 291

6) Quellen vergl. in: Stefan C. Stolte, *Agricultural Problems in the Communist Bloc. Bulletin*, München, April 1961, S. 29

in der schon kommunistisch regierten Provinz Kerala einzustecken. Im Jahre 1957 erhielten die Kommunisten in Kerala noch die Mehrheit, am 4. Februar 1961 entfielen in dem neugewählten Parlament dieses indischen Staates nur noch 26 der insgesamt 126 Sitze auf die kommunistische Partei. (*Indien 1961*, S. 191)

Trotz aller politischen und wirtschaftlichen Erfolge Nehrus ist das Hauptproblem Indiens, nämlich seine permanente Hungersnot, noch nicht völlig bewältigt. Indien steht mit der Zuwachsrate seiner Bevölkerung wahrscheinlich in der ganzen Welt am ersten Platz. Daraus ergibt sich die Tatsache, dass die Einwohnerzahl Indiens noch immer schneller wächst, als seine Lebensmittelproduktion. Auch die Zahl der registrierten Arbeitssuchenden ist noch stets im Wachsen; 1958 wurden im Monatsdurchschnitt 1 049 000 Arbeitssuchende registriert, im Januar 1961 schon 1 061 000.⁷⁾ Indien braucht also Hilfe und nochmals Hilfe. Es kann nicht oft genug gesagt werden, dass es in Indien nicht nur um Indien selbst geht. Mag sich Nehru politisch und militärisch noch so neutral verhalten – wenn es ihm und seinen Mitarbeitern gelänge, Indien ohne Anwendung kommunistischer Gewalttaten, ohne Tyrannei, in Freiheit und Demokratie vom Massenelend zu befreien, so wäre eine Schlacht gewonnen, die auch im Ostblock nicht ohne Auswirkungen bleiben könnte. Indiens Ruhm würde glänzen, sein Beispiel die Völker zur Nachahmung anspornen, wie dies selbst während der Epoche des grossen Königs Asoka nicht möglich war.

Es wurde schon oft nachgewiesen, dass die sowjetische Wirtschaftshilfe, die den Entwicklungsländern gewährt wird, primär nicht durch wirtschaftliche Aspekte und noch weniger durch eine selbstlose Hilfsbereitschaft bestimmt ist, sondern ein Mittel sowjetischer Expansion bedeutet. Diese Anwendung der sowjetischen „Wirtschaftshilfe“ hat schon längst die Form eines Wirtschaftskrieges angenommen. Asien spielt auch in dieser Hinsicht eine entscheidende Rolle. Während Nehrus Versuch, Indien ohne Terror zu modernisieren, auch eine grosse ideologische Entscheidung herbeiführen muss, sind die Erfolge oder Misserfolge der sowjetischen Expansion in Asien für das Wirtschaftsleben des Westens unmittelbar von entscheidender Bedeutung. Würden die noch nicht kommunistisch regierten Länder Asiens in irgendeiner Form unter die Führung und Kontrolle Moskaus geraten, so gäbe die wirtschaftliche Lage des Westens – zumindest auf bestimmte Zeit, bis neue Ersatzlösungen ähnlich denen in der Zeit der persischen Ölkrise der Jahre 1952/53 gefunden würden – zu ernstester Besorgnis Anlass. Ob eine so entstandene Krise zu irgendwelchen machtpoli-

tischen Aktionen des Westens führen würde, lässt sich mit Bestimmtheit nicht voraussagen, aber auch infolge des damit verbundenen politischen Rückschlages wäre eine solche Aktion immerhin denkbar. Auf jeden Fall würde der Westen sich im Falle der Bolschewisierung asiatischer Länder mit einer längeren Periode wirtschaftlicher Schwierigkeiten abfinden müssen. Einige Zahlen genügen, um die ungeheure wirtschaftliche Bedeutung eines nichtkommunistischen Asiens zu dokumentieren.

In der Weltproduktion von Kautschuk und Zinn stehen asiatische Länder an erster Stelle. Malayas Anteil an der gesamten Kautschukproduktion der Welt betrug 1958 (mit Singapur) 35,7%, der Indonesiens 33,1%. Thailand war zur gleichen Zeit mit 7,0%, Ceylon mit 5,4%, Indien mit 1,3% und Burma mit 0,6% an der Weltproduktion von Kautschuk beteiligt. An der Spitze der Weltproduktion Zinn stehen wiederum Malaya (28,3%) und Indonesien (17,1%). Vier asiatische Länder lieferten 1958 etwa 17,5% der Weltproduktion an Erdöl (Kuweit 7,7%, Iran 4,2%, Irak 3,9% und Indonesien 1,7%). Acht südasiatische Länder ernteten 1958 einen beachtungswerten Teil (32,5%) des Reises, der ausserhalb der Sowjetunion in der gesamten übrigen Welt produziert wurde, und zwar: Burma 2,6%, Ceylon 0,3%, die Philippinen 1,5%, Indien 18,0%, Indonesien 4,6%, Kambodscha 0,5%, Malaya 0,3% und Pakistan 4,7%. Indiens Erdnusserte machte zur gleichen Zeit 35,2% der Weltproduktion aus. 1958 lieferten südasiatische Länder 67,4% der Teeproduktion der Welt, und zwar Indien 36,2%, Ceylon 20,8%, Pakistan 2,7% und Indonesien 7,7%.⁸⁾

Alle Schätze Asiens insgesamt sind vielleicht nicht so entscheidend wichtig, wie sein Erdöl. Auf das Erdöl Vorderasiens kann der Westen einfach nicht verzichten. Betrachtet man nun die Schwerpunkte der sowjetischen Wirtschaftshilfe an Hand einer Landkarte, so wird einem die sowjetische Strategie im afro-asiatischen Raume sofort sonnenklar. Die westafrikanische Position der Sowjetunion befindet sich noch im Aufbau; sie soll für die östlicheren Einflusssphären erst eine Rückendeckung bilden, kann aber später auch die günstigste Ausgangsbasis zum Sprung nach Lateinamerika bedeuten. Die echten Schwerpunktgebiete der sowjetischen Wirtschaftsexpansion liegen zwischen Ägypten und Indonesien in west-östlicher, von Afghanistan bis Somaliland in nord-südlicher Richtung. Es wäre selbstverständlich noch sehr verfrüht, zu behaupten, dass alle diese Länder durch die rote Wirtschaftshilfe schon unter sowje-

7) *Die Weltwirtschaft*, Kiel 1/1961. Statistischer Anhang, S. 66

8) *Statisztikai Szemle*, Budapest, Juli 1960, S. 732-36 und *Whitaker's Almanack for 1960*, London, 1960, S. 605

tischen Einfluss geraten wären. Es besteht sogar die berechtigte Hoffnung, dass eines dieser Länder – Indien – wie bereits ausgeführt zur Eindämmung der kommunistischen Expansion entscheidend beitragen wird. Trotzdem dürfen wir die Tendenz der sowjetischen Expansion in dem Raum zwischen Kairo und Djarkarta beziehungsweise zwischen Kabul und Mogadishu nicht verkennen. Das strategische Endziel ist auch in diesem Raume die Errichtung kommunistischer Regimes. Die „Gemeinsame Erklärung“ der 81 kommunistischen Parteien lässt diesbezüglich keinen Zweifel offen. Abschnitt IV dieser Erklärung ist das Programm für die kommunistischen Parteien in den Entwicklungsländern. Dort heisst es:

„Die kommunistischen Parteien kämpfen aktiv für eine konsequente Weiterführung der antiimperialistischen, antifeudalen und demokratischen Revolution.“ (*Prawda*, 6. 12. 1960)

Die Verwirklichung dieses Endziels in dem behandelten Raum würde mehr als 700 Millionen Menschen mit allen Naturschätzen ihrer Länder in das kommunistische Lager überführen und damit das Kräfteverhältnis zwischen den zwei Machtblöcken entscheidend verschieben. Aber wenn dieses Endziel auch nicht erreicht wird, können schon allein die taktischen Zwischenzielsetzungen der sowjetischen Expansion die Lebensinteressen der gesamten nichtkommunistischen Welt ausserst gefährlich treffen. Ein Blick auf die Landkarte – und wir müssen erkennen, dass die Schwerpunktbildung der sowjetischen Expansion besonders zwei Gefahren heraufbeschwört:

Einmal die Gefährdung lebenswichtiger Seewege, der Seewege um Afrika und noch viel mehr der Seewege vom Mittelmeer nach Indien, Indonesien und Japan. Die Suez-Krise hat gezeigt, wie diese Seewege auch durch lokale Kriege und Spannungen gefährdet werden können.

Zum anderen die sowjetische Gefährdung und ausdrückliche Einkreisung der weltgrössten Erdölvorräte im Nahen Osten.

Erdölgebiete sind besonders störungsempfindlich. Stalin hat einmal über die leichte Verwundbarkeit der Ölfelder von Baku gesagt, dass dort Saboteure – und sei es nur ein Mann mit einer Schachtel Streichhölzer – jederzeit ernsthafte Schäden verursachen könnten.⁹⁾ Die Empfindlichkeit der Ölfelder im Nahen Osten ist nicht geringer. Erdöl ist aber heute unsere Hauptenergiequelle, die immer mehr die Kohle ersetzt, und es ist noch

nicht abzusehen, wann die Atomenergie sie voll wird ersetzen können.

Wenn auch der neue Programmentwurf der KPdSU mit naivsten Bildern den Völkern der Sowjetunion bis zum Jahre 1980 die Verwirklichung des Paradieses auf Erden verspricht, so bleibt doch eine baldige wirtschaftliche Überflügelung der führenden westlichen Industriemächte durch den Ostblock noch lange utopistisch. Die Entscheidung im Kalten Krieg kann also für die Sowjetunion im direkten „friedlichen Wettbewerb“ in absehbarer Zeit nicht günstig ausfallen. Wesentliche Kräfteverschiebungen sind nur noch in dem Raum zwischen den zwei Machtblöcken, dem sogenannten neutralen Gürtel, möglich. Der weitere Weg der Entwicklungsländer bedeutet das grosse Fragezeichen der Zukunft. Afrika ist heute noch wirtschaftlich wie militärisch zu schwach, um eine katastrophale Störung des Weltgewichts herbeiführen zu können. In Lateinamerika drohen zwar neue Explosionsgefahren, dieser Kontinent liegt aber noch sehr weit vom Ostblock und wird auch mindestens solange wirtschaftlich sehr weit liegen, als der Ostblock selbst seine eigenen Transport-schwierigkeiten nicht besser bewältigen kann. Natürlich ist die Wichtigkeit Afrikas und Lateinamerikas trotzdem nicht zu unterschätzen, weil Unruhen auf diesen Kontinenten Kräfte des Westens aufzehen, die vielleicht bei der Entscheidungsschlacht fehlen werden. Die *Entscheidung* jedoch fällt in Asien. Nirgends auf der Welt können wir dem Ostblock eine ähnliche Niederlage beibringen, wie dies durch einen Erfolg des friedlichen demokratischen Wiederaufbaus in Indien möglich wäre. Nirgends in den Entwicklungsländern würden wir wirtschaftlich soviel verlieren, wie in Asien, wenn Vorder-, Süd- und Südostasien in einem Chaos versänken.

Die Entscheidung in Asien liegt vor allem in der Hand der Asiaten selbst. Staatsmänner vom Schlege Nehrus bevormunden zu wollen, wäre unsererseits ebenso verfehlt, wie unser Verhältnis zu diesem Problem rein geschäftlich in Dollar oder D-Mark zu berechnen. Die Wirtschaftshilfe ist wichtig, noch wichtiger jedoch der Geist dieser Wirtschaftshilfe. Wie es unlängst ein Leitartikel der *freien rundschau* (Heft 3/1961) aussprach: Wir dürfen dem Kommunismus den entscheidenden Kampf nicht im Namen irgendeiner Grossmachtspolitik, sondern nur *im Namen des Menschen und des sozial-wirtschaftlichen Aufstieges* ansagen.

9) E. Rasche: *Die sechste Grossmacht*, S. 207

Diskutieren - aber wie?

Der kommunistische Ideologe als Gesprächspartner

VON CHR. MICHAEL

Dass die Kommunisten schwierige Partner sind, hat die freiheitliche Welt zur Genüge kennen gelernt. Strategie und Taktik des Bolschewismus, die bei ihm ja Rang und Würde einer wissenschaftlichen Disziplin geniessen, halten den Westen seit Jahr und Tag in Atem.

Nun, wir haben einigemassen gelernt, mit diesem Gegner umzugehen. Es hat lange gedauert, bis die Verantwortlichen der Freien Welt – von den Konsumbürgern der westlichen Hemisphäre ganz zu schweigen – erkannten, wer denn hier eigentlich, heimlich und offen zugleich, gerufen und ungerufen zugleich, mitmischte.

Man spielt heute den Film „Der grosse Irrtum“. Was lehrt er? Das *Kommunistische Manifest* wurde im Jahre 1848 veröffentlicht, die bolschewistische Revolution fand im Jahre 1917 statt, die Tschistka der Jahre 1936/37 offenbarte die Terrorgestalt des Gesetzes vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande. Doch die Verantwortlichen der Freien Welt wussten weder den mit Tinte noch den mit Blut und Tränen geschriebenen Text als Selbstdarstellung des Partners zu lesen. Zwar wusste man schon, dieser Partner sei schwierig. Doch man wähnte, man müsse ihn nur recht verstehen, mit ihm Geduld haben, mit ihm vernünftig reden, seine gewiss nicht bescheidenen Ansprüche ein wenig stillen, dann könne man ihn auf die Bahn demokratischer Lebensformen – verstanden im westlichen Sinn – bringen. Das war „Der grosse Irrtum“. Es hat 100 Jahre gedauert, bis man ihn aufklärte.

Nun kam, dem Gesetz der Dialektik zufolge, der Gegenzug ins Spiel: Auf den Wahn, diesen Partner freiheitlich demokratisieren zu wollen, folgte die Ernüchterung der Politik der Stärke. Diese Ernüchterung ist unerlässlich. Es ist nur zu hoffen, dass sie anhält. Doch auch hier darf man sich nicht sektiererisch in diesen Gegenzug verkrampfen. Wiewohl es erforderlich ist, zu betonen, dass die Freie Welt angesichts dieses Partners eine nüchterne Politik der Stärke treiben müsse, bleibt

es doch zugleich ebenso erforderlich zu betonen, dass es nicht genug ist, *nur* diese Politik zu treiben.

Uns ist aufgegeben, aus der unfruchtbaren Alternative: extreme Politik der Stärke (Schlamm) oder Opferlamm (Niemöller) heraus- und in ein echtes Gespräch mit unserem weltgeschichtlichen Partner hineinzukommen, ohne die endlich gewonnene Nüchternheit aufzugeben.

Um bei diesem so delikatsten Thema unnötige Missverständnisse zu vermeiden, sei gleich eingangs betont, worum es sich im folgenden *nicht* handelt. Es handelt sich nicht darum, darzulegen, ob wir etwas, und was wir gegebenenfalls tun müssten, um auf wirtschaftlichem, militärischem, politischem und sozialem Gebiet stark zu bleiben. Es gilt nur der oben gegebene Hinweis, dass hierin nie genug getan werden kann. Auch handelt es sich nicht darum, wie die freiheitliche Welt der kommunistischen Propaganda zu begegnen habe, um diese für ihre Konsumbürger unschädlich zu machen; wiewohl auch dies ein recht ernstes Problem ist, soll es hier nicht erörtert werden.

Es geht um mehr. Unter der Voraussetzung, dass beide Faktoren, Politik der Stärke und wirksame Abwehr der psychologischen Kriegsführung angesichts dieses Gegners wirksam zum Zuge kommen, ist von der freiheitlichen Welt darüber hinaus mit den Kommunisten ein ernstes Gespräch zu führen. Dabei kann und soll Partner dieses Gesprächs nicht der Opportunist sein, der mit allen paktiert, keine Überzeugung hat und der lediglich aus den jeweiligen Umständen für sich Kapital herauszuschlagen bemüht ist. Partner dieses Gesprächs ist der schlicht überzeugte Kommunist, der sich für den Aufbau des Sozialismus redlich aufopfernde Funktionär.

Indes erhebt sich hier ein fast unüberwindlicher Einwand. Denn was geschieht, wenn man feststellt, dass dieser Partner gar nicht mit sich reden lassen darf, ja gar nicht mit sich reden lassen kann. Was geschieht, wenn der radikale

Unwille zum Miteinanderreden untrüglich feststeht. Denn nicht nur die Nüchternheit, sondern auch Sinn und Erfolgsmöglichkeit eines solchen Gesprächs gebieten es, zunächst festzustellen, wer mit wem redet. Was will der Partner mit seinem Gespräch, mit seiner Diskussion, mit seiner kritischen Auseinandersetzung? Was sind seine erklärten Motive, was seine unabirrbar gesetzten und im Gespräch kompromisslos lediglich durchzusetzenden Ziele?

Hier muss man, will man nüchtern bleiben, zunächst die leidige Feststellung zu Kenntnis nehmen, dass der hier anzusprechende Partner tatsächlich gar nicht willens und fähig ist, mit uns ein ernstes, auf Partnerschaft basierendes Gespräch zu führen. Dass dem so ist, ist nicht fauler Vorwand, ausschliesslich doch wieder in die Politik der Stärke auszuweichen und damit auf den vom Partner inszenierten Kalten Krieg zu reagieren. Denn dass der Kommunist, wenn und soweit er ehrlich von seiner Doktrin überzeugt ist – und von dem ist ja hier nur die Rede, – nicht mit sich reden lassen will, darf und kann, ist eine unschwer zu erhärtende Tatsache.

Die Thesen des heutigen Weltbolschewismus, zusammengefasst in den von Chruschtschow geprägten volkstümlichen Formen: „Wir werden euch begraben“ oder „der Wind bläst nicht uns ins Gesicht“, besagen bezüglich unseres Themas: Macht, was ihr wollt, alle Wege wie Umwege führen nach Moskau, an uns ist es lediglich, den Schritt der Geschichte auf diesem Wege mit allen uns verfügbaren Mitteln zu beschleunigen. In diesen Aussagen tritt uns ein Partner gegenüber, der sich seines Zieles, des Weges zu diesem Ziel wie des kraftvoll-unaufhaltsamen Schrittes auf diesem Weg unbeirrbar bewusst ist. Hierüber gibt es für ihn nichts mehr zu diskutieren, nichts mehr zu reden. Wer sich der Wahrheit, des Weges zu ihr wie der Schrittfolge auf diesem Wege bereits sicher wähnt, ist unbelehrbar und muss es sein. Miteinander reden kann für ihn demzufolge immer nur heissen: sich, seine Wahrheit, abstrichlos durchzusetzen, diskutieren, kritisieren immer nur, den Gegner denunzieren und vernichten.

Dieser Wille, sich und seine Wahrheit absolut durchzusetzen, den Gegner in der Diskussion nicht durch Gründe zu widerlegen, sondern ihn primär durch Denunziation zu vernichten, dieser Wille ist keineswegs, wie es manche Jungmarxisten mit der Devise „fort vom Bolschewismus, hin zum jungen Marx“ meinen, eine böse Erfindung der Marx verraten habenden Bolschewisten. Die Kreml-Gewaltigen sind darin nur allzu folgsame Schüler ihres Meisters Karl Marx. Seine einschlägigen, von den orthodoxen Marxisten mit geradezu schülerhaften Monomanie befolgten Anweisungen gilt

es sich kurz zu vergegenwärtigen, um bei einem allfälligen Eintritt in ein Gespräch mit ihnen die Denkpulse wie Zielsetzungen ihrer Vorstellung vom Miteinanderreden präsent zu haben.

Marx spricht in seiner Einleitung zur *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* des Jahres 1843/44 – es handelt sich also um den jungen Marx – von den deutschen Zuständen. Er gibt Antwort auf die Frage, wie man darüber zu reden, zu diskutieren, wie man sie zu kritisieren habe. Man hat es nach ihm zu tun mit einer Kritik, „die kein anatomisches Messer ist, sie ist eine Waffe. Ihr Gegenstand ist ihr Feind, den sie nicht widerlegen, sondern vernichten will. Denn der Geist jener Zustände ist widerlegt. An und für sich sind sie keine denkwürdigen Objekte, sondern ebenso verächtliche als verachtete Existenzen. Die Kritik für sich bedarf nicht der Selbstverständigung mit diesem Gegenstand, denn sie ist mit ihm im reinen... Ihr wesentliches Pathos ist die Indignation, ihre wesentliche Arbeit die Denunziation... Die Kritik, die sich mit diesem Inhalt befasst, ist die Kritik im Handgemenge, und im Handgemenge handelt es sich darum... den Gegner zu treffen.“

Ersetzen wir, wie man es im Sinne des Kommunismus heute machen muss, den Terminus „deutsche Zustände“ durch den Terminus „kapitalistische Zustände“, so erfahren wir von Karl Marx in aller wünschenswerten Klarheit, wie sich seine orthodoxen Zöglinge in ihrem Gespräch, in ihren kritischen Auseinandersetzungen mit dem Gegenstand „kapitalistische Wirklichkeit“ zu verhalten haben.

Nach dem Erscheinen des Werkes „Kapital“ liegt im Sinne der Kommunisten folgende Situation vor: Die Kritik ist mit diesem Gegenstand bereits im reinen. Dieser Gegenstand ist für sich kein denkwürdiges Objekt mehr; er ist bereits widerlegt. Er ist kein Gegenstand mehr, über den man diskutiert, um ihn durch Argumente zu widerlegen. Er ist nur noch Feind, den es zu vernichten gilt. Es handelt sich lediglich noch um eine Diskussion, eine Kritik im Handgemenge. Diese Kritik ist nur noch Waffe, um den Feind vernichtend zu treffen. So ist die Gesinnung und das Pathos einer solchen Diskussion und Kritik nur noch Indignation, Empörung und Entrüstung darüber, dass es so etwas wie eine „kapitalistische Welt“, die von der Geschichte bereits widerlegt und verurteilt ist, noch gibt. Die wesentliche Arbeit, die in solch einem Gespräch zu leisten ist, ist die Denunziation, die Verleumdung. Die Verwendung dieses ansonsten niederträchtigsten Mittels ist für diesen Partner gerade gut genug. Ist er doch einer sachlichen, um Angabe von Gründen bemühten Kritik nicht mehr würdig. Er ist doch nur noch eine verächtliche und verachtete Existenz.

Alle koexistenzlerische Jovialität wie alle unwissenschaftlich anmutende Argumentation darf über diesen kompromisslos aggressiven Willen, über diese Kritik im Handgemenge icht hinwegtäuschen. Erst so ernüchtert dürfen und müssen wir das uns aufgetragene Gespräch mit unserem Partner führen.

ANSPRECHEN DER PERSON

Dass ein echtes, auf partnerlicher Kommunikation beruhendes Gespräch zunächst hoffnungslos erscheinen mag, ist nur verständlich. Doch es kann und muss an Hand folgender Leitsätze versucht werden: *Erster Leitsatz*: Ich muss in das Schwerefeld des Gegners hineingehen, ohne der Dynamik dieses Feldes zu verfallen. Ich muss also die Kommunikation im Felde des Partners herstellen. Der Partner kann aus dem Umkreis seines völlig engagierten, an die Prinzipien seiner Doktrin parteilich gebundenen Denkens nicht heraus. Er kann weder den Schritt heraus in den Umkreis meines Denkens tun, noch kann er sich mit mir auf einem beide Standpunkte übergreifenden, neutralen Ort treffen. Beides dünkte ihn Verrat an der besessenen, nicht mehr zu diskutierenden Wahrheit seines Denkens, die er in der Parteilichkeit gesichert und gewährleistet sieht. So muss ich den Mut, doch vor allem auch die ernsthaft erarbeitete Befähigung haben, in diesen Löwenkäfig unerschrocken und gelassen hineinzugehen, ohne mich von dem Löwen zerreißen zu lassen. Der Löwe freilich will mich zerreißen. Das ist er seiner Löwennatur, das heisst dem Gesetz und der Dynamik seiner „Kritik im Handgemenge“ schuldig. So darf ich ihn nicht reizen, ja zunächst nicht einmal Pardon bieten. Daher der *zweite Leitsatz*: Ich muss das kämpferisch-denuziatorische Pathos meines Partners ins Leere laufen lassen und ihn doch gleichzeitig in aller Redlichkeit in seiner Würde als Person achten und in seiner Argumentation als Denker ernst nehmen.

Dies verlangt ein Zweifaches. Ich muss ihm, dem Funktionär gegenüber, der sich ja vordergründig immer nur als „Vertreter“ und „Element“ von so etwas wie dem 'proletarischen Bewusstsein' fühlt, etwas ins Spiel bringen, dem er unbewusst immer offen und zugänglich ist: die Wertschätzung *seiner* Würde als Person, als unvertretbares Selbst. Durch diese Wertschätzung erfährt er sich in etwas bestätigt, wonach er als Mensch hungert, welchen Anspruch aber das Kollektiv, als dessen Element er sich fühlt, und die Klasse, als deren „Vertreter“ er sich weiss, ihm nicht nur nicht erfüllen können, sondern ihm geradezu als etwas Reaktionsäres verweigern müssen. Dass man das Ansprechen und Freisetzen der Person im Funktionär nicht taktisch spielen kann, sondern

in allem Ernst vollziehen muss, dergestalt, dass man zunächst in sich selbst den Funktionär, der man ja auch ist – wenngleich in einem anderen Getriebe – überwunden und die Person in sich zum Erstarren gebracht haben muss, ist eine ebenso selbstverständliche wie gewiss nicht leicht zu vollziehende Wahrheit.

Das zweite, was verlangt werden muss, ist, dass ich mit der Sache sowie mit den Argumenten und der Denkstruktur des Partners vertraut bin, so dass ich mich im Felde seines Denkens und seiner Argumentation mit völliger Sicherheit bewegen kann. Er muss, wenngleich für sein kämpferisch-denuziatorisches Pathos wider alles Erwarten, erfahren, dass ich ihn nicht nur in seiner Würde als Person, nicht nur in seiner Anstrengung als Denker ernst nehme, er muss glaubwürdig erfahren, dass ich ihn auch in seiner Argumentation verstehe, womöglich besser, weil freier, ungezwungener als er selbst.

Daraus ergibt sich ein *dritter Leitsatz*: Ich darf meinen Partner nicht widerlegen wollen, ohne ihn indes gutheissen zu müssen. Und dies wiederum nicht taktisch, sondern ernsthaft gemeint. Warum? Weil es einfach Utopie ist, zu meinen, man könne ein daseinsmässig engagiertes Denken – und um ein solches handelt es sich bei einem kommunistischen Funktionär – durch direkt gezielte Gegenargumente widerlegen. So wie wenn Sonne auf Lehm scheint und diesen dadurch hart und härter macht, so versteifen und verhärten Gegenargumente zunächst nur die Position eines solchen Denkens. Daseinsmässig gebundenes Denken, das heisst ein Denken, aus dem der Mensch sein Dasein gestaltet, sein Leben führt und sein praktisches Verhalten bestimmt – Theorie besteht ja beim echten Funktionär immer nur in lebendiger Einheit mit der Praxis und diese in Einheit mit der Theorie –, hat man zu achten, zu verstehen – was gewiss nicht heisst, zu billigen. Falls man ein Gespräch zu führen geneigt oder genötigt ist, muss es im Raum dieser Achtung und dieses Verstehens geführt werden.

Dabei ist auch hier zweierlei zu beachten. Erstens der Schlagabtausch auf der Ebene der Fakten und zweitens die aus der verstehenden und achtenden Haltung des 'datum non concessum' (zugestanden aber nicht gutgeheissen) sich ergebende hypothetische Denkweise. Der Schlagabtausch betrifft die Rechnung, die einem jeder Kommunist, zusammengestellt aus tatsächlichen und angeblichen Begebenheiten aus Geschichte und Gesellschaft, zunächst präsentiert. So etwa eine Kollektion kapitalistischer und faschistischer „Untaten“ im Kongo, in Algerien, Kuba, Angola, „Untaten“ von Glokbe, Oberländer, Speidel und so weiter. Jeder Kommunist verfügt hier über eine

gute und recht wirksame Kollektion, in der Falsches mit Wahrem gemischt ist, so dass wir uns sehr anzustrengen haben, hier kaltblütig einfach die Gegenrechnung zu präsentieren. Auf dieser Ebene, die ja nicht in die Sphäre des Daseinsdenkens mit seinen Tabus und angeblich unwiderlegbaren Argumenten beziehungsweise ohnmächtigen Gegenargumenten hinabreicht, sondern in der der Partner mit blossen Tatsachen und „Tatsachen“ so nebenhin mattgesetzt werden soll, ist ein gekonnter und gezielter Schlagabtausch unerlässlich. Man kann mit einem Funktionär einfach in kein echtes Gespräch kommen, ohne ihm zuvor Gelegenheit gegeben zu haben, hier erst einmal vom Leder ziehen zu können. Hier sollten wir ruhig und gelassen mit einer Gegenrechnung aufwarten.

DIE REGRESSIVE METHODE

Bei diesem Schlagabtausch wird sich zwangsläufig der Hinweis ergeben, dass ja Tatsachen, je nachdem man sie in diese oder jene Zusammenhänge stellt – stehen sie doch in endlos mannigfaltigen Zusammenhängen; eine Erkenntnis, die meinem Partner als Dialektiker selbstverständlich ist –, in diesem oder jenem Licht erscheinen. Bei diesem sich zwanglos ergebenden Hinweis ist indes darauf zu achten, dass man so nebenher, gleichsam leichthin, die Bemerkung einflicht, dass es ja möglich, wenigstens *möglich* sei, die Tatsachen *auch* in diesen oder jenen Zusammenhängen zu sehen, wonach sie dann unvermeidlich in einem anderen Licht erscheinen würden als zuvor. Zu vermeiden ist dabei jegliche Andeutung, dass der vom Partner eingenommene Standpunkt, die Tatsachen zu betrachten, unangemessen, einseitig oder gar falsch sei. Dies würde ja einem Widerlegenwollen gleichkommen, was, wie bereits erörtert, nicht nur zu nichts führte, sondern geradezu willkommenes Öl für sein kämpferisch-denunziatorisches Feuer wäre. Entscheidend ist, ihm seinen Standpunkt, von dem aus er die besagten Zusammenhänge sieht, zu bestätigen, und zwar hypothetisch, indem man etwas sagt, ja, *wenn* man das so sieht, *dann* besagen die Tatsachen das und das; wenn man es allerdings so oder so sähe – was doch zugegebenermassen immerhin möglich wäre –, dann würden die Tatsachen wohl eine andere, nämlich die und die Sprache reden. Der Partner muss sich in seinem Standpunkt bestätigt und verstanden sehen und doch zugleich – ganz nebenher – die Kenntnis oder wenigstens eine Ahnung davon gewinnen, dass es möglicherweise andere, wengleich seiner Ansicht nach nicht schlüssig vertretbare Standpunkte gibt. Er muss den lebendigen Sinn dafür gewinnen, sein Standpunkt sei zwar schlüssig vertretbar, weil

wissenschaftlich begründbar, aber auch *nur einer* von einer Menge anderer möglicher Standpunkte. Man greift ihn so nicht an, zwingt ihn aber, anzuerkennen, dass sein Standpunkt auch nur einer von vielen möglichen sei, der, falls man sich nicht blind oder aus egoistischen Motiven dazu bekennt, einen wissenschaftlich hinreichend aufweisbaren Grund für sich geltend machen muss, um alle anderen möglichen Standpunkte als unwissenschaftlich zu widerlegen. Da ja mein Partner der festen wie ehrlichen Überzeugung ist, sein Standpunkt sei weder fideistisch noch egoistisch, sondern objektiv-real und somit wissenschaftlich-rational fundiert, erfährt er sich in seinem ideologischen Bewusstsein daraufhin angesprochen, die Wissenschaftlichkeit seines Standpunktes nicht bloss kämpferisch zu behaupten, sondern auch mit sachlichen Argumenten zu belegen.

So dränge ich ihn langsam aus seiner bloss kämpferisch-denunziatorischen Haltung, aus seinem Pathos der „Kritik im Handgemenge“, heraus, lasse ihn aber zugleich in seinem Schwerefeld, ja packe ihn hier geradezu an den Hörnern, indem ich ihn ernsthaft bei seinem Ehrgeiz, auf dem wissenschaftlichen Standpunkt schlechthin zu stehen, packe und ihn in seinem marxistischen Bewusstsein anspreche. So hat man nun die Möglichkeit, ihn auf die näheren und entfernteren Grundlagen seiner wissenschaftlichen Weltanschauung zu befragen.

Hieraus ergibt sich der *vierte Leitsatz*: Zurückfragen in die den angeblichen wissenschaftlichen Standpunkt tragenden und rechtfertigenden Axiome, ohne sie jedoch bereits irgendeiner kritischen Belastung auszusetzen. Dieses Zurückfragen wird, wiewohl je verschieden nach der wissenschaftlichen wie menschlichen Qualität meines Partners, eine ganz bestimmte Struktur haben müssen. Ging man im Rahmen des dritten Leitsatzes hypothetisch progressiv nach der Formel 'wenn ... dann' vor, so wird man jetzt, gleich von welcher Tatsache oder Frage man ausgeht, hypothetisch-regressiv nach der Formel „immer und nur dann ... wenn“ voranzugehen haben.

Der Duktus des Gesprächs wird wohl etwa folgender sein müssen. Man wird die angezogenen Tatsachen beziehungsweise die vorgetragene Lösung eines Problems wohl bejahen, doch immer nur mit dem Hinweis auf die und die dabei zu machende Voraussetzung; man wird in etwa sagen, gewiss, dies gilt; doch immer dann und *nur dann*, *wenn* diese oder jene Voraussetzung gilt. Mit Hilfe dieser hypothetisch regressiven Methode stellen wir gemeinsam die seine Urteile unmittelbar und mittelbar tragenden Sätze, Axiome, Grundlagen fest. Dergestalt wird der Partner auf seine

eigenen Axiome festgelegt. Wiewohl man die einzelnen Urteile tragenden Axiome selbst präsent haben muss, wird man in der Methode mæeutisch verfahren: Man steuert zwar das Gespräch von den in den einzelnen Urteilen immanent zum Tragen kommenden und so bereits erspähten Axiomen her, doch so, dass sich mein Partner nicht schülerhaft gelenkt oder gar abgefragt sieht, sondern das ehrliche Bewusstsein haben kann, dies alles selbst bereits klar gesehen und die Antworten so aus dieser Klarheit heraus gegeben zu haben. Dass man hierbei immer nur mit systemimmanenten Gedankengängen, immer nur mit Formulierungen, wie sie nach der Sprachregelung im kommunistischen System zu lauten haben, beziehungsweise mit Aussagen der sogenannten Klassiker zu operieren hat, bedarf nach dem bisher Gesagten keiner weiteren Erklärung.

Nachdem man sich so miteinander warm geredet und es zu einer gewissen Kommunikation gebracht hat – es ist freilich naheliegend, dass der Partner immer wieder versuchen wird, ja muss, ins bloss Kämpferische auszuscheren; hier bedarf es grosser Geduld und viel mitfühlenden Taktes, ihn immer wieder auf die Ebene dieser zwar recht dünnen, aber immerhin tragfähigen Kommunikation zurück-zuholen –, erwächst die Chance, eine erste Kritik anzubringen; diese kann natürlich sinnvollerweise immer nur eine immanente sein. Man vergleicht den in den gemeinsam erarbeiteten Axiomen liegenden Anspruch mit der daraus erfolgten Leistung beziehungsweise die auf den besagten Axiomen basierende Theorie mit der daraus resultierenden Praxis. Dieser kritische Vergleich wird vom Partner nicht als Provokation, sondern als ein zwar leidiges, aber doch legitimes Anliegen betrachtet, insofern er sich ja im Rahmen des von ihm anerkannten Axioms der Einheit von Theorie und Praxis bewegt.

Daraus ergibt sich der *fünfte Zeitsatz*: Immanente Kritik, spielend zwischen Anspruch und Leistung beziehungsweise Theorie und Praxis, wobei selbstredend Anspruch und Theorie immer nur im orthodoxen Sinne meines Partners zu verstehen und als kritischer Maszstab anzusetzen sind. Das erfordert, dass man die zur Diskussion stehenden Termini wie zum Beispiel Demokratie, Freiheit, Volkseigentum, dialektischer Widerspruch usw. in dem Sinne verwendet, wie sie systemimmanent wie parteiamtlich anzusetzen sind; andernfalls verliesse man ja selbst den gewiss dünnen Boden der mühsam hergestellten Kommunikation.

Im Felde einer solchen vorsichtig vorgetragenen Kritik werden sich alsbald zwei Fragen ergeben: Die Frage, ob die zu kritisierende Praxis, der zu kritisierende Leistungsstand der Gesellschaft lediglich als Ausdruck der unvermeidlichen, weil

unaufhebbaren Spannung zwischen Ideal und Wirklichkeit zu verstehen sei – die *quaestio facti*; und die Frage, ob die zu kritisierende Praxis nicht im Grunde doch nur konsequenter Ausdruck eines wohl als gültig anerkannten, jedoch in seinen vollen praktischen Konsequenzen nicht völlig durchschauten Prinzips sei – die *quaestio inris*.

BEWUSSTMACHUNG VON WIDERSPRÜCHEN

In der Diskussion um die *quaestio facti*, in der ja nicht das System und seine Prinzipien zur Kritik stehen, sondern lediglich der Faktor 'Mensch' mit seiner Unzulänglichkeit in der Verwirklichung auch noch so wahrer Prinzipien, wird man ein gerütteltes Mass von Verstehen unschwer aufbringen. Zugleich wird man aber nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, dass bestimmte inhumane Erscheinungen wohl nicht so sehr auf das Konto 'Unzulänglichkeit des Menschen', sondern wohl eher auf das der Unzulänglichkeit bestimmter systemimmanenter Prinzipien gehen dürfte. In dieser Diskussion um die *quaestio inris* werden die Menschen, sei es ein Lenin oder Stalin oder Ulbricht, weitgehend entlastet. Man versucht darauf hinzuweisen, dass sie doch im Prinzip nur konsequent und im guten Glauben – bei aller gewiss dazukommenden Unzulänglichkeit – praktiziert haben, was ihnen ihre Theorie als Anleitung zum Handeln an die Hand gegeben habe. Indes behaupte man nicht, dass diese in ihrer Praxis sich so inhuman auswirkenden Prinzipien einfach falsch seien. Man weise lediglich darauf hin, dass sie, konsequent durchexerziert, zu diesem und jenem unerfreulichen Ergebnis zwangsläufig führen müssen, so dass es wohl gestattet sein müsste oder wenigstens ratsam wäre, sie doch einmal auf ihre Stichhaltigkeit hin zu prüfen, das heisst, sie einer erneuten Befragung für würdig zu halten. In diesen theoretisch zunächst so unschuldig aussehenden Prinzipien, die erst in ihrer konsequenten Durchexerzierung ihre – gelinde gesagt – zwiespältige Gestalt offenbaren *), sind unbewältigte beziehungsweise noch nicht ganz bewältigte Probleme aufzuzeigen, dergestalt, dass man dem Partner dieses oder jenes seiner tabuierten Prinzipien weder schlecht macht noch für falsch erklärt, sondern problematisiert; und dies ausschliesslich nach Massgabe anderer gleichfalls systemimmanenter Prinzipien.

Daher lautet der *sechste und entscheidende Zeitsatz*, auf den das Gespräch hinzielen muss: Man problematisiere in ausschliesslich systemimmanenter Weise dieses oder jenes tabuierte

*) Vgl. hierzu *freie rundschau* 5/1960, Seite 25-31, und 6/1960, Seite 10-14

Intellekt und Revolution

VON THEODOR ARNOLD

Zwei Männer, die zwei verschiedenen Generationen angehören, gehen mit völlig unterschiedlichen Mitteln und jeder auf seine Art dasselbe Problem an: die Bindung von Vertretern des europäischen (und auch des amerikanischen) Geisteslebens an den Kommunismus und an die von ihm getragene Idee der Revolution in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen. Beide Autoren haben den Krieg und die mit ihm verbundenen Katastrophen als die ihre Jugend beherrschende historische Wirklichkeit erlebt: Sperber ¹⁾ den Ersten Weltkrieg, Rühle ²⁾ den Zweiten. Aber was für Sperber noch sein eigener Leidensweg ist, den er als einer der bedeutendsten Schriftsteller unserer Gegenwart zu gehen hatte – den Weg von der begeisterten Zustimmung zu den Ideen von Marx und Lenin bis zur schonungslosen Verurteilung des Kommunismus –, ist für Rühle nurmehr die Analyse von bereits Vergangenen. In der Rückschau bekommt so für ihn die Hinwendung fast aller führenden Geister Europas und Amerikas zum Kommunismus zwischen beiden Weltkriegen von vornherein einen tragischen Zug.

Wie Achilles glaubte die junge Generation nach dem Ersten Weltkrieg, „in der Rüstung des Marxismus unverwundbar zu sein, bis sich herausstellte, dass „die höhere Sache, genau wie Achilles, an dem zugrundegeht, was ihr niedrigster Teilstück“, wie es der alte Professor in dem biographischen Vorwort zu seiner Essaysammlung ausdrückt. Bei

der Suche nach Wahrheit muss dem Suchenden bald die Erkenntnis werden, dass „es niemals schlimmere Reaktionäre gegeben (hat) als jene Revolutionäre, die an die Macht gelangt sind, um dann jedermann in einen Zustand zu zwingen, der ihrer Herrschaft zum Nutzen gereicht“; man müsste hinzufügen: und in dem Wahrheitsanspruch der Revolution seinen Ursprung hat. Die Herrschaft korrumpiert alle, die zu ihr gelangen, aber unmenschlich wird sie nur dann, wenn man glaubt, der Träger einer Wahrheit zu sein und die so verstandenen Ideen zur Norm für alle erhebt.

Dieser inneren Tragik der Intelligenz, die in der Französischen Revolution zum ersten Male an die Macht gelangt war und sich seitdem „mit der Mission beauftragt glaubt, die Geschichte durch dramatische Taten umzugestalten“, ist der erste grosse Essay der Sammlung gewidmet: „Positionen“, ein Essay über die Linke. Den Ausweg aus dem Dilemma der Intellektuellen, die sich der Linken verschrieben haben, das heisst „dem Kampf gegen das Absolute“, gegen alles Bestehende, was mit Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Humanität unvereinbar scheint, sieht Sperber in einem mutigen Trotzdem: Wenn auch die Idee nie verwirklicht werden kann (ohne zur Pseudoidee zu werden, zu einer Perversion der Freiheit und Gerechtigkeit), muss sie doch stets angestrebt werden:

„Die wirkliche Linke im Unterschied zu den

Prinzip. Beides ist wichtig: *problematisieren, nicht widerlegen; systemimmanent, nicht systemfremd*: Die Angemessenheit dieses Leitsatzes ergibt sich aus der eingangs gezeichneten Struktur des Partners; seine Wirksamkeit indes aus der widerspruchsvollen Struktur des Marxismus-Leninismus als einer wissenschaftlichen Ideologie. Denn im Gegensatz zu jeder faschistischen oder rein religiösen Ideologie lebt zweifelsohne im Inneren der kommunistischen Ideologie das von Karl Marx in sie eingebrachte rational-kritische Element der Aufklärung. Wohl ist dieses Element bezüglich der Prinzipien dieser Ideologie durch das fideistische Prinzip der Parteilichkeit gebunden, ansonsten aber freigesetzt; man muss und kann es unter Hinweis auf gleichfalls systemimmanente Prinzipien dergestalt aktivieren, dass

es, wie es seiner Natur ja entspricht, sich auch kritisch-fragend gegenüber den ansonsten tabuierten Axiomen verhält. Das vorsichtige Problematisieren dieses oder jenes Prinzips leistet dabei Hilfestellung. Ist aber erst einmal dieses rational-kritische Element in seiner ideologischen Dornhecke aus seinem Dornröschenschlaf erwacht, den es bislang gegenüber den unantastbaren Prinzipien gehalten hatte, ist erst einmal eines von ihnen fragwürdig beziehungsweise problematisch geworden – dann bleibt es nur noch eine Frage der Zeit, dass die so erwachte und nun selbsttätig weiter wirkende Kritik den ganzen versteinerten Bau von innen her gleich einem Mauerschwamm zerfrisst. Dabei befolgt man hier nur eine Regel, die Karl Marx formuliert hat: man müsse die versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen

Vertretern der Pseudo-Linken hat nichts zu versprechen als diesen Kampf, nichts zu bieten als diese Suche, die den Menschen daran gewöhnt, ausserhalb des Absoluten und gegen das Absolute zu leben."

Dem allem könnte man ohne Widerspruch zustimmen, wenn man nicht das Gefühl hätte, dass Sperber zuweilen unkonsequent ist. So versucht er zum Beispiel die sowjetische Expansion als eine traditionell russische zu erklären, womit er – gleich Marx, den er hierbei zitiert – unveränderliche Konstanten in die eigene dynamische Geschichtsauffassung einführt. Bestrebt, die Identifizierung des Sozialismus mit dem modernen Kommunismus aufzulösen, die von den „Anhängern der Rechten“ unternommen wird, verbaut er sich selbst den Weg zur Erkenntnis des Totalitarismus und seiner systembedingten Intentionen. Alte vorgefasste Meinungen sind auch dort noch zu spüren, wo Sperber – auf dem Umweg über die Entwicklungsländer – die Aufhebung des Privateigentums beziehungsweise dessen Unterstellung unter zentralistische Planung propagiert. Wie kritisch man auch der industriellen Gesellschaft der Gegenwart gegenüberstehen mag – den inneren Zusammenhang zwischen der politischen und der wirtschaftlichen Freiheit sollte man nicht verkennen.

Diese Bemerkungen zeigen lediglich, dass man mit Sperber nicht immer einer Meinung zu sein braucht, um trotzdem seinen scharfen, explosiven und ironischen Definitionen die Bewunderung nicht zu versagen. Sperber ist ein glänzender Essayist, ein philosophierender Zeitkritiker und ein Moralist zugleich. Jeder seiner Essays ist ein Meisterstück der Zeitkritik und Zeiterkenntnis. Ob es sich um die Schauprozesse in West und Ost handelt („Die polizistische Geschichtsauffassung“), ob um den nicht erlöschenden wollenden Antisemitismus („Über den Hass“) oder um die „wissen-

schaftliche“ Umdeutung der Schuld bei Freud, der zum Gefangenen einer Moral wird, die Nietzsche „ihrer meisten Verkleidungen entrissen“ und die Psychoanalyse praktisch in eine „Mythologie des schlechten Gewissens“ verwandelt hatte („Vom Elend der Psychologie“), oder ob schliesslich von den individuellen oder den Massenidolen die Rede ist („Die falschen Situationen – T. E. Lawrence und seine zwei Legenden“ und „Das Publikum und seine Idole“) – überall zeigt sich Sperber als ein anregender Beobachter unserer Welt und ihrer „Achillesfersen“. Der grosse Wandel von dem begeisterten Umgestalter der Welt durch den Kommunismus zum mutigen Sucher nach der Wahrheit und Vorkämpfer der Freiheit und der Menschlichkeit ohne ideologischen Zusatz ist ihm – so zeigen die vorliegenden Essays erneut – grossartig und bewundernswert gelungen.

Dies wird um so deutlicher, wenn man den tragischen Weg der europäischen und amerikanischen Literatur im Banne der kommunistischen Revolution in der grossen, vorwiegend aus plastischen Schriftstellerporträts bestehenden Chronik von Rühle verfolgt.

Wie zuerst die russische und dann auch die deutsche Literatur zerbricht, sobald sie den tönden Hauch des Totalitären für den Sturm der den Menschen befreienden Revolution hält, wird in den beiden ersten Teilen des Buches eindringlich geschildert. Der dritte Teil, der die Bindung an die Revolution der Schriftsteller des Westens verfolgt, von Shaw und Welles über Rolland, Barbusse, die „Mandarine von Paris“, die italienische Linke bis nach Südamerika, zeigt den gleichen inneren Widerspruch zwischen Idee und Verwirklichung, zwischen Anspruch und der Möglichkeit von dessen Realisierung, der in so tragischer Form sich bei den russischen und deutschen Schriftstellern manifestierte.

bringen, dass man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt. Dieses Vorsingen muss nach allem bisher Gesagten so geschehen, dass der Ton wie der ganze Raum, in dem dieses Gespräch geschieht, bestimmt und durchstimmt bleibt von der einen Grösse, die im zweiten Leitsatz angeklungen ist.

Denn der reine Funktionär, der sogenannte Apparatschik, existiert ja gar nicht. Der konkrete Mensch ist und bleibt, wenn auch noch so verkümmert, immer auch Person. Das Personale sprachsmächtig und im Verfolg dessen wieder geschichtsmächtig zu machen, ist uns heute – bei allen eingangs gemachten Vorbehalten – in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, seinem System und seinen Funktionären aufgegeben. Der Funktionär ist ja gewiss ein Mensch, der sich geistig im Prinzip der Parteilichkeit abgesichert dünkt, der daher in seine eigenen geistigen Vor-

aussetzungen nicht mehr zurückfragt, sondern fast nur noch von tabuierten Voraussetzungen aus funktionieren kann, der solchermassen „den verfluchten ewigen Fragen“ und damit sich selbst als Person durch die Flucht nach vorn ins bloss Funktionieren zu entkommen trachtet. Doch so wie niemand seinem Schatten entkommen kann, so auch niemand seinem Selbst als Person und den damit verbundenen „letzten Dingen“ wie den im Raum der Wissenschaft nie endgültig zu lösenden „letzten Fragen“. Wir glauben nicht, dass die Geschichte letzten Endes demjenigen recht geben wird, der den Menschen in Organisation und Funktion aufgehen lassen möchte, sondern demjenigen, der ihm gestattet, in seiner Funktion und seinem Wirken für die Gemeinschaft als einmalige unauswechselbare, mit unantastbarer Würde begabte Person zu sich selber zu kommen.

Die Ablehnung der Revolution, so wie sie noch zu Anfang unseres Jahrhunderts gedacht und geträumt wurde, wird allmählich zum beherrschenden Faktor für die noch lebenden Alten und auch für die Jüngeren. Die Jüngsten aber, oder diejenigen von den Alten, die ihre innere Jugend selbst unter dem Totalitarismus bewahrt haben und sich von ihm nicht korrumpieren liessen, geben der Revolution eine neue Richtung – gegen die „Revolution“ der Kommunisten, die sich als eine Konterrevolution entpuppt hat. Ob Pasternak oder die Autoren

des „Taufwetter“, ob die „Dämmerung nach vorn“ eines Ernst Bloch oder der Aufstand der polnischen und ungarischen Schriftsteller – sie alle stehen schon an der Schwelle einer neuen Epoche.

- 1) Manes Sperber: „Die Achillesferse“. Essays. Aus dem Französischen von Suzanne Heintz. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin 1960. 257 Seiten, DM 15.80
- 2) Jürgen Rühle: „Literatur und Revolution“. Die Schriftsteller und der Kommunismus. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin 1960. 616 Seiten, DM 28.50

BUCHER

Chow Ching-wen: „Ten Years of Storm“. Holt, Rinehart and Winston, New York 1960. 323 Seiten, \$ 6.00

Dries van Coillie: „Der begeisterte Selbstmord“. Verlag Ludwig Auer, Donauwörth 1960. 472 Seiten, Leinen DM 14.80

Jürgen Pechel: „Sieben Himmel Asiens“. Verlag für Internationalen Kulturaustausch, Herrenalb 1959. 359 S., Leinen DM 18.80

Eckhard Budewig: „Wird Asien rot?“ Seewald Verlag, Stuttgart 1961. 238 Seiten

Reinhard Albrecht: „Asien zwischen West und Ost“. Georg Westermann Verlag, Braunschweig 1959. 307 S., Leinen DM 19.80

Diese Bücher sind nur ein Teil einer ganzen Fülle von Veröffentlichungen über China, die beweisen, dass das Interesse der westlichen Welt an Asien von Jahr zu Jahr steigt. Die interessanteste dieser Publikationen ist wohl das Buch von Chow Ching-wen, der über acht Jahre in Peking an massgebenden Stellen tätig gewesen und deshalb mit den Gepflogenheiten der chinesischen Kommunisten unmittelbar vertraut ist. Leider begnügt er sich allzuoft mit allgemeinen Feststellungen, statt dem Leser von seinen

direkten Erfahrungen und Erlebnissen zu erzählen.

Trotzdem bleibt sein Buch in der gegenwärtigen Chinaliteratur einmalig. Chow Ching-wen verfolgt die Entstehung und Entwicklung des kommunistischen Staates in allen Einzelheiten; er weiss über praktisch alle Bereiche des heutigen chinesischen Lebens zu berichten. Er kommt dabei zu recht beklagenswerten Ergebnissen. Seiner Ansicht nach wächst die antikommunistische Stimmung im chinesischen Volk von Jahr zu Jahr, gleichzeitig aber gelingt es den Kommunisten, ihre Macht über das Festland von Jahr zu Jahr zu festigen. Das gelingt ihnen in erster Linie auf Grund ihrer vorzüglichen Organisation, aber auch infolge ihrer Kompromisslosigkeit, die auch vor organisiertem Massenmord keineswegs Halt macht. –

Ebenfalls aus eigener Anschauung ist der China-Bericht des Holländers Dries van Coillie entstanden. Ehemaliger protestantischer Missionar, wurde er nach dem Einmarsch der Kommunisten verhaftet und erlebte dann am eigenen Leibe das, was man im Westen als „Gehimwäsche“ bezeichnet, in Rotchina selbst aber „ideologische Umerziehung“ nennt. Eingehend beschreibt er das Unmenschliche dieses Systems, aber auch die Stärke der menschlichen Seele, die selbst diesem schrecklichen Druck standzuhalten vermag.

Reinhard Albrecht und Jürgen Pechel berichten über ihre Reisen durch den Fernen Osten, wobei sich Jürgen Pechel in

erster Linie auf Neu-Guinea und Australien, Reinhard Albrecht auf China, Japan und die Philippinen konzentriert. Beide Autoren geben viel Stoff zum Nachdenken, soweit sie aber über Rotchina schreiben, unterlaufen beiden unverzeihbare Fehler. Man sollte in der Beurteilung dieses Landes einfach viel vorsichtiger sein, schon deshalb, weil objektive Informationen über die Verhältnisse dort schwer zu erhalten sind, während die kommunistische Propaganda um so reger ist. –

Am aktuellsten erscheint uns das Buch von Eckhard Budewig, der sich ausführlich mit der Situation in Laos und der an dieses Land grenzenden Staaten beschäftigt. Allerdings vermag der Autor die von ihm im Titel gestellte Frage nicht zu beantworten. Budewig prophezeit eine Verschärfung des Kampfes zwischen Ost und West in den kommenden Jahren und hofft, dass der rollende Dollar dem rollenden Rubel Einhalt gebieten wird. Freilich sieht er auch, dass Asien nicht nur an materiellem Mangel krankt, dass es vielmehr unter dem Druck leidet, den der Zwang, sich dem zwanzigsten Jahrhundert anzupassen, mit sich bringt. Budewigs Ausführungen scheinen uns wirklich sehr objektiv und sehr aufschlussreich zu sein; sie sollten viele westliche Leser nachdenklich machen. Denn wie jeder Krieg unterliegt auch der Krieg zwischen Kommunismus und dem Westen in Asien der Einwirkung vieler Zufälle, von denen manche noch böse Überraschungen mit sich bringen können. A.K.

Erika von Hornstein: „Die deutsche Not – Flüchtlinge berichten“. Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln-Berlin 1960. 344 Seiten, Leinen DM 16.80

Der 13. August hat dieses Buch bereits Geschichte werden lassen. Seit der Errichtung der neuen Chinesischen Mauer ist es kein Bericht von heute mehr.

Mit ihrem Buch wollte die Autorin diejenigen zu Worte kommen lassen, die keine Flüchtlingsberichte verfassen können und keine grosse geistige Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus auszutragen vermögen. In den Flüchtlingslagern liess sie die Menschen ihre Schicksale berichten, die gerade ihren ersten Schritt in die Freiheit getan hatten und noch ganz in ihrem Leben in der Zone befangen waren. Wer Ähnliches einmal versucht hat, der weiss, wie schwierig die Aufgabe ist, in der Formulierung von Gedanken und im zusammenhängenden Erzählen nicht geübte Menschen zum Reden und ihre oft genug im subjektiven Erleben befangenen Berichte in eine Form zu bringen, die sie zu erzählten Schicksalen werden lässt, ohne dass hierbei die Person des Berichtenden völlig hinter der des Herausgebers verschwände. Freilich handelt es sich bei diesem Buch um keinen soziologischen Bericht und auch um keinen Versuch, das Schicksal des Flüchtlings erschöpfend zu behandeln. Aber es ist der Autorin unbestritten gelungen, aus der Millionenmenge exemplarische Fälle herauszufinden, eine Art Querschnitt durch den bunten Flüchtlingsstrom. Mag diese oder jene unbedeutende Einzelheit in den Berichten der Geflohenen von ihnen erfunden sein, das Gesamtbild des Alltags des kommunistischen totalitären Staates, das in diesem Buche besser, auf jeden Fall um vieles plastischer Gestalt gewinnt als in mancher Analyse, ist so erschütternd, dass nicht nur die Zahl der Flüchtlinge, sondern auch die brutale Abriegelung Ost-Berlins verständlich werden: Ein derartiges Regime kann nur dann existieren,

wenn den von ihm Beherrschten keine andere Möglichkeit gelassen wird als die Unterwerfung. Obwohl das vorliegende Buch in einer anderen Situation geschrieben und veröffentlicht wurde, sollte man es gerade heute lesen, um sich die grausame Realität in dem unfreien Teil Deutschlands erneut ins Bewusstsein zu rufen und sich dadurch darüber klar zu werden, dass und warum es mit einem solchen System keinen Kompromiss geben kann. -ld

Edvard Kardelj: „Vermeidbarkeit oder Unvermeidbarkeit des Krieges“. Die jugoslawische und die chinesische These. Hamburg 1961. 173 Seiten, DM 2,20 – rowohlt's deutsche enzyklopädie

Im Sommer 1960 erschien im Belgrader Kultura-Verlag ein neues Buch des jugoslawischen Vizepräsidenten Kardelj, das in der Originalausgabe den Titel „Sozialismus und Krieg – Rückschau auf die chinesische Kritik der Koexistenzpolitik“ trägt und nun erstmals in deutscher Übersetzung vorgelegt worden ist.

Wie nicht anders zu erwarten war, ist diese Arbeit von Moskau und Peking scharf verurteilt worden. Bereits in der Novemberausgabe (1960) der in Prag erscheinenden Kominform-Nachfolgezeitschrift für Theorie und Information, „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, versuchte deren Chefredakteur A. Rumjanzew auf zwölf engbedruckten Seiten Kardeljs Buch nach allen Regeln der Kunst zu zerpfücken. Da Rumjanzew dem jugoslawischen Autor geistig weit unterlegen ist, blieb das ein vergebliches Unterfangen.

Was ist es nun eigentlich, was die Kritiker in Prag, Moskau und Peking so in Harnisch versetzte? Es ist die – wie uns scheint – sehr stichhaltige Feststellung Kardeljs, dass die Sozialisten Moskauer Prägung einen Krieg vom Zaune brechen würden, wenn sie zur Durchsetzung ihrer Ziele keine anderen Mittel mehr sähen, und dies

nicht nur im Falle „kapitalistischer“ Länder, sondern auch gegenüber Ländern des Sozialismus. (Hier wäre freilich anzumerken, dass sie dies auch nur dann versuchen würden, wenn sie nicht Gefahr zu laufen glaubten, einen solchen Krieg mit dem eigenen Untergang bezahlen zu müssen.)

Kardelj räumt auch mit der grossen Illusion Pekings auf, dass als Resultat eines dritten Weltkrieges und eines eventuellen Sieges des „sozialistischen Lagers“ „eine Welt der wundervollen Harmonie, die den Völkern eine ‚wirklich herrliche Zukunft‘ beschere“, entstünde.

Kein Wunder, dass auf solche Sätze die Reaktion im Ostblock heftig wurde und man in der Wahl der Ausdrücke auf die Schlagworte aus der Kominformzeit zurückgriff. Besonders schwerwiegend ist aber für den Ostblock, dass diese nüchternen Feststellungen kein Exkommunist oder Politiker des westlichen Lagers, sondern der Kommunist Kardelj getroffen hat, der seine Theorien als bestätigt ansehen kann, weil die Gegenseite ihm aber auch nicht in einem einzigen Satz eine ernstzunehmende Antwort geben konnte. Kardelj weist in seinem Buch nach, dass nach der chinesischen Theorie vom gerechten und ungerechten Krieg auch mit „dem jugoslawischen Revisionismus“, also mit einem sozialistischen Land, das die chinesischen Ansichten nicht annimmt, mit Gewalt abgerechnet werden könne. Der jugoslawische Vizepräsident erweist sich überhaupt in seinem jüngsten Werk als ein ausgezeichnete Kenner nicht nur der Werke Lenins und Marx', sondern auch der Arbeiten Mao Tse-tungs, und es macht ihm einen besonderen Spass, den Chinesen alte Zitate Maos über den Dogmatismus vorzuhalten. Wer sich über die ideologischen Auseinandersetzungen, wie sie erst jetzt wieder nach dem Auftreten Suslows in Ulan Bator zwischen Moskau und Peking erkennbar waren, gründlich informieren will, wird von der Lektüre der Arbeit Kardeljs viel profitieren. H.L.

МОСТЫ

BRÜCKEN

*Hefte für
Literatur, Kunst und Politik*

Es liegen vor:

Heft 1 / 1958, 430 Seiten
Heft 2 / 1959, 462 Seiten
Heft 3 / 1959, 438 Seiten
Heft 4 / 1960, 430 Seiten
Heft 5 / 1960, 345 Seiten
Heft 6 / 1961, 382 Seiten
Heft 7 / 1961, 398 Seiten
Preis je Heft DM 5,- / \$ 3,-

MITARBEITER DER BISHER ERSCHIENENEN HEFTE:

Erzählungen und Prosafragmente

G. Andreev; N. Berberova; J. Bol'schuchin; I. Bunin;
G. Gazdanov; Vl. Jurasov; V. Korvin-Piotrovskij;
A. Kulakovskij; N. Narokov; L. Rshevskij; V. Sersh;
I. B. Singer; P. Tschavtschavadse; N. Tschencov; B. Zajcev

Lyrik

L. Alekseeva; O. Anstej; I. Burkin; A. Ertel'; O. Il'inskij;
J. Ivask; I. Jelagin; Vl. Jurasov; D. Klenovskij; G. Lachman;
I. Legkaja; S. Makovskij; B. Pasternak; S. Pregel'; M. Stark;
J. Tauber; J. Trubeckoj; J. Tschinnov

Politik, Literatur, Wissenschaft

G. Adamovitsch; V. Alexandrova; G. Andreev; Th. Arnold;
A. Bachrach; N. A. Berdjaev; D. Burg; N. Efremov; V. Frank;
G. Gazdanov; K. Gerschel'man; J. Ivask; V. S. Jasnovskij;
J. Klein; M. Korjakov; G. Kotschevickij; G. Krugovoj;
S. Levickij; Vl. Markov; A. Mazurova; D. Mereshkovskij;
A. Nejmirko; N. Osipov; G. Petrov; N. Poltorackij;
K. Pomerancev; P. Schelestov; L. Schestov; A. Schik;
D. Schub; Vl. Shabinskij; F. Stepun; Vl. Weidlé; J. Werger;
Gr. Zabeshinskij

Verlag des Z O P E · München 19 · Renatastrasse 77

Einzelpreis DM 1.